Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

10. Juli 1974 Jg. 2 Nr. 14 Preis 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-täglich mittwochs, Auflage: 56 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 10.7.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 7.7.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Die Supermächte – Rivalen um die Vorherrschaft

In der vergangenen Woche hielt sich der amerikanische Präsident Nixon zu einem Gipfeltreffen mit den Führern der Sowjetunion in der sowjetischen Hauptstadt Moskau auf. Um dieses Treffen, das dritte seit 1972, wurde viel Aufhebens gemacht. Die Gesprächspartner Nixon und Breschnew wurden nicht müde, gegenüber der Weltöffentlichkeit immer wieder zu betonen, daß ihre Gespräche nützlich für den Frieden in der Welt seien. Nixon verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Menschen würden dadurch glücklicher. Was ist dabei herausgekommen?

Das Schlußkommunique erwähnt sechs Hauptpunkte: Abrüstungsprobleme, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Entwicklung im Nahen Osten, die Lage in Indochina, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion, die übrigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Nixon und Breschnew haben sich darauf geeinigt, daß ab 1976 die Sprengkraft der Atombomben, die unter der Erde erprobt werden, auf 150 Kilotonnen beschränkt bleiben soll. Hinsichtlich der Bomben mit einer Sprengkraft, die darunter liegt, wollen sie sich keiner Beschränkung unterwerfen. Das zeigt sehr offen, was diese Abmachungen bedeuten. Keineswegs ist es den beiden Supermächten ernst mit der Abrüstung. Ihnen geht es vielmehr darum, sich so wenig festzulegen wie möglich, zugleich aber den Schein einer Friedenspolitik aufrechtzuerhalten. Ihr Hauptanliegen ist vielmehr, nur solche Vereinbarungen zu treffen, die ihnen nicht wehtun, und ihr militärisches Potential nicht tatsächlich einschränken und vor allem die Entwicklung auf dem Gebiet der Rüstung nicht aufhalten. Wenn sie also 1976 die unterirdischen Atomversuche mit einer Sprengkraft über 150 Kilotonnen einzustellen bereit sind, dann bedeutet das nichts weiter, als daß ihr Bedarf an technischer Vollkommenheit dieser Bomben von so immenser Sprengkraft gestillt ist, daß sie über genügend Bomben verfügen, und daß sie sich spätestens dann der Entwicklung von anderen Bomben zuwenden wollen. Der Vertrag ist also nichts weiter als eine Übereinkunft darüber, daß die Mittel jetzt auf andere Dinge konzentriert werden. All das hat also mit Abrüstung und Entspannung gar nichts zu tun. Noch deutlicher wird das bei den Absprachen hinsichtlich der Raketen mit Mehrfachsprengköpfen. Die Tatsache, daß ein bis 1977 auszuhandelndes Abkommen von vornherein beschränkt bleiben soll auf einen Zeitraum von 8 Jahren, zeigt, daß die beiden Supermächte nur einen bestimmten technischen Entwicklungsstand auf diesem Gebiet festhalten wollen, den sie gemeinsam erreicht haben. Die weitere Entwicklung dieser Waffen selber aber wollen sie sich natürlich nicht verbauen. Die Verhandlungen auf diesem Gebiet zeigen, daß sie nur einem Ziel dienen: abzutasten, wie weit sie in der Zwischenzeit gekommen sind, neue Ausgangspunkte zu markieren für das weitere Wettrüsten.

Diese Position, sich die gegensätzliche Stärke vorzuführen, zeigt sich auch in dem Punkt, der über den Nahen Osten handelt. Da wird einerseits das legitime Interesse der Völker dieser Region, auch der Palästinenser, betont, andererseits aber das Recht auf Existenz der Staaten, also eine Garantieerklärung für den Staat Israel. Das

Fortsetzung Seite 2

Krise in der Autoindustrie

WARUM WERDEN WENIGER AUTOS GEKAUFT?

Seit Monaten wird in der Automobilindustrie in zahlreichen Werken immer wieder kurzgearbeitet: bei VW, bei Opel, Ford, zuletzt wieder bei Audi. Im Juni mußten in der Automobilindustrie 77 600 kurzarbeiten. Im Juni gab es in den Metallberufen 62 900 Arbeitslose, bis Ende des Jahres ist bei VW und anderen Autowerken der Abbau von weiteren Arbeitsplätzen geplant. In der Zulieferindustrie wird ebenfalls kurzgearbeitet, bei Fichtel & Sachs in Schweinfurt Anfang Juli. Um die Unruhe in den Belegschaften abzufangen, bieten sie Ablösungsverträge mit Abfindungssummen, zum Beispiel bei VW und Opel. So werden Massenentlassungen von Tausenden durchgesetzt.

Woran liegt die Krisenentwicklung in der Autoindustrie?
"Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktionskräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde." (Marx, dritter Band des Werkes "Das Kapital", S.501)

Die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen durch Lohnabbau und Preissteigerungen in der letzten Zeit zwingt die Massen dazu, sich einzuschränken. Die Massen können halt das nicht mehr kaufen, was produziert wird.
Aber in der kapitalistischen Produktion sind die Kapitalisten gezwungen, ständig die Produktion zu erweitern und so zu produzieren, als ob ihre Waren immer gekauft werden könnten.

Wer aber soll diese Waren kaufen? Das sind die Massen, die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen. Und hier gerät das Kapital in den Gegensatz zu seinem Trieb, ständig mehr zu produzieren. Denn das Kapital lebt dadurch, daß es aus den Lohnabhängigen mehr herausholt, als es ihnen als Lohn zurückgibt. Den Lohn möglichst niedrig zu halten und zu drücken, das heißt aber, daß die Waren, die immer mehr produziert werden, nicht mehr gekauft werden können. Die Waren bleiben im Lager, die Autos auf der Halde. Aus dieser Zwickmühle kommt das Kapital nicht heraus. Ständig bewirkt es neue Überproduktionskrisen. 'Das Kapital fesselt also die Gesellschaft, und die Arbeiter fliegen auf die Straße. Die Lage der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen wird sich nur ändern, wenn sie die Herrschaft des Kapitals stürzen und selber die gesellschaftliche Produktion nach ihren Bedürfnissen planen.

–A.H.–



Am Tag des Zusammenbruchs sammelten sich überall Hunderte von Menschen vor den Filialen der Herstatt-Bank in Empörung und Ungewißheit. In Bonn wurde Polizei eingesetzt zum Schutz der Filiale am Kaiserplatz. Unser Bild: Die Ortsgruppe Köln des KBW verteilt Flugblätter vor den Herstatt-Bankhäusern und hat Wandzeitungen aufgehängt. (siehe Artikel Seite 3

Atommüllskandal in Obrigheim

HOCHRADIOAKTIVER ABFALL AUF DER ÖFFENTLICHEN MÜLLKIPPE VON OBRIGHEIM

Auf der öffentlichen Müllkippe in Obrigheim wurde radioaktiver Abfall mit einer Strahlung gefunden, wie nie zuvor in Westdeutschland. Zwei Redakteure vom "Spiegel" machten sich am 4.Juli 1974 auf den Weg, um die Müllkippen in der Nähe von Kernkraftwerken zu inspizieren. Sie wollten sehen, ob es üblich ist, daß radioaktive Abfälle wie in Leopoldshafen bei Karlsruhe einfach auf den öffentlichen Müll geschmissen werden.
Die erste Müllkippe, die sie sich ansahen, liegt südlich von Obrigheim am Neckar – wo auch ein 360 Megawatt Kernkraftwerk gelegen ist. Ihr Meßgerät hat – kaum waren sie trotz Verbot über die Einzäunung gestiegen – recht hohe Werte von radioaktiver Strahlung angezeigt. Sie fanden auch gleich eine kleine verschweißte Plastiktüte mit Kunstharzkügelchen, die in einer gelblichen Flüssigkeit schwammen. Dieses Päckchen lag im Neckarschlamm, der dort zweimal wöchentlich vom KWO (Kernkraftwerk Obrigheim) abgelagert wird. Auf der Müllkippe spielten Kinder.

Von zu Hilfe gerufenen Wissenschaftlern vom Deutschen Krebsforschungszentrum und Max-Planck-Institut für Kernphysik Heidelberg, wurde festgestellt, daß die Substanz derart radioaktiv ist, daß ein Transport im PKW unverantwortlich gewesen wäre. Außerhalb des geschlossenen Bleibehälters mit etwa 2,5 cm Wandstärke wurde noch eine Strahlung von mehr als 100 mrem (Maßeinheit für radioaktive Strahlung) pro Stunde gemessen. Das heißt die 150fache maximal zulässige Dosis an speziell ausgestatteten Arbeitsplätzen. Sie verständigten gleich die Ortspolizei. Nach kurzer Zeit erschienen der Bürgermeister Ertl (Obrigheim), ein Vertreter des Landratsamtes und Strahlenschutzfachleute des Kernkraftwerks Obrigheim. Der Bürgermeister reagierte recht spontan und typisch, indem er gegen die Finder der radioaktiven Proben Anzeige erstatten wollte, da sie unbefugt auf die Müllkippe gekommen seien ("treibt die Leute mit dem Prügel vom Platz"). Dies schien ihm sein Hauptproblem zu sein. Er wurde von einem der Wissenschaftler aufgefordert, doch auch seinen Bürgern zu erzählen, daß sein Interesse nur darin besteht, die Finder wegen unerlaubten Betretens der Müllkippe zur Verantwortung zu ziehen.
Die Sicherheitsingenieure vom Kernkraftwerk Obrigheim erboten sich, das Material zwecks Prüfung sofort ins Kernkraftwerk Obrigheim zu bringen. Die Polizeibeamten, die selbst in der Nähe des Kernkraftwerkes Obrigheim wohnen, und die Finder, lehnten diesen "gutgemeinten Vorschlag" ab und fanden es besser, wenn der Katastrophenschutzdienst von Baden-Württemberg den Abtransport und die Untersuchung der Probe übernimmt. Die KWO-Leute – u. a. Vorstandsmitglied Maier – waren sich von vornherein einig, daß das Material keinesfalls vom Kernkraftwerk stammt und daß die Strahlung belanglos sei ("So viel Strahlung kriegt man auf dem Katzenbuckel ab" – dem höchsten Berg in der Gegend). Vom Kernkraftwerk Obrigheim wurden immer mehr Meßgeräte angekarrt und nach jeder Messung wurde das Gesicht der KWO-Leute länger. Trotzdem hielt es Bürgermeister Ertl für notwendig, einen Beweis für die Ungefährlichkeit der Probe zu liefern, indem er wildentschlossen die Probe aus dem Bleibehälter nahm, um ihre Ungefährlichkeit zu demonstrieren. Sie aufzuessen, hat er aber doch nicht gewagt, war aber nahe daran.
Es ist klar, was der Bürgermeister und die KWO-Vertreter beabsichtigten. Sie wollten auf keinen Fall, daß die Geschichte bekannt wird und waren ständig mit der Frage beschäftigt, wieviele Personen in diese "Peinlichkeit" jetzt eigentlich eingeweiht sind. Bürger von Obrigheim, die sich über die Umtriebe wunderten, wurden barsch vertrieben. Das Interesse dieser Offiziellen war, die Sache herunterzuspielen. Der Grund dafür ist klar. Das 360 Megawatt-Werk (der wichtigste Gewerbesteuerzahler am Ort – ungefähr 3 Millionen DM pro Jahr) soll auf 1 200 Megawatt erweitert werden. Gegen dieses Projekt gibt es seit einiger Zeit eine Bürgeraktion im Odenwaldkreis, die in kurzer Zeit einige tausend Unterschriften von Bürgern gegen die Erweiterung gesammtel hat. Diese Bürger wehren sich dagegen, daß ihr Lebensbereich zerstört wird. Man weiß, daß Kernkraftwerke keineswegs ungefährlich sind für die Bevölkerung.
Vorfälle wie dieser werden in zunehmendem Maße aufgedeckt, was zeigt, daß die Bevölkerung nicht mehr gewillt ist, solche Gefährdungen von Leben und Gesundheit hinzunehmen.

Polizei beschlagnahmt Zeitungen

In mehreren Städten der Bundesrepublik wurden in der letzten Woche Zeitungen beschlagnahmt, in denen über den Mord an G. Routhier durch die Polizei berichtet wurde.
Beschlagnahmt wurden verschiedene Ausgaben des 'Roten Morgen' und der 'Roten Fahne', die beide in Dortmund erscheinen.
Aus dem gleichen Grund wurde in München die Kommunistische Volkszeitung beschlagnahmt.
Bei der Beschlagnahmung nahm die Polizei mehrere Verkäufer fest. Ein Genosse des Roten Morgen wurde noch auf dem Polizeipräsidium zusammengeschlagen, wobei ihm der Polizeiarzt jede Hilfe verweigerte. Mit einer Gehirnerschütterung wurde er ins Krankenhaus in Oberhausen eingeliefert.
Die Verfügung über die Beschlagnahmung der Zeitung drucken wir auf Seite 8 ab, ebenso eine Presseerklärung zweier Rechtsanwälte aus Dortmund.

Red

Aus dem Inhalt:

KBW · SPENDENKONTEN
Commerzbank Mannheim
Konto.Nr. 3258589 · 00
Für den Hessenwahlkampf:
Volksbank Mannheim
Kto.Nr. 10683 18

Gefängnisstrafen für leitende KBW-Genossen

Die Revisionsverhandlung im Cabora-Bassa-Prozeß ist am Montag, dem 1.7.1974, mit dem Urteil beendet worden. Das Mannheimer Landgericht hat – was die Strafen betrifft – seinen von höherer Stelle erhaltenen Auftrag erfüllt. (Das Strafmaß siehe in der folgenden Erklärung.)

Urteil und Strafen werden gewöhnlich vom Gericht in geheimer Verhandlung besprochen und gefällt und dann "im Namen des Volkes" verkündet. Eine solche Besprechung mußte wiederholt werden, weil die Bourgeoisie inzwischen mit dem Ergebnis der Besprechung des Heidelberger Landgerichts von 1972 politisch nicht mehr zufrieden war.

"Wahrheitsfindung", wie es bei Gerichten heißt, war also nicht mehr Gegenstand der Verhandlung. Das Landgericht Mannheim hatte nichts mehr zu verhandeln. Der Auftrag stand fest. Die Strafen sollten erhöht und an der vom Landgericht Heidelberg festgestellten "Schuld" sollte nicht mehr gerüttelt werden. Die einzigen von der Justiz "neu" in das Verfahren gebrachten Feststellungen waren alte Urteile und Anklageschriften der Staatsanwaltschaft, die sich gegen einzelne Angeklagte gerichtet hatten, die aber nie rechtskräftig geworden oder überhaupt nie Gegenstand eines Gerichtsverfahrens waren. Damit sollte Stimmung für eine Strafverschärfung gemacht werden. (vgl. KVZ Nr.12, 12.6.74, S.16)

Unter diesen Umständen wirkten die Beteuerungen des Gerichts, es führe keinen politischen Gesinnungsprozeß, einigermaßen lächerlich.

Die Gerichtsverhandlung war nur noch ein Schauprozeß zur Erledigung des politischen Auftrages. Denn Ziel dieses Verfahrens war es allein, unter dem Deckmantel eines Strafprozesses und einer erneuten Verhandlung, einen politischen Gesinnungsprozeß gegen leitende KBW-Genossen zu führen, die man ins Gefängnis bringen wollte.

Die Angeklagten hatten von vorneherein den politischen Charakter der Revisionsverhandlung bloßgelegt und in ihren Erklärungen das Verfahren angegriffen. Im Laufe der Verhandlung zeigte sich immer deutlicher, wie recht sie hatten. Der Staatsanwalt interessierte sich sehr für die Eigentumsverhältnisse des Hauses, in dem der KBW sein zentrales Büro hat, und beantragte die Einsicht in die Grundbuchakten. In seinem Plädoyer wurde er noch deutlicher. Daß die Angeklagten dem KBW angehörten und sich zu seinem Programm bekannten, führte er ausdrücklich als Schuldbeweis und als Grund für eine Strafverschärfung an. Er zitierte das Programm des KBW: "Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen." – und behauptete, die Anhänger dieses Programms redeten "kritiklos der Gewalt das Wort" und müßten entsprechend bestraft werden.

Mit dieser Argumentation machte auch der Staatsanwalt sich ziemlich lächerlich und legte zugleich den ganzen Zweck des Verfahrens offen. Auch der Gerichtsvorsitzende, der diese gewonnene Klarheit mit einer wohlvorbereiteten Erklärung bei der Urteilsverkündung wieder verwischen wollte, konnte nicht anders als sie zu bekräftigen. Er stellte vor allem darauf ab, daß bei ausbleibender oder geringerer Gefängnisstrafe "die Wahrung der Rechtsordnung gefährdet" sei, "um deren Beseitigung die Angeklagten schon damals kämpften". Natürlich, damals und vor allem auch noch heute!

ERKLÄRUNG ZU DEN URTEILEN DES LANDGERICHTS MANNHEIM GEGEN 7 MITGLIEDER DES KBW UND SEINER MASSENORGANISATIONEN

Das Landgericht Mannheim hat den Genossen Dietrich Hildebrandt (Mitglied der Ortsleitung Heidelberg) wegen schwerem Landfriedensbruch zu 12 Monaten ohne Bewährung, den Genossen Joscha Schmierer (Sekretär des Zentralen Komitees), den Genossen Burkhart Braunbehrens (Mitglied des Zentralen Komitees und Redakteur der Kommunistischen Volkszeitung), den Genossen Jochen Noth (Mitglied des Zentralen Komitees und Sekretär der Ortsleitung Heidelberg) und den Genossen Uwe Kräuter wegen Landfriedensbruch zu 8 Monaten Gefängnis ohne Bewährung, die Genossen Claudia Steffens und Peter Tesarz zu 5 Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährung verurteilt. Damit hat das Landgericht Mannheim fast in vollem Umfang den Anträgen der Staatsanwaltschaft Heidelberg entsprochen, das Strafmaß gegenüber dem ersten Verfahren im Jahre 1972 fast verdoppelt und in fünf von sieben Fällen die Bewährung gestrichen.

Das Landgericht Mannheim hat seinen politischen Auftrag erfüllt. Dieser Auftrag bestand darin, 1974 in einer verschärften Situation des Klassenkampfes einen Nachschlag auf die Urteile von 1972 zu holen und durch Gefängnisstrafen für gewählte Funktionäre des KBW diesem einen Schlag zu versetzen. Daß es in dem ganzen Verfahren gerade darum ging, das hat sich im Verlauf der Verhandlung immer deutlicher gezeigt und war den Angeklagten von vornherein offengelegt worden. Der Staatsanwalt fuchtelte in seinem Plädoyer mit dem Programm des KBW herum, der Vorsitzende des Gerichts ließ sich auf Antrag des Staatsanwalts die Grundbuchakten des Hauses vorlegen, in dem der KBW sein zentrales Büro hat, diese und andere Details enthüllten den Grundzug des ganzen Verfahrens: Hier sollte eine kommunistische Organisation getroffen werden durch die Neuaufwärmung eines bereits Jahre zurückliegenden Verfahrens gegen einzelne ihrer führenden Mitglieder.

Dies Verfahren reiht sich ein in eine ganze Reihe anderer Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen, mit denen die Bourgeoisie und der bürgerliche Staat auf die verschärfte Klassenkampfsituation reagieren. Es ist ein weiteres Zeichen für die rasche Rechtsentwicklung der Bourgeoisie, mit der sie auf die noch weitgehend spontanen Kämpfe der Arbeiter und des Volkes, den Aufschwung der Arbeiterbewegung und die Linksentwicklung unter den Massen antwortet. Die Kommunisten sind Organisatoren der Bewegung der Massen. Deshalb versucht die Bourgeoisie, sie auszuschalten und in die Gefängnisse zu schicken.

Die Herausbildung von eindeutigen klassenmäßigen Gegensätzen in der bürgerlichen Gesellschaft führt dazu, daß die liberale Öffentlichkeit zerfällt. Auf der einen Seite steht die bürgerliche reaktionäre Öffentlichkeit und auf der anderen Seite entwickelt sich die proletarische Öffentlichkeit und die Meinung der Massen. Wie sehr die liberale Öffentlichkeit bereits zerfallen ist, zeigte sich nicht nur daran, daß keine einzige der bürgerlichen Zeitungen die Ermordung von Günther Routhier durch die Duisburger Polizei enthüllt und an den Pranger gestellt hat, sondern auch daran, daß keine einzige größere bürgerliche Zeitung über den Prozeß in Mannheim auch nur berichtet hat. Auf die liberale Öffentlichkeit sollte niemand bauen, der den Klassenkampf ernsthaft führen will. Notwendig ist es, die proletarische Öffentlichkeit zu entfalten und die kommunistische Presse aufzubauen. Wir brauchen sie als Waffe gegen die Bourgeoisie. Erstaunt hat uns, daß außer der KVZ, unserer eigenen Zeitung, keine Zeitung, die den Anspruch erhebt, eine kommunistische und revolutionäre Zeitung zu sein, über den Prozeß in Mannheim berichtete, der bis zur Urteilsverkündung über einen Monat gedauert hat.

Die Urteile des Mannheimer Landgerichts sind uns ein weiteres Zeichen dafür, daß wir unsere Reihen auf die Notwendigkeiten des Klassenkampfes ausrichten müssen, daß wir unsere Arbeit weiter verbessern müssen, um sie trotz der Verfolgung unserer Mitglieder und Funktionäre erfolgreich fortzusetzen, daß wir unsere Anstrengungen vergrößern müssen, die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse aufzubauen und uns mit den Massen zu verbinden. Jeder einzelne Genosse wird dieses Urteil nicht als Einschüchterung hinnehmen, sondern als Ansporn begreifen, seine Arbeit zu verbessern.

Wir fordern alle Genossen und Freunde auf, die Mannheimer Urteile nicht hinzunehmen und den Protest gegen sie zu entfalten. Wir fordern alle Genossen und Freunde auf, an ihren Ort und ihrem Arbeitsplatz ihren Beitrag zu leisten für die Überwindung der Zersplitterung des Kampfes gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat. Das wichtigste ist hierbei, daß wir den Angriff gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat weiter entfalten, dann wird es uns auch gelingen, die Gegenschläge der Bourgeoisie abzuwehren und selbst dann vorwärtszuschreiten, wenn uns diese Gegenschläge der Bourgeoisie Opfer kosten.

Mannheim, den 6:7.1974

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Epplers Rücktritt

Der Entwicklungshilfeminister Eppler ist zurückgetreten, weil die von ihm vertretene Politik der Entwicklungshilfe heute keine Basis mehr in der Bundesregierung, in den Koalitionsparteien und bei den westdeutschen Kapitalisten mehr hat. Eppler hatte einen Kurs in der Entwicklungshilfe vertreten, wonach die Gelder breit gestreut nach "Bedürftigkeit" der armen Länder vergeben werden sollten. "Echte Hilfe" und "sozialreformerische Ideen" waren in dieser Zeit das Aushängeschild für die Politik der westdeutschen Imperialisten gegenüber den Entwicklungsländern. Die Bundesregierungen vermieden, ihre imperialistischen Ziele gegenüber der Dritten Welt offen zu verfolgen. Den Höhepunkt dieser Politik bildete 1973 das Auftreten von Bundeskanzler Schmidt auf der Weltwährungskonferenz von Nairobi. Damals war er noch Finanzminister. Schmidt tönte dort, bis 1978 würde die Bundesrepublik die Entwicklungshilfe verdoppeln auf 0,42 % des Bruttosozialprodukts.

Nach dem Eppler-Rücktritt ließ Schmidt aber durch den Regierungssprecher Bölling erklären, unter den veränderten Verhältnissen seien diese Worte nicht mehr zu verwirklichen. Kurz zuvor hatte Schmidt bereits seine Zustimmung zu einem sogenannten Entwicklungshilfefonds der Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verweigert. Der Fonds kam so bisher nicht zustande, obwohl die EG-Länder dazu verpflichtet worden sind von der Sonderkonferenz der UNO über Rohstoffragen Anfang April.

Gleichzeitig vergab die Regierung aber einen Kredit an Jugoslawien über 700 Millionen DM und inzwischen einen weiteren an Ägypten über 500 Millionen DM. Die Bundesregierung will die Verfügungsgewalt über die Gelder behalten. Sie verfolgt das Ziel, mit den Geldern, die sie an die Länder der Dritten Welt vergibt, diese Länder fest an die Interessen des westdeutschen Kapitals zu binden. Die Machtausdehnung auf dem Weltmarkt soll vorangetrieben werden. Für diese offene Vertretung der imperialistischen Interessen des westdeutschen Kapitals taugt nicht das Aushängeschild der "Hilfe nach Bedürftigkeit". Deshalb wurde Eppler auch zum Rücktritt gezwungen und deshalb weint ihm auch niemand von der Regierung, von den Parteien und von den westdeutschen Kapitalisten eine Träne nach.

D.T.

Rivalen um die Vorherrschaft

Fortsetzung v. S.1

legitime Interesse des palästinensischen Volkes und der Staat Israel, das sind aber zwei Dinge, die miteinander unvereinbar sind! So ist es auch mit dem Interesse der Supermächte in dieser Region: Sie belauern sich und versuchen, sich auf jede mögliche Art die gegenseitigen Einflußgebiete abzujagen.

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN USA UND DER UdSSR

Ein wesentlicher Teil der Gespräche bezog sich auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Supermächten. Kurz bevor Nixon in Moskau eintraf, fand eine Manager-Konferenz statt. An dieser Konferenz nahmen über 200 der mächtigsten Konzernbosse der USA teil. Sie führten Gespräche mit ihren sowjetischen Betriebsdirektoren-Kollegen über eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den US-Konzernen und den staatlichen Unternehmen der Sowjetunion! Außerdem hat ein amerikanischer Chemiekonzern zu Beginn des Nixon-Besuches einen Vertrag unterzeichnet mit sowjetischen offiziellen Stellen, wonach in den kommenden Jahren 4 Kunstdüngerfabriken mit allem Drum und Dran geliefert werden sollen. Der Vertrag beläuft sich auf über 200 Millionen Dollar, er ist der höchste, den je ein US-Konzern mit der Sowjetunion ausgehandelt hat.

Breschnew hat, wie die französische Tageszeitung 'Le Monde' berichtete, zu all dem erklärt, das seien nur kleine Fische. Bis zum Jahr 2000 könnten Geschäfte zwischen den USA und der Sowjetunion getätigt werden in Milliardenhöhe. Breschnew bietet den US-Imperialisten die Ausbeutung und Ausplünderung des weiten und an Bodenschätzen reichen Landes des sowjetischen Volkes an. Er verlangt dafür, daß die USA die UdSSR als gleichwertig anerkennen. Die revisionistischen Führer der Sowjetunion holen die US-Konzerne ins Land, wenn sie nur ihre Macht dadurch erhöhen können. Sie wollen ihre Herrschaft über die Völker der Welt unaufhörlich verstärken. Sie stützten sich dabei auf ihre Rüstungsproduktion und ihre riesigen Waffenarsenale. Besonders auf dem Gebiet der Rüstung spannen sie alle Kräfte an und forcieren unaufhörlich das Wettrüsten. In den Verhandlungen von Moskau ging es also keineswegs um die Entspannung oder um eine wirksamere kontrollierte Abrüstung oder um die Verminderung der Gefahr eines atomaren Krieges. Es ging den Supermächten vielmehr darum, den Gegner abzutasten, auszuhorchen und die Startposition zu verbessern für die nächste Runde des Wettrüstens und den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt.

D.T.



Die Führer der Supermächte in trautem Zusammensein

Maulkorb für die Jusos

DER SPD–VORSTAND NIMMT DIE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN AN DIE KANDARRE

Der SPD-Parteivorstand hat am 29./30.6.74 einstimmig einen Beschluß über Aufgaben und Rolle der Arbeitsgemeinschaften in der SPD gefaßt. Darin wird festgestellt, daß die Arbeitsgemeinschaften den Gremien der Partei in jeder Hinsicht untergeordnet seien. Dieser Beschluß bezieht sich formell auf alle Arbeitsgemeinschaften in der SPD, also etwa auch auf die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Tatsächlich getroffen werden dadurch aber die Jungsozialisten mit ihren Plänen von Doppelstrategie. Diese sahen vor, einerseits selbständige "Basisarbeit" in Stadtvierteln und Betrieben zu machen und andererseits als eine Art von sozialistischer Fraktion in die SPD hineinzuwirken. Nach beiden Seiten hin hat jetzt der Parteivorstand der Doppelstrategie den Riegel vorgeschoben: Die Öffentlichkeitsarbeit darf nur in Einvernehmen mit den zuständigen Vorständen der Partei erfolgen. Und: Es wird den Arbeitsgemeinschaften verboten, Beschlüsse zu fassen, die außerhalb der ihnen vom Parteivorstand zugewiesenen Aufgaben liegen.

Versehen ist dieses Verbot mit der Drohung, daß gegebenenfalls auch mit organisatorischen Maßnahmen sichergestellt werde, daß Beschlüsse von Arbeitsgemeinschaften nicht in Widerspruch zu Parteibeschlüssen stehen. Und selbst die Ausweichmöglichkeit, die der Jungsozialistenbundesvorstand sich mit der Erklärung verschaffen wollte, widersprechende Jungsozialisten-Beschlüsse seien als Anträge an Parteitage aufzufassen, selbst diese Ausweichmöglichkeit hat der Parteivorstand den Jungsozialisten verstellt. Er hat erklärt, die Arbeitsgemeinschaften seien unselbständige Teile der Partei und keine Organe der politischen Willensbildung. Die einfache Parteivorstands-Stellungnahme zu Statutenfragen ist also eine gewaltige Ohrfeige für die Jungsozialisten. Und allerorts ist sie auch so verstanden worden. "Der SPD-Vorstand hat zugeschlagen", schreibt denn auch die Frankfurter Rundschau, ein den Jungsozialisten durchaus wohlgesonnenes Blatt.

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten jedoch, schon lange gewöhnt, ein gekrümmtes Rückgrat für taktische Raffinesse zu erklären, hat die Ohrfeige klaglos hingenommen und sie gar noch als einen Erfolg hingestellt. In einer Erklärung der Juso-Vorsitzenden Wieczorek-Zeul heißt es, der Parteivorstandsbeschluß enthalte im Grunde nur "eine Bekräftigung von Selbstverständlichkeiten". Und der Erfolg wird darin gesehen, daß der Parteivorstand nicht dem Antrag des fränkischen Landesverbandes gefolgt sei und die Kompetenz zur Bildung und Auflösung von Arbeitsgemeinschaften nicht an die Landesvorstände abgegeben habe.

Der Parteivorstand der SPD kann bei seinem gegenwärtigen Versuch, in einer Lage wachsender Polarisierung der Klassen in der Gesellschaft, die Reihen der Partei zusammenzuhalten und enger zu schließen, sich auf die Rückgratlosigkeit der führenden Jungsozialisten fest verlassen. In diesen Tagen konnte man eine Rede von Karsten Voigt, ehemaligem Juso-Vorsitzenden und Wortführer der "Doppelstrategie" lesen, die in verklausulierten Wendungen für die Linken in der SPD nicht mehr beansprucht als die Freiheit des Geschwätzes. Die beiden Kernaussagen des Referates lauten: "Wir können . . . zur Zeit grundlegende Strukturreformen mit dem Ziel des Sozialismus . . . nicht durchführen." Und: "Wir stehen in der Gefahr, die Bevölkerung gerade dadurch zu desorientieren, daß wir die grundlegende Strukturreform, die wir für notwendig halten, nicht einmal mehr formulieren." (Frankfurter Rundschau 28.6.) Der schlichte Sinn der "in weiten Teilen von der SPD-Linken mitgetragenen" Überlegungen (Frankfurter Rundschau) ist der, daß wenn man schon nichts tun könne für den Sozialismus, man doch immer davon reden müsse. Anderfalls könne es geschehen, daß "aufgrund des wachsenden Krisenbewußtseins" die Bevölkerung sich für "rechte Alternativen" oder für "sektiererische oder dogmatische sozialistische Gruppen" entscheide. Aus den übermütigen Doppelstrategen von 1969/70, die jedermann erklärten, sie wollten die Partei für den Sozialismus erobern, sind heute bedächtige Reformisten geworden, die sich anbieten, um die jämmerliche bürgerliche Politik der regierenden SPD in die Hülle glänzender Zukunftsperspektiven zu packen. Und selbst als diese reformistische Dutzendware hat niemand mehr an diesen Juso-Strategen mehr Interesse. Der "Vorwärts", die Parteizeitung der SPD, hält ihnen vor, daß die gesamte Jungsozialisten-Bewegung bürgerlichen Charakter trage. Unter den neuen Mitgliedern der SPD sei in den letzten zehn Jahren der Anteil der Arbeiter um die Hälfte geschrumpft. Unter der Überschrift "Die bürgerliche Linke in der SPD" kommt der Artikel zu dem Ergebnis: "bürgerliche Herkunft geht somit einher mit bürgerlicher Ideologie und bürgerlichem Habitus" (Vorwärts, 3.7.74). Am Ende ist also die vielgepriesene Doppelstrategie dazu gut gewesen, daß ihre Erfinder nicht nur Stück für Stück von ihren Positionen öffentlich aufgeben müssen, sondern auch noch den Spott obendrein bekommen von der offiziellen SPD wegen Bürgerlichkeit. Diese Jungsozialisten-Strategen sind Lehrstücke für jeden, woran man sehen kann, was aus Leuten wird, die für den Sozialismus eintreten wollen ohne für die Revolution zu sein. Es bleiben tatsächlich bürgerliche Linke. Und politisch führen sie eine Jammerexistenz. Angezogen werden durch solche linksbürgerlichen Positionen auch kaum Arbeiter, sondern Leute, die billig und schnell ein Forum suchen, auf dem man glänzen kann und wo man Links-Sein in jungen Jahren mit der Aussicht auf eine Karriere verbinden kann. Es sollte sich jeder überlegen, ob er dazu das Fußvolk abgeben will.

W.Maier

Die Herstatt-Pleite - Zeichen der Krise

DIE PLEITE VOLLZOG SICH AUF DEM RÜCKEN DER KRISE / ILLUSION DER VERSTAATLICHUNG

Konkurse gehören in der kapitalistischen Gesellschaft zum Alltag. Dies gilt ganz besonders in Zeiten der Krise, wo sich die Konkurrenz der Kapitalisten um die Aufteilung der von der Arbeiterklasse produzierten Profite verschärft. Dann häufen sich die Konkurse, wie sich dies gegenwärtig in den Reihen der westdeutschen Kapitalisten, am deutlichsten in der Bauindustrie, ganz drastisch zeigt. Aber um diese normale Erscheinung in der kapitalistischen Gesellschaft macht die bürgerliche Presse im allgemeinen kaum ein Geschrei.
Warum also so viel Aufhebens um den Zusammenbruch der Herstatt-Bank? Diesmal hat es einen verhältnismäßig Großen erwischt, eine Bank mit einer Bilanzsumme von gut 2 Milliarden DM.

Daß der Zusammenbruch einer Bank dieser Größe unter den Kapitalisten Aufregung verursacht, ist verständlich. Denn im Imperialismus, der durch die Herrschaft des Finanzkapitals, der engsten Verbindung von Banken und Industrie und Geschäfte treibendem Kapital gekennzeichnet ist, sind die Schicksale vieler Kapitalisten miteinander verknüpft und der Untergang des einen kann den Tod für viele bedeuten.
"Reißt Herstatt-Pleite andere Firmen mit?" lautete zum Beispiel die dicke Überschrift in der 'Frankfurter Rundschau', und dies war in den Tagen nach dem Zusammenbruch der Bank die bange Frage aller Kapitalisten und aller bürgerlichen Kommentatoren in Presse, Funk und Fernsehen.

DIE PLEITE VOLLZOG SICH AUF DEM RÜCKEN DER KRISE

Aber es ist in der kapitalistischen Gesellschaft auch so, daß noch keine Krise dadurch entstand, daß ein Kapitalist zusammenbrach, vielmehr ist es so, daß der Zusammenbruch eines Kapitalisten eher der Ausdruck und das Resultat einer Krise ist.
"1973 war für nahezu alle Banken ein mieses Jahr, denn die meisten Institute mußten beim Kreditgeschäft, und das ist und bleibt der Kern aller Bankgeschäfte, heilfroh sein, wenn sie, ehrlich gerechnet, mit Plus/Minus Null herauskamen", schreibt die 'Süddeutsche Zeitung'.

Das heißt aber nichts anderes, als daß die Banken auf dem Geld, das sie auf ihren Konten gesammelt hatten, sitzen blieben oder es nur mit geringem Gewinn verleihen konnten. Denn ihre Geschäfte machen die Banken damit, daß sie das ersparte Geld der Lohnabhängigen, die Vermögen der Selbständigen und kleinen Gewerbetreibenden und die Gelder, die die Kapitalisten nicht unmittelbar brauchen und daher auf der Bank anlegen, sammeln und als große Batzen an einzelne Kapitalisten verleihen, die mit diesem Geld das Feld ihrer Ausbeutung erweitern.
Wenn also das Geschäft für die Bankiers 1973 nicht so gut lief, dann, weil die Kapitalisten nicht mehr so flott investierten, wozu sie das Geld hätten brauchen können.
Und auch bei den Lohnabhängigen, deren Reallohn sinkt, konnten die Banken nur noch kleinere Gewinne holen, denn die Lage ist für die Lohnabhängigen nicht so, daß sie mit leichter Hand Kredite für irgendwelche Anschaffungen hätten aufnehmen können, wird doch die Rückzahlung immer schwieriger.

Das miese Jahr für die Banken ist also nur Ausdruck einer krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland.
Und um trotzdem ihre Profite zu mehren, wandte sich die Herstatt-Bank dem Gebiete der Spekulation zu, wo es noch möglich ist, auf leichte Art Profite zu machen. Da schob die Herstatt-Bank Beträge nicht unter 50 Millionen hin und her, vor allem, um aus den ständigen Kursschwankungen des Dollars, der mal 2,30 DM, mal 2,60 DM wert war, Spekulationsgewinne zu ziehen.
Möglich geworden ist dieses Glücksrittertum erst durch die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, durch die Verschärfung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern, die ihren Ausdruck in der langjährigen Krise des Weltwährungssystems findet. Denn erst seit die festen Wechselkurse zwischen den Währungen der kapitalistischen Länder geplatzt sind und sich ständig verändern, ist diese Spekulation im Großen möglich! Das ist auch ganz natürlich, denn in der Krise, wenn sich viel bewegt und im Umbruch ist, kommt immer die große Zeit der Glücksritter und Spekulanten, die aus der Krise ihr Geschäft machen.

WER BEZAHLT DEN KONKURS?

Wenn ein Kapitalist pleite geht, dann heißt dies meist, daß der Konkurs für ihn die beste Art und Weise ist, sein Geld ins Trockene zu bringen und sich ein anderes Betätigungsfeld zu suchen. "Der betroffene Bankier Herstatt wußte seit Mitte Juni, daß sein Institut nicht mehr zu retten war. Mitte vorletzter Woche ließ er die Sparbücher seiner Mutter und seiner drei Kinder plündern und das gesparte Geld so abbuchen, daß – offensichtlich infolge von Vorschußzinsen – sogar vorübergehend Minusbeträge ausgeworfen wurden" (Wirtschaftswoche).
Die Gelackmeierten sind immer die Arbeiter und Angestellten, die ihre Löhne nicht mehr bekommen und ihren Arbeitsplatz verlieren.

So sollen wohl bei der Herstatt-Bank alle, die bis zu 20 000 DM auf ihrem Konto hatten, voraussichtlich entschädigt werden, aber wer auch nur eine Mark darüber hat, wird schon wesentlich schlechter ausgehen.

DIE ILLUSION DER VERSTAATLICHUNG

Die Pleite der Herstatt-Bank entfachte die Debatte, ob es nicht besser wäre, die Banken zu verstaatlichen. Aber die Banken sind ein Profitgeschäft wie jedes andere, und warum sollte ihre Verstaatlichung etwas für die Lohnabhängigen ändern?
Viele von ihnen haben noch die Erfahrung, daß der Konkurs des bürgerlichen Staates genauso gnadenlos auf ihrem Rücken ausgetragen wird, wie der Konkurs eines Kapitalisten. Das hat die Währungsreform 1948 drastisch gezeigt, in der für die Lohnabhängigen fast alle ihre Ersparnisse vernichtet wurden.

Und die staatlichen Banken spekulieren genauso wie ganz gewöhnliche Profiteure, das haben die Westdeutsche Landesbank und die Hessische Landesbank gezeigt, die bei Devisen- und Bodenspekulationen 270 bzw. 800 Millionen Verlust machten. Daß diese Verhältnisse nicht so ans Tageslicht kommen, ist klar, denn die werden über Steuern ausgeglichen, und die zahlt schließlich auch der Lohnabhängige wieder selbst.

Von der Verstaatlichung der Banken kann die Arbeiterklasse sich also nichts erwarten, denn der bürgerliche Staat kümmert sich nicht um ihre Interessen, wie es sich deutlich zeigt, wenn der Bundesfinanzminister Apel zu der Herstatt-Pleite feststellt: "Solche Zusammenbrüche sind Teil unserer Wirtschaftsordnung". Das stimmt, denn solange die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestehen, wird es Banken, Spekulanten, Ausbeutung und Krisen auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des Volkes geben. Nur in der Aufhebung dieser Verhältnisse selbst, wenn die Arbeiterklasse und das Volk im Sozialismus die Produktionsmittel in die eigenen Hände nehmen, wird all diesen Profiteuren der Boden entzogen.

–e.r.–

Bonn. Das Bild zeigt, wie die Polizei die Bonner Niederlassung der Herstatt-Bank nach dem Zusammenbruch vor dem Unmut hunderter von Konteninhabern abschirmt.

Proteste gegen Tariferhöhung von Strom, Wasser, Gas



Kiel: Standtafel gegen die Preiserhöhung bei den Stadtwerken

In vielen Städten der Bundesrepublik wird gegenwärtig die Erhöhung der Gas-, Strom- und Wasserpreise durchgeführt oder vorbereitet.
So wurden in Paderborn die Strompreise ab 1. Juli um durchschnittlich 11 % angehoben.
Entsprechende Preiserhöhungen stehen in vielen anderen Städten, zum Beispiel in Kiel oder in Braunschweig, an, wo die Gaspreise um 30 bis 40 % erhöht werden sollen. All diese Preiserhöhungen treffen natürlich hauptsächlich die Lohnabhängigen. Für die Kapitalisten gibt es dabei wesentlich günstigere Sondertarife.
Diese ungeheure Ausplünderung der Werktätigen durch die staatlichen Unternehmer läßt einen gut erkennen, was man von der bürgerlichen Demagogie mit der Steuerreform zu halten hat. Denn die geringe Steuererleichterung, die diese Reform kurzfristig bringen soll, wird mehr als wettgemacht durch diese Preiserhöhungen.

I.D. Herstatt - Porträt eines Bourgeois

Iwan D. Herstatts steile Karriere in Köln begann nach dem Kriege bei der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft. 1950 übernahm er die Leitung der Kölner Filiale gegenüber dem Kölner Dom.
Hans Gerling, Chef des Gerling-Konzerns und Kölner Multi-Millionär, verhalf Herstatt fünf Jahre später zu seiner Bank: Am 2. Januar 1956 wurde die I.D. Herstatt Bank KG a.A. gegründet: 81 % der Aktien waren im Besitz von Hans Gerling, Herstatt selbst wurde persönlich haftender Gesellschafter.

Hans Gerling führte Iwan D. Herstatt in die besten Kreise der Kölner Bourgeoisie ein und schon bald gab es kein gesellschaftliches Ereignis mehr, wo der "lange Iwan" (1,96 m groß) nicht zu finden war. Schnell verschaffte er sich einen guten Ruf mit dem Ergebnis, daß das Bankgeschäft blühte.
Der "lange Iwan" war buchstäblich überall, wo in der Kölner High Society was los war. Keine Theaterpremiere, keine große Karnevalsveranstaltung, kein Empfang der Stadt Köln, wo Iwan nicht dabei war. Rauschende Feste – das war sein Metier.

Am 16. Dezember vorigen Jahres gab er sich selbst zum 60. Geburtstag ein Fest: für 850 Freunde und Kunden mietete er das Opernhaus und den "Gürzenich", engagierte berühmte Künstler und ließ sich seine Lieblingsmelodien von Puccini und Rachmaninow vorspielen. In "guten Kreisen" in Köln spricht man davon, daß der alte Kölner SPD-Oberbürgermeister Theo Burauen seinen Abschied von der Politik genau so gelegt haben soll, daß er dieses Fest noch als OB mitmachen konnte.

Herstatt gehörte nicht weniger als 30 Klubs an, darunter Sportvereinen, dem Verein "Freunde der Kölner Bühnen", dem Überseeklub, dem Kegelklub "Löstige Labesse" und nicht zuletzt dem Lions-Club, wo sich der alte und neue (Geld-) Adel trifft. Er war natürlich Mitglied in fast jeder großen Kölner Karnevalsgesellschaft. Man stelle sich vor, was der Mann die Wochen vor Karneval alles zu tun oder besser: zu feiern gehabt hat.

Wer meint, das alles habe mit dem Bankgeschäft wenig zu tun, der liegt ziemlich schief. Denn natürlich haben auch alle großen Karnevalsgesellschaften entsprechende Konten beim Bankhaus Iwan D. Herstatt. Der Präsident des Festkomitees des Kölner Karnevals, Franz Pohl, ist – wie könnte es auch anders sein – Prokurist bei Herstatt. Der Kölner Karneval bangt nun nach der Pleite um seine nächsten Feste. Unverschämte Spötter haben den Kölsche Jecke schon vorgeschlagen, das Motto des Karnevals 75 "Seid umschlungen Millionen" (das sich auf die durch die kommunale Neugliederung zur Millionenstadt gewachsene Stadt Köln bezieht) umzuwandeln in "Seid verschlungen Millionen".

Aber auch sonst war der "lange Iwan" geschäftlich nicht müde: Er sitzt in 19 Aufsichtsräten und ist elfmal Schatzmeister. Außerdem ist es ihm – mit wenig Mühe, wer wollte daran zweifeln – gelungen, die Herren der Stadt Köln dazu zu bewegen, 198 Millionen DM ausgerechnet beim Bankhaus I. D. Herstatt zu hinterlegen. Beinahe hätte er dadurch auch noch den Kölner Stadtkämmerer Heinz Meyer zu Fall gebracht, der peinlicherweise schon seinen möglichen Rücktritt ausgesprochen hat, bevor ihn seine eigenen SPD-Parteifreunde zusammen mit der CDU gerade noch rechtzeitig aus dem Verkehr ziehen konnten.

Was er denn machen wird, der "lange Iwan"? "Nun, ich werde mir eine Beschäftigung suchen müssen. Daß das für einen 61-jährigen Mann nicht gerade einfach ist, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen. Das ist sehr hart, läßt sich aber nicht ändern", vertraute er dem Kölnischen Rundschau an. An was er so denkt? An einen Beratervertrag oder sowas – vielleicht braucht der Kölner Karneval auch noch einen hauptamtlichen Mitarbeiter.
Und dann hat er ja auch noch seine Frau, die, wenn es gar nicht anders geht, man höre und staune, sogar arbeiten gehen will! Und zur Not kriegt sie die Familie auch mit Kartoffelsuppe satt – sagt sie. Von Kaviar zu Kartoffelsuppe, was für ein abrupter Wechsel – bei so einem Schicksal kann man doch gleich Mitleid bekommen.
Sicher werden sich aber einige gütige Spender finden, die es der Familie nicht zu schwer machen. Böse Zungen, und davon gibt es zur Zeit in Köln sehr viele, meinen allerdings, das alles geschähe dem Iwan ganz recht, und außerdem gehöre er auch noch hinter Gitter.

–A.W., Ortsgruppe Köln–

MIETERVERSAMMLUNG SPRICHT BÜRGERSCHAFTSABGEORDNETEM DAS MISSTRAUEN AUS

Bremen-Huchting. Anfang des Jahres hatte die Neue Heimat in unverschämter Weise die Heizkostenpauschale bzw. Vorauszahlung für ihre Miete erhöht. Unsere Zelle rief zu einer Versammlung auf, zu der etwa 70 Mieter kamen und sich unter anderem auf unseren Vorschlag hin einen Mieterrat wählten, dem auch Genossen von uns angehören. Der Kampf der Mieter hat sich inzwischen ausgeweitet zum Kampf gegen steigende Lebenshaltungskosten. So ist jetzt auch der Kampf gegen die vom Bremer Senat beschlossene Tariferhöhung bei Strom, Gas und Wasser mitaufgenommen Etwa 150 Mieter beschlossen eine Unterschriftenaktion, in der sie diese Erhöhung verurteilen und in der einer der Huchtinger Bürgerschaftsabgeordneten aufgefordert wurde, auf einer nächsten Versammlung Rechenschaft über diese Erhöhung abzulegen.
Da der SPD-Ortsverein inzwischen verzweifelt bemüht ist, die Bewegung in Huchting wieder vor seinen Karren zu spannen und unter seine Kontrolle zu bringen, kam dann auch Konrad Kunick, Mitglied der Bürgerschaft und SPD-Unterbezirksvorsitzender, höchstpersönlich zu einer Versammlung, die im übrigen mit knapp 200 Personen gut besucht war.
Aber natürlich kam er nicht, um Rechenschaft abzulegen. Und er kam auch nicht herein, sondern er blieb draußen vor der Tür, wo er mit Jusos zusammen Flugblätter verteilte. Die Haupttendenz des Flugblattes war, von der eigentlichen Sache, der geforderten Rechenschaft, abzulenken, und die gesamte Mieterbewegung zu spalten. Und zwar mittels des alten wie auch abgegriffenen Tricks, zu beschwören, daß die Mieter von uns Kommunisten vor unseren Karren gespannt werden sollten. Den Genossen, der im Auftrag des Mieterrats die Einladung an ihn geschrieben hatte, "enttarnte" er in polemischer Weise als Kommunisten, dem es zusammen mit "den anderen KBW-Genossen" "gar nicht um berechtigte Mieterinteressen" ginge und von denen "gar nicht bekannt" sei, "daß sie in Wahrheit die Revolution auf ihre Fahnen geschrieben haben und nicht die Lösung von Mietproblemen."

Nun war aber den Mietern bekannt, daß sie Kommunisten in der Mieterrat gewählt hatten, die "Enttarnung" ging also schon mal in die Hose. Ganz entschiedene Empörung riefen aber die Spaltungsversuche hervor. Die Mieter erkannten sehr gut, daß Herr Kunick mit seinen Angriffen auf den KBW von der Sache ablenken wollte, um sich einerseits vor einer Stellungnahme zu drücken und um andererseits langfristig den Kampf der Mieter in Huchting zu spalten. So wurde auf der Mieterversammlung eine Resolution verabschiedet, in der es unter anderem hieß:
"Mit Empörung nehmen wir zur Kenntnis, daß dieser Volksvertreter sich unserem berechtigten Verlangen entzogen hat und stattdessen verleumderische Flugblätter verteilt, in denen er die Spaltung unseres Kampfes propagiert. Als gewählten Volksvertreter sprechen wir ihm hiermit ausdrücklich das Mißtrauen aus."

Stadtteilzelle Bremen-Huchting

BREMEN: WESER–KURIER

Streik gegen Lohnraub und Spalterpolitik

Bremen. Nachdem Anfang des Jahres die Löhne und Gehälter in der Druckindustrie angehoben wurden (um 11,3 %), versuchten die Weser-Kurier-Kapitalisten nach einer Empfehlung des Landesverbandes Druck Bremen e.V. dieser Schmälerung ihres Profites durch Streichung übertariflicher Zulagen zu begegnen. Da übertarifliche Zulagen rechtlich nicht abgesichert, d. h. "freiwillig jederzeit widerruflich" sind, taten die betroffenen Kollegen in dieser Situation das einzig richtige: Zusammen mit den Kollegen der Zeitungstechnik, die sich spontan solidarisierten, legten sie die Arbeit inmitten des Endtermins der Pfingstausgabe nieder und warteten auf die Rückkehr ihrer gewählten Verhandlungsdelegation. Das Ergebnis dieses entschlossenen Auftretens war ein voller Erfolg. Die Geschäftsleitung sah sich gezwungen, die Forderung der Kollegen bedingungslos zu akzeptieren. Die übertariflichen Zulagen werden weitergezahlt wie bisher.

Daß die Kollegen aus der neugewonnenen Kampferfahrung lernten und sie wiederum in die Praxis umsetzten, um ein langjährig wucherndes Betriebsübel an der Wurzel zu packen, zeigte der folgende Streik vom 24. auf den 25.6. gegen einen Abteilungsleiter aus dem Bereich der Zeitungstechnik. Durch andauernde Schikanen und ein von ihm gegen die Kollegen verhängtes Redeverbot während der Arbeitszeit, zog er den berechtigten Zorn der Kollegen auf sich. In einem 2stündigen Ausstand, in dem wiederum die gesamte Zeitungstechnik sich solidarisierte, stellten sie die Forderung nach sofortiger Absetzung des Abteilungsleiters. Der von dem Oberkapitalisten und Geschäftsführer der Weser-Kurier GmbH angestrengte Einschüchterungsversuch, Entlassung aller weiterstreikenden Kollegen, hatte keinen Erfolg. Die Kollegen ließen sich nicht spalten. Nach einer vorläufigen Beurlaubung des Abteilungsleiters wurde auf der am nächsten Tag einberaumten Abteilungsversammlung seine Versetzung erzwungen. So verschärfte sich der Kampf der Kollegen in seiner Hauptstoßrichtung gegen die Spaltungspolitik des Druckkapitalisten, der eine große Anzahl der Beschäftigten in den Status der leitenden Angestellten erhob, um sie in direkten Gegensatz zu den Kollegen zu bringen.

Zelle Druckindustrie, Bremen

Postboten gegen Gebührenerhöhung

In den letzten Tagen bekommen wir Zusteller oft zu hören:
Ihr seid ja schon wieder teurer geworden!
Doch nicht wir haben die Gebührenerhöhung beschlossen, der bürgerliche Staat, der mit seinem Postapparat den Kapitalisten ihre Werbebroschüren unter Preis verteilt und dann die Kosten auf das Volk abwälzt, hat die Gebühren erhöht.

Für den Briefträger bedeutet diese Gebührenerhöhung, die er ja auch bezahlen muß, nur mehr Arbeit. Er muß bei den Briefen, die noch mit der alten Gebühr von 40 Pfennig frankiert sind, die deftige Nachgebühr von 60 Pfennig einziehen. Die Briefe, die mit einem Stempel "Nachgebühr" versehen sind, werden gesondert ausgegeben. Sie müssen vom Zusteller beim Empfang in der Zuschreibstelle quittiert werden. Dann muß der Zusteller versuchen, die Nachgebühr einzuziehen. Trifft er beim ersten Versuch niemanden an, kann er wegen dieser, für ihn doppelt miesen, Gebührenerhöhung noch ein zweites Mal Treppensteigen gehen. Wenn er auch dann niemanden antrifft, muß er einen Zettel ausfüllen, mit dem der Empfänger seinen Brief beim Postamt abholen kann. Kassierte Nachgebühren müssen zudem noch gesondert abgerechnet werden.

In den ersten Tagen nach der Gebührenerhöhung (1. Juli) lag die Zahl der unterfrankierten Briefe bei fast einem Viertel der gesamten Briefpost. Das hätte Stunden Mehrarbeit für die Zusteller bedeutet. Damit die Empörung der Zusteller über diese Mehrarbeit in Grenzen bleibt, hat man die Einziehung der Nachgebühren um eine Woche ausgesetzt. Bis dahin sollen sich die Postkunden an die gestiegenen Preise gewöhnt haben.
Besser wäre es, die Erhöhung hätte gar nicht stattgefunden.

–Postaufbauzelle der Kommunistischen Gruppe Münster (Sympathisanten des KBW)–

KOLLEGEN GEGEN SPÄTÖFFNUNGSZEIT

Über 90 % aller im Verkauf Beschäftigten lehnen längere Öffnungszeiten ab. In einer Fragebogenaktion der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in 622 Kaufhäusern sprachen sich 132 000 dagegen aus.
Heidelberg. Bei der Abstimmung der Gewerkschaft HBV über die Veränderung der Ladenschlußzeiten haben auch bei uns im Kaufhaus alle Kollegen gegen die Verlängerung gestimmt. In den Diskussionen mit den Kollegen wurde deutlich, daß jeder sich im klaren ist, daß eine Verlängerung der Schlußzeiten nur eine Verschlechterung der Arbeitssituation mit sich bringen würde.
Folgende Argumente wurden am häufigsten genannt:
1) Neues Personal würde sicherlich nicht eingestellt werden, d. h. die bisherige Belegschaft würde mit zusätzlichen Arbeitsstunden belastet – und das bei solch einem beschissenen Gehalt.
2) Der größte Teil der Belegschaft sind Frauen, die abends nach der Arbeitszeit noch im Haushalt zu tun haben und sich um die Familie kümmern müssen. Für sie wäre eine Verlängerung der Arbeitszeit unerträglich.
3) Zudem ist es so, daß die meisten, die einkaufen, arbeiten und eine Familie haben. Für die ist es kein Vergnügen, am Abend noch durch die Kaufhäuser zu schlendern – für sie geht es einfach darum, sich abends auszuruhen.
Im übrigen ist es so, daß die breite Bevölkerung eh nicht mehr Geld ausgeben kann, als was sie zur Verfügung hat; denn wer kann bei diesen geringen Löhnen und der steigenden Inflation noch was auf die hohe Kante legen?

40-Stunden-Woche

PROTEST GEGEN VERKÜRZUNG DER ÜBERGABEZEITEN FÜR DIE 5-TAGE-WOCHE IM KRANKENHAUS

Mannheim. Ab 1.Oktober dieses Jahres wird in den Betrieben und Verwaltungen des öffentlichen Dienstes die 40 Stundenwoche eingeführt. Es bleibt allerdings jeder Dienststelle selbst überlassen, wie sie die Arbeitszeitverkürzung regeln will. Erklärtes Ziel des Staates ist es, Neueinstellungen zu verhindern, Personal zu sparen.
Bei uns in den Städtischen Krankenanstalten Mannheim sieht das folgendermaßen aus:

Vor zwei Wochen erschien von der Direktion und den Oberschwestern ein Entwurf für eine neue Arbeitszeitregelung für das Pflegepersonal, das große Empörung bei den Kollegen hervorrief

Der Entwurf beinhaltet, daß die Früh- und die Spätschicht, die bisher um die Mittagszeit etwa eine Stunde zusammen auf der Station waren, so arbeiten, daß nur eine kurze Übergabezeit von 10 Minuten zur Verfügung steht, daß ein Teil der Frühschicht früher geht und ein Teil der Spätschicht später kommt. Das bedeutet zum einen: es wird für viele Kollegen unmöglich werden, in Ruhe zu Mittag zu essen, denn es sind um diese Zeit zu wenig Kollegen auf der Station, zum anderen muß die Spätschicht bis 21.10 Uhr arbeiten, anstelle bisher um 19.30 Uhr bzw. 20.30 Uhr. Wenn man bis 21.10 Uhr arbeiten muß, ist der Abend weg, da kann man nicht mehr weggehen. Die Kollegen, die ihr Kind im Betriebskindergarten haben, stehen vor einem weiteren Problem: der Betriebskindergarten schließt um 20 Uhr. Sie müssen also sehen, was sie in dieser Zeit eben bis 21.10 Uhr mit ihrem Kind anfangen. Die Kollegen im Kindergarten weigern sich zu recht, Kinder, insbesondere Kleinkinder, bis in die Nacht zu betreuen.

Diese Regelung der Arbeitszeitverkürzung bringt eindeutig Verschlechterungen mit sich. Zweck dieses Entwurfs ist, wie eine Oberschwester auch offen zugab, Neueinstellungen zu verhindern: "Das ist doch ganz klar, wenn weniger Stunden gearbeitet werden, muß trotzdem das gleiche geleistet werden. Die Schwestern sollen doch froh sein, daß sie jedes zweite Wochenende frei haben." Dazu muß gesagt werden, daß wir 12 Tage ohne freien Tag durcharbeiten müssen, und dann erst ein freies Wochenende haben. Viele Kollegen haben erwartet, daß ab Oktober endlich die 5-Tage-Woche eingeführt wird.

Es gibt keinen Kollegen, der mit dem Plan der Direktion und der Oberschwestern einverstanden ist, denn das bedeutet ja auch, daß man für den gleichen Lohn mehr arbeiten muß. Sogar auf der Stationsschwesterbesprechung sprach sich die übergroße Mehrheit dagegen aus, die Oberschwestern mußten sie ergebnislos abbrechen.

Stattdessen treten viele Stationen dafür ein, daß der übliche Schichtdienst weitergeführt wird und man pro Monat einen freien Tag mehr bekommt, außerdem müssen die Planstellen erweitert werden.

K.H., Mannheim

Wieder vier Tote auf dem Todespütt Sachsen

Am Freitagmorgen um 6.30 Uhr wurden viele Menschen in Heessen und Umgebung wieder einmal von einer starken Erschütterung, die einem mittleren Erdbeben gleichkam, aufgeschreckt. In Heessen und Umgebung wußten die Bergarbeiter und ihre Familien: Auf Sachsen sind wieder die Brocken heruntergekommen. Das erneute Unglück (erst im Januar war es zu einem schweren Unglück mit 4 Todesopfern gekommen) forderte erneut 4 Todesopfer. Was war geschehen?

Im Flöz Wilhelm, dem mächtigsten und ergiebigsten Flöz in der ganzen BRD, wurden die letzten Vorbereitungen für den Abbau an einer neuen Strecke gemacht. Auf dem Gebirge lagen hohe Spannungen, so daß noch Entspannungsbohrungen gemacht werden sollten. Die hohen Spannungen sind das Ergebnis des Abbaus rund um die neue Strecke. Überall wurde im Raubbau abgebaut, d. h. der Ausbau, der das Einstürzen der Hohlräume verhindert, wird, nachdem die Kohle dort abgebaut ist, einfach abgerissen und das Gebirge sackt nach und verschließt so die Hohlräume, wo vorher die Kohle gewesen ist.

sie auch noch davon, daß die Zeche Sachsen die sicherste Zeche der ganzen Bergbau AG Westfalen sei. Denn warum sind denn diese Unfälle passiert? Weil es für die Kapitalisten billiger ist, im Raubbau abzubauen als die durch den Kohleabbau entstandenen Hohlräume durch Blasversatz auszufüllen (beim Blasversatz werden die Hohlräume mit wertlosem Gestein zugeblasen). Aber was kümmert die Kapitalisten das Leben der Arbeiter, Meter müssen kommen. Wir müssen in Staub, Hitze und Dreck unter mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen malochen, damit die Kapitalistenklasse ihre Profite machen kann. Menschenleben interessieren da nicht.

Wieder vier Tote auf dem Todespütt Sachsen

Am Freitagmorgen um 6.30 Uhr wurden viele Menschen in Heessen und Umgebung wieder einmal von einer starken Erschütterung, die einem mittleren Erdbeben gleichkam, aufgeschreckt. In Heessen und Umgebung wußten die Bergarbeiter und ihre Familien: Auf Sachsen sind wieder die Brocken heruntergekommen. Das erneute Unglück (erst im Januar war es zu einem schweren Unglück mit 4 Todesopfern gekommen) forderte erneut 4 Todesopfer. Was war geschehen?

Im Flöz Wilhelm, dem mächtigsten und ergiebigsten Flöz in der ganzen BRD, wurden die letzten Vorbereitungen für den Abbau an einer neuen Strecke gemacht. Auf dem Gebirge lagen hohe Spannungen, so daß noch Entspannungsbohrungen gemacht werden sollten. Die hohen Spannungen sind das Ergebnis des Abbaus rund um die neue Strecke. Überall wurde im Raubbau abgebaut, d. h. der Ausbau, der das Einstürzen der Hohlräume verhindert, wird, nachdem die Kohle dort abgebaut ist, einfach abgerissen und das Gebirge sackt nach und verschließt so die Hohlräume, wo vorher die Kohle gewesen ist.
Das Gebiet, wo neu abgebaut werden sollte, ist so zu einem äußerst gefährdeten Gebiet in Bezug auf Gebirgsschläge geworden. Aber die Flözdicke von 6 Meter bringt den Kapitalisten so viel Gewinn, daß sie auf keinen Fall auf den Abbau dort verzichten wollen. Am darauffolgenden Montag sollte es übrigens schon losgehen, es sollte schon gekühlt werden. Dann wären noch wesentlich mehr Kollegen dort gewesen.
Zwar ist nach dem Unglück die Strecke von der Bergbehörde gesperrt worden, aber die Erfahrungen mit kurzfristigen Sperrungen nach alten Unglücken zeigen, daß auch dort bald gekohlt werden wird.
Die Vertreter der Ruhrkohlekapitalisten und die bürgerliche Lokalpresse versuchen den Unfall als etwas Unvorhergesehenes, etwas, was man nicht ändern kann, hinzustellen. Hierzu benutzen sie alle Tricks, sogar vor Lügen schrecken sie nicht zurück. So schrieb der WAK, eine Hammer Lokalzeitung in seiner Ausgabe vom 29.Juni, daß das Unglück 500 Meter vom letzten Unfallort entfernt gelegen hätte. Das ist aber eine plumpe Lüge. Denn es waren nur 50 Meter. Diese Hunde haben sich nicht gescheut, 50 (!) Meter vom letzten Unfallort entfernt, erneut 4 Kollegen in den Tod zu hetzen. Und dann reden

sie auch noch davon, daß die Zeche Sachsen die sicherste Zeche der ganzen Bergbau AG Westfalen sei. Denn warum sind denn diese Unfälle passiert? Weil es für die Kapitalisten billiger ist, im Raubbau abzubauen als die durch den Kohleabbau entstandenen Hohlräume durch Blasversatz auszufüllen (beim Blasversatz werden die Hohlräume mit wertlosem Gestein zugeblasen). Aber was kümmert die Kapitalisten das Leben der Arbeiter, Meter müssen kommen. Wir müssen in Staub, Hitze und Dreck unter mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen malochen, damit die Kapitalistenklasse ihre Profite machen kann. Menschenleben interessieren da nicht.
3 schwere Unfälle in 11 Monaten und 17 Tote zeigen, daß die Forderung im Programm des KBW zur Betriebssicherheit richtig ist und daß wir den Kampf darum aufnehmen müssen:
Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und über das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebs- bzw. Personalrat. Überbetriebliche Überwachung des Arbeitsschutzes durch die Gewerkschaften und die selbstverwalteten Sozialversicherungen. Auswahl und Einstellung des gesamten Sicherheits- und Sanitätspersonals ausschließlich durch den Betriebs- bzw. Personalrat. Bestreitung der Kosten durch die Kapitalisten; sofern es sich um staatliche Betriebe oder Einrichtungen handelt, durch den Staat.
Denn solange die Kapitalisten bestimmen, ob und welche Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, wird es nicht zu vermeiden sein, daß Unfälle wie die auf der Zeche Sachsen passieren. Wenn aber die Betriebs- und Personalräte über die Sicherheitsmaßnahmen bestimmen, müssen wir dafür eintreten, daß diese uns jederzeit rechenschaftspflichtig über ihre Tätigkeit sind, denn, wie Lenin einmal gesagt hat, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

K.K., G.H., OAG Hamm

klaren ist, daß eine Verlängerung der Schlußzeiten nur eine Verschlechterung der Arbeitssituation mit sich bringen würde.
Folgende Argumente wurden am häufigsten genannt:
1) Neues Personal würde sicherlich nicht eingestellt werden, d. h. die bisherige Belegschaft würde mit zusätzlichen Arbeitsstunden belastet – und das bei solch einem beschissenen Gehalt.
2) Der größte Teil der Belegschaft sind Frauen, die abends nach der Arbeitszeit noch im Haushalt zu tun haben und sich um die Familie kümmern müssen. Für sie wäre eine Verlängerung der Arbeitszeit unerträglich.
3) Zudem ist es so, daß die meisten, die einkaufen, arbeiten und eine Familie haben. Für die ist es kein Vergnügen, am Abend noch durch die Kaufhäuser zu schlendern – für sie geht es einfach darum, sich abends auszuruhen.
Im übrigen ist es so, daß die breite Bevölkerung eh nicht mehr Geld ausgeben kann, als was sie zur Verfügung hat; denn wer kann bei diesen geringen Löhnen und der steigenden Inflation noch was auf die hohe Kante legen?

anstalten Mannheim sieht das folgendermaßen aus:

Vor zwei Wochen erschien von der Direktion und den Oberschwestern ein Entwurf für eine neue Arbeitszeitregelung für das Pflegepersonal, das große Empörung bei den Kollegen hervorrief

Der Entwurf beinhaltet, daß die Früh- und die Spätschicht, die bisher um die Mittagszeit etwa eine Stunde zusammen auf der Station waren, so arbeiten, daß nur eine kurze Übergabezeit von 10 Minuten zur Verfügung steht, daß ein Teil der Frühschicht früher geht und ein Teil der Spätschicht später kommt. Das bedeutet zum einen: es wird für viele Kollegen unmöglich werden, in Ruhe zu Mittag zu essen, denn es sind um diese Zeit zu wenig Kollegen auf der Station, zum anderen muß die Spätschicht bis 21.10 Uhr arbeiten, anstelle bisher um 19.30 Uhr bzw. 20.30 Uhr. Wenn man bis 21.10 Uhr arbeiten muß, ist der Abend weg, da kann man nicht mehr weggehen. Die Kollegen, die ihr Kind im Betriebskindergarten haben, stehen vor einem weiteren Problem: der Betriebskindergarten schließt um

auch offen zugab, Neueinstellungen zu verhindern: "Das ist doch ganz klar, wenn weniger Stunden gearbeitet werden, muß trotzdem das gleiche geleistet werden. Die Schwestern sollen doch froh sein, daß sie jedes zweite Wochenende frei haben." Dazu muß gesagt werden, daß wir 12 Tage ohne freien Tag durcharbeiten müssen, und dann erst ein freies Wochenende haben. Viele Kollegen haben erwartet, daß ab Oktober endlich die 5-Tage-Woche eingeführt wird.

Es gibt keinen Kollegen, der mit dem Plan der Direktion und der Oberschwestern einverstanden ist, denn das bedeutet ja auch, daß man für den gleichen Lohn mehr arbeiten muß. Sogar auf der Stationsschwesterbesprechung sprach sich die übergroße Mehrheit dagegen aus, die Oberschwestern mußten sie ergebnislos abbrechen.

Stattdessen treten viele Stationen dafür ein, daß der übliche Schichtdienst weitergeführt wird und man pro Monat einen freien Tag mehr bekommt, außerdem müssen die Planstellen erweitert werden.

K.H., Mannheim

Jugendversammlung bei Klöckner

FÜR EINHEITLICHEN MANTELTARIF - GEGEN GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE

Am Dienstag, 26.6., fand bei Klöckner Osnabrück eine Jugendversammlung statt.

Die Jugendvertretung ging in ihrem Tätigkeitsbericht unter anderem besonders auf die Nichtübernahme von Auszubildenden nach der Ausbildung ein. Bei Klöckner sollen nach Beendigung der Ausbildung im Herbst die kaufmännischen Auszubildenden und die Elektriker nicht übernommen werden.
Die Forderung der Versammlung und der Jugendvertretung ist eine Übernahme von mindestens 6 Monaten nach der Ausbildung.
In einem Referat der Jugendvertretung zur Situation in der Berufsausbildung wurde besonders auf die Stufenausbildung bei den Elektrikern eingegangen. An diesem Referat entzündete sich eine lebhafte Diskussion in der Versammlung. Die Tatsache, daß in der zweiten Stufe der Elektrikerausbildung noch nicht die Voraussetzungen und das Material geschaffen sind, führte zur Empörung der Elektroauszubildenden. 70 000 DM und ein Ausbilder fehlen. Die Versammlung verabschiedete einstimmig eine Resolution, die die finanzielle Absicherung der zweiten Stufe der Elektroausbildung und die Einstellung eines weiteren Ausbilders fordert und die Jugendvertretung und den Betriebsrat bei der Durchsetzung dieser Forderungen unterstützt. Die Jugendvertretung soll sich schnellstens hierfür bei dem Werksvorstand einsetzen und mit den Elektrikern Branchenbesprechungen durchführen. Sonst kann eintreten, was aus Unternehmermund kam, daß die zweite Stufe gar nicht ausgebildet werden soll.
In einem anschließenden Referat zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit wurden die Forderungen zu einem neuen Manteltarifvertrag unter starkem Beifall der Versammlung durch die Jugendvertretung verlesen.
Der Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte ist bereits seit dem 31.12.1973 gekündigt. Für die Auszubildenden bei Klöckner gab es bislang einen eigenen Manteltarifvertrag. Dieser ist zum 31.6.1974 gekündigt.
Nach dem Verlesen der Forderungen wurde darüber diskutiert, wie die Forderungen durchzusetzen sind:
- gemeinsamer Manteltarifvertrag für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende
- Erhöhung des Jahresurlaubs auf 30 Arbeitstage für alle und Erhöhung des Urlaubsgeldes
- Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 7 Stunden

Spezifische Forderungen für die Auszubildenden sind:
- Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis nach Beendigung der Ausbildung
- Gestellung sämtlicher Ausbildungsmittel, auch derjenigen, die zum Besuch der Berufsschule notwendig sind, durch die Unternehmer
- generelle Freistellung von der Arbeit an Berufsschultagen
- Beurteilungsverfahren sind unzulässig, Bewertungsverfahren sind nur mit Zustimmung der Jugendvertretung und des Betriebsrats möglich
- Mehr- und Schichtarbeit für Auszubildende ist nicht zulässig.

Der Jugendvertreter Hellmich wurde aufgefordert, zu dem gegen ihn laufenden Ausschlußverfahren aus der IG Metall Stellung zu nehmen. Er stellte in einer Ausführung die Vorwürfe dar, die gegen ihn durch den Vertrauenskörpervorsitzenden und Mitglied der Ortsverwaltung der IGM, Ludwig Butke, gemacht werden. Ludwig Butke wirft dem Jugendvertreter vor, Mitglied des KBW zu sein und an den Flugblättern, die vor den Toren des Stahlwerkes verteilt werden, beteiligt zu sein.
Gegen den Jugendvertreter wurde schon im letzten Jahr ein Funktionsverbot von der Ortsverwaltung der IGM Osnabrück beschlossen, das jedoch satzungswidrig gefaßt wurde. Damals ging es um den 1. Mai 1973, an dem von dem Maikomitee, in dem gewerkschaftliche Kollegen arbeiteten, eine eigene Maidemonstration nach der DGB-Veranstaltung organisiert wurde.
Doch die Anschuldigungen, die Butke gegenüber dem Jugendvertreter erhebt, sind reine Verdächtigungen. So stellte es sich in der folgenden Diskussion heraus. Die aktive Gewerkschaftsarbeit des Jugendvertreters Hellmich soll eingeschränkt werden. Der Kollege Butke trat in seinen Reden gegen die gewerkschaftliche Arbeit des Jugendvertreters auf. Er begleitete seine Rede mit Hetzen gegen den Kommunismus. Doch gerade die Jugendlichen bei Klöckner kennen die Gewerkschaftsarbeit ihres Jugendvertreteres, der die Interessen nun schon vier Jahre lang vertritt.
Dementsprechend wurde die Rede von Butke mit Pfeifkonzerten und Buh-Rufen begleitet. Die anwesenden Mitglieder des Betriebsrates nahmen daraufhin keine Stellung mehr zu diesem Ausschlußverfahren. Auch Kampmann von der IGM entzog sich jeglicher Stellungnahme mit den Worten: Er wolle nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Was er nicht wollte, ist uns wohl klar: Er wollte sich nicht auch noch vor den Jugendlichen von Klöckner bloßstellen. Die Versammlung verabschiedete zum Schluß eine Resolution, in der sie sich mit dem Jugendvertreter Hellmich solidarisiert und ihm eine gute Gewerkschaftsarbeit im Interesse der Arbeiter bescheinigt.

–F.D., Betriebszelle Klöckner Osnabrück–

Frankfurt. Am Rot-Kreuz-Krankenhaus verlangten die bisher rechtlosen Rot-Kreuz-Schwestern, daß von ihnen endlich ein Betriebsrat gewählt werden durfte. Die Leitung des Krankenhauses verweigerte das den Schwestern: Sie seien keine Lohnabhängigen, sondern Mitbesitzer des Krankenhauses.

Daraufhin klagten die Schwestern. In zweiter Instanz entschied jetzt das Hessische Landesarbeitsgericht, daß die Rot-Kreuz-Schwestern bei ihrer Arbeit unter keinen anderen Bedingungen stehen als die anderen Lohnabhängigen und einen Betriebsrat wählen können.

Die Arbeit der Frauen beuten die Kapitalisten in ganz besonderem Maße aus. Das zeigen die folgenden Zahlen: Laut Statistischem Bundesamt verdiente eine Industriearbeiterin 1973 im Durchschnitt 6,16 DM pro Stunde, 2,60 DM weniger als ein Industriearbeiter mit 8,76 DM im Durchschnitt. Vor 6 Jahren hatte der Unterschied 1,61 DM betragen. Bei den Angestellten, bei denen die hohen Gehälter der leitenden Angestellten bei der Durchschnittsrechnung mitgezählt werden, verdiente ein Angestellter im Durchschnitt 2 062 DM monatlich, eine Angestellte verdiente nur 1 280 DM. Der Unterschied betrug 1968 502 DM, 1973 882 DM.

KLÖCKNER OSNABRÜCK

Stahlboom bringt Extraprofite

Am Beispiel der Klöckner-Werke AG, besonders dem Werk in Osnabrück, will ich die Situation in der Stahlindustrie aufzeigen. Insbesondere ist es wichtig, die Kämpfe der Kollegen gegen die steigende Arbeitshetze und die Rationalisierungsmaßnahmen durch die Kapitalisten darzustellen, denn in Nordrhein-Westfalen stehen die schon längst überfälligen Manteltarifvertragsverhandlungen an. Auch bei Klöckner in Osnabrück und Georgs-Marien-Hütte sind die Verträge schon seit dem 31.12.1973 gekündigt und nichts hat sich bisher getan. Die in den Betrieben vereinzelt geführten Kämpfe gegen Entlassungen, gestiegene Arbeitshetze, Rationalisierungsmaßnahmen und Überstunden müssen in einem einheitlichen Kampf aller Arbeiter in Nordrhein-Westfalen für einen neuen Manteltarifvertrag gesichert werden.

Die Stahlkapitalisten in der Bundesrepublik haben die Rohstahlproduktion im Geschäftsjahr 1972/73 um fast 17 % gesteigert und übertrafen mit rund 48 Millionen Tonnen auch die bisherige Höchsterzeugung von 46,5 Millionen Tonnen im Jahre 1969/70.

Im Werk Osnabrück von Klöckner nahm die Belegschaft im Geschäftsjahr 1972/73 um 5,6 % auf 4 500 ab und auf der anderen Seite wurden 12,8 % mehr Stahl produziert.

Mit dem Bau eines neuen 100 Tonnen Elektroofens haben sie ab Mai dieses Jahres ihre Produktion noch einmal beträchtlich erhöht. Dieser neue Ofen bringt alle vier Stunden seine hundert Tonnen zum Abstich, im Vergleich dazu der größte alte Ofen in acht Stunden 100 Tonnen.

Die Klöckner-Kapitalisten gingen gleichzeitig mit Produktionserweiterungen daran, Personal abzubauen. 160 Angestellte wurden am Ende des Jahres entweder vorzeitig in den Ruhestand geschickt oder entlassen. Auch in den Instandhaltungs- und Reparaturbetrieben sollten 150 Kollegen umgesetzt oder entlassen werden. Diese Maßnahme ist jedoch erst einmal aufgeschoben worden.

Die Zustände in den Betrieben werden durch die vielen Baustellen bei laufender Höchstproduktion immer katastrophaler. Herausgerissene Wände, große Gruben und verstellte Wege stellen eine immer größere Belastung für die Kollegen dar.

Deutlich beweisen dies die Unfallzahlen aus dem letzten Jahr. Sie sind um rund 16 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, im Martinwerk sogar um 20 %. In diesem Jahr gab es schon einen tödlichen Unfall. Der Kollege wurde durch einen Kanaldeckel, der durch eine Explosion in die Luft geschleudert wurde, tödlich verletzt. Einem anderen Kollegen wurde durch zu hoch gestapelte Blöcke, die ins Rollen kamen, der Oberarm abgequetscht. Ein weiterer Kollege wurde durch eine abreißende Flasche eines Demag-Krans mit Schädelbasisbruch und starken Rückenverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Im Martinwerk wird es immer toller. Die zusätzlichen Tonnen mit dem neuen Ofen werden mit der gleichen Belegschaft durchgezogen. Sagen kann man, kein Kollege weiß mehr, wo vorne und hinten ist. Die Überstundenzahl klettert in den letzten Monaten beträchtlich. Vom Januar mit 20 000 Überstunden jetzt im Juni mit über 40 000. 150 Aufträge zur Unfallverhütung sind in den letzten Monaten im Elektrobetrieb liegen geblieben. Mit 10 Stunden am Tag und zusätzlich samstags und sonntags wird die Produktion mit aller Gewalt durchgezogen.

Dies kann nicht so weitergehen. Jetzt in der Urlaubszeit wird es mit der Maloche immer brutaler. Gegen die Arbeitshetze und die Rationalisierungen entbrennt ein Abwehrkampf an allen Ecken. Aber noch alle werden beschränkt auf einen kleinen Bereich und mit kleinen Mitteln durchgeführt.

Der Manteltarifvertrag ist nun schon seit dem 31.12.1973 gekündigt. Die Verhandlungen sind kaum bekannt. Auch die Forderungen kennt man in den Betrieben nicht. In Nordrhein-Westfalen wird ebenfalls von Anfang des Jahres an am Manteltarifvertrag von Kapitalisten und Gewerkschaftsführern heimlich herumgedoktert.

Die Sache selbst in die Hand nehmen ist der einzige Weg, der uns weiterbringt. Die Tarifrunde steht nun ebenfalls in der Tür. Einen guten Ansatzpunkt haben die Kollegen in ihren betrieblichen Kämpfen gezeigt. Hieran muß angeknüpft werden, beim Kampf um den Manteltarifvertrag und der kommenden Tarifrunde.

Bei Klöckner in Osnabrück entbrannte der Kampf zunächst in der Stahlgießerei, wo die Kollegen für zwei Stunden die Arbeit niederlegten und in einer Versammlung den herbeirasenden Arbeitsdirektor und den Betriebsrat aufforderten, die schlechten Arbeitsbedingungen durch herausgebrochene Hallenwände, die eine kalte Zugluft verursachten, binnen einer Woche abzustellen. Hinzu kommt der Kampf gegen die sogenannten Kolonnenprämien, eine akkordähnliche Bezahlung. Die Abschaffung steht heute immer noch an und in einer Versammlung der Kollegen der Stahlgießerei berieten sie weitere Schritte. Momentan warten die Kollegen auf eine Antwort der Geschäftsleitung. Doch sie läßt lange auf sich warten.

Gegen die Entlassungen von 160 Angestellten konnten keine einheitlichen Kampfaktionen geführt werden. Nur bei den geplanten Entlassungen und Umbesetzungen wurde auf Budenversammlungen die Stirn geboten. Sie konnten erst einmal verhindert werden. Doch nur aufgeschoben, heute gehen Gerüchte um, daß jetzt doch 70 Mann wegsollen.

Im Martinwerk hat man den Kollegen für die erschwerten Arbeitsbedingungen ein Almosen von 7 Pfennig in der Stunde zugestanden. Aber die Unterbesetzung bei der erhöhten Produktion zehrt immer mehr. Auf der Belegschaftsversammlung am 24.6. und 1.7.1973 wurde in den Diskussionen gegen die Unterbesetzung, erschwerten Arbeitsbedingungen und die Überstunden der Kampf angesagt. Ein Kollege aus dem Martinwerk stand auf, erzürnt von langen, einschläfernden Reden vom Betriebsratsvorsitzenden, Arbeitsdirektor und IGM-Bevollmächtigten, und brachte die Interessen der Arbeiter klar auf den Tisch. Die Bedingungen, unter denen man arbeiten muß, können wir nicht mehr so weiter ertragen. Das einzige, was uns weiterhilft, ist 1 DM mehr in der Stunde.

Diese Forderung gibt den Klöckner-Kollegen schon jetzt eine Richtschnur im Kampf gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen, den niedrigen Lohn und gleichzeitig steigende Lebenshaltungskosten.

Der Kampf um eine Lohnerhöhung und für bessere Arbeitsbedingungen muß gemeinsam aufgenommen werden. Nur so können wir den Kapitalisten Schläge versetzen und unsere Situation verbessern.

Für die kommunistischen und fortschrittlichen Kollegen in den Betrieben kommt es schon heute darauf an, den Kampf der Arbeiter voranzutreiben und zu vereinheitlichen. Ansatzpunkte, die wir weiter schüren müssen, gibt's genug.

Nur so können wir allen Feinden der Arbeiterklasse ein Bein stellen und die kommende Tarifrunde für uns verbuchen.

—F.D., Betriebszelle Klöckner—

DAIMLER—BENZ MANNHEIM

Höhere Akkorde für die Arbeiter

Im Gegensatz zu anderen Automobilfirmen ist die Geschäftslage von Daimler-Benz ausgezeichnet. Es wurden mehr Autos verkauft als im letzten Jahr. Für die Aktionäre heißt das: 18 % Dividende wie im letzten Jahr, zusätzlich aber noch für je vier Aktien eine Gratisaktie. Die Geschäftslage ist so gut, daß der Betriebsrat auf der letzten Betriebsversammlung eine innerbetriebliche Zulage von 150 DM sofort und 150 DM an Weihnachten gefordert hat.

Um diese Superprofite trotz verschärfter Konkurrenz auf dem Weltmarkt halten zu können, planen die Benz-Kapitalisten Einsparungen. Der Vorstandsvorsitzende Dr. Zahn drückt das so aus:

"Wir müssen uns aber in Zukunft wirklich darauf einstellen, daß die Götter vor den Erfolg den Schweiß gesetzt haben."

Zahn meint natürlich den Erfolg der Aktionäre und den Schweiß der Arbeiter. Und der Schweiß der Arbeiter soll in Zukunft noch stärker fließen. Schon auf der vorletzten Betriebsversammlung wurde Personalabbau im indirekten Bereich (Wartungspersonal usw.) bekanntgegeben. Jetzt will die Geschäftsleitung noch vor dem Urlaub auch in der Produktion Fakten setzen.

Das Aufgabengebiet jedes einzelnen Arbeiters sollte erweitert werden. Das steht im Einklang mit dem neuen Manteltarif. Was macht daraus die Geschäftsleitung? Das Motorenband im Bau 3 wurde neu aufgeteilt, die Stationen vom Arbeitsumfang her vergrößert, damit auch die Zahl der Stationen verringert. Der Betriebsrat wollte die Eintönigkeit der Arbeit einschränken. Zwar sind die Stationen am Band weniger geworden, Kollegen wurden eingespart, aber die Motoren sind nicht weniger geworden bei Einführung der Regelung – 174 pro Schicht, wie gehabt. Die Geschäftsleitung hat es dadurch erreicht, indem sie einfach den Akkord um 3 % erhöhte. Und das mit Zustimmung des Betriebsrats.

Ein zweites Beispiel dafür, wie sich die Benz-Kapitalisten Einsparungen vorstellen, sind die Umsetzungen im Busbau. Dort soll ein neuer Typ produziert werden. Unter dem Vorwand, für den alten Typ seien nur noch wenige Aufträge da, werden Arbeiter in andere Abteilungen versetzt. Wie Vieh werden die Kollegen heute hier, morgen dahin verschoben, von einem Tag auf den anderen, ganz wie es den Herren da oben paßt. Und auch da hat der Betriebsrat zugestimmt. Das machen die Kapitalisten, um Angst und Unsicherheit zu verbreiten, Gruppen, die über Jahre hinweg Solidarität untereinander entwickelt haben, auseinander zu reißen und um höhere Akkorde durchsetzen zu können. Denn das ist klar, läuft der neue Typ an, werden die Kapitalisten versuchen, nicht alle umgesetzten Kollegen in den Busbau zurückzusetzen. Dann müssen weniger Arbeiter als vorher zumindest die gleiche, aber eher mehr Arbeit machen.

Und so werden es die Kapitalisten auch in anderen Abteilungen versuchen. In der Gießerei ist es ja "schöne" Sitte, regelmäßig nach dem Urlaub die Akkorde zu erhöhen. Dagegen muß man sich an jedem einzelnen Punkt sofort wehren. Gibt man den Kapitalisten den kleinen Finger, nehmen sie sofort die ganze Hand.

Für den Bau 3 heißt das, die Akkordverschärfung um 3 % muß rückgängig gemacht werden.

Für den Busbau heißt das: Es müssen Abteilungsversammlungen durchgeführt werden, wer wann und wie lang unter welchen Bedingungen wohin versetzt wird. Ziel muß sein, weitere Umsetzungen ganz zu verhindern, denn sie dienen dazu, auf kaltem Weg noch mehr aus den Knochen der Arbeiter herauszuschinden.

—Benz-Zelle, Mannheim—

Keine Kindergeldkürzung

"GLEICHE STEUERN - GLEICHES KINDERGELD"

Die Bundesregierung hat den ausländischen Arbeitern das Kindergeld gekürzt. Kinder, die nicht in der Bundesrepublik leben, sollen nur einen Teil des Kindergeldes bekommen. Aber die ausländischen Kollegen be-

werden. Dieser Vertrag, abgeschlossen schon vor der Verabschiedung des deutschen Gesetzes, zeigt, daß die faschistische Regierung Spaniens immer gegen die Interessen der Arbeiterklasse handelt.

nen tödlichen Unfall. Der Kollege wurde durch einen Kanaldeckel, der durch eine Explosion in die Luft geschleudert wurde, tödlich verletzt. Einem anderen Kollegen wurde durch zu hoch gestapelte Blöcke, die ins Rollen kamen, der Oberarm abgequetscht. Ein weiterer Kollege wurde durch eine abreißende Flasche eines Demag-Krans mit Schädelbasisbruch und starken Rückenverletzungen ins

Bei Klöckner in Osnabrück entbrannte der Kampf zunächst in der Stahlgießerei, wo die Kollegen für zwei Stunden die Arbeit niederlegten und in einer Versammlung den herbeirasenden Arbeitsdirektor und den Betriebsrat aufforderten, die schlechten Arbeitsbedingungen durch herausgebrochene Hallenwände, die eine kalte Zugluft verursachten, binnen einer

schrittlichen Kollegen in den Betrieben kommt es schon heute darauf an, den Kampf der Arbeiter voranzutreiben und zu vereinheitlichen. Ansatzpunkte, die wir weiter schüren müssen, gibt's genug.

Nur so können wir allen Feinden der Arbeiterklasse ein Bein stellen und die kommende Tarifrunde für uns verbuchen.

—F.D., Betriebszelle Klöckner—

"DIE SPD BESTIMMT DEN POLITISCHEN RAHMEN"

Und wirft die Leute raus

In einem Leserbrief schreibt der Jugendpfleger Schmidt aus Wiesbaden:

Ich arbeite seit über drei Jahren als hauptamtlicher Jugendpfleger im Haus der Jugend, einer städtischen Jugendeinrichtung. Nach Beendigung meiner Ausbildung soll ich nun keinen Praktikantenvertrag mehr erhalten. Diese Nichteinstellung, die faktisch einer Entlassung gleichkommt, wurde vom Jugendamtsleiter Jörg Bourgett (SPD) ausgesprochen und folgendermaßen begründet:

"Pädagogische Arbeit ist von politischer Arbeit nicht trennbar. Da in Wiesbaden die SPD den politischen Rahmen bestimmt, steckt sie damit den Spielraum der pädagogischen Arbeit ab. Dies ist eine Machtfrage, bei der Personen, die sich in diesen politischen Rahmen nicht einfügen, nicht beschäftigt werden können."

Damit ist offen ein Berufsverbot ausgesprochen worden. Weiterhin hat mir der Juso Bourgett vorgeworfen, daß ich die Interessen der Jugendlichen und der Bevölkerung zu meinen eigenen machen würde und sagte: *"Wenn man bei der Stadt erst angestellt ist, ist man kein normaler Bürger mehr."*

Mit diesem Vorwurf dürfte beispielsweise gemeint sein, daß ich mich mit dem Kampf der Jugendlichen für die Wiedereröffnung des Jugendzentrums PUB solidarisiert habe. Ich bin der Ansicht, daß nur die betroffenen Eltern und Jugendlichen über meine Einstellung zu entscheiden haben und kein von den Menschen losgelöster Jugendamtsleiter. Peter Schmidt

Entlassung droht

Wiesbaden. Am 5.6.74 erhielt ich vom Personalamt schriftlich die Mitteilung, daß beabsichtigt ist, mich aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen. Ich bin Beamter auf Probe bei der Stadtverwaltung Wiesbaden und Mitglied im Personalrat.

Wie wird diese geplante Entlassung begründet? Zur Begründung werden einmal schlechte Beurteilungen aus meiner Ausbildungszeit herangezogen, zum anderen wird behauptet, ich habe die Tätigkeiten meiner Planstelle beim Hochbauamt, die ich seit Dezember 1972 wahrnehme, nur ungenügend ausgeführt. Das letztere wird "untermauert" mit Argumenten wie z. B., daß ich die mir übertragenen Arbeiten "ohne innere Beteiligung" erledigt hätte. Daß in Wirklichkeit meine betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivitäten getroffen werden sollen, wird deutlich, wenn man sich genauer betrachtet, warum ich schlechte Beurteilungen bekommen habe. Ich habe dem Personalamt zu diesem Punkt folgendes mitgeteilt: Ich wurde in den letzten Jahren in verschiedene betriebliche und gewerkschaftliche Funktionen gewählt. Die Wahrnehmung der Interessen der Kollegen, die mich in diese Gremien gewählt haben, hatte auch dienstliche Ausfallzeiten zur Folge. Durch meine Aktivitäten in Gewerkschaft, Jugendvertretung und Betriebsrat bedingten dienstlichen Ausfallzeiten wurden meine Arbeitsleistungen oft als negativ bezeichnet. Ich bin aber auf diesen Umstand nie in der Weise hingewiesen worden, daß man mir von Seiten des Personalamtes klar gemacht hätte, daß von diesen Beurteilungen entscheidendes abhängt. Und auch bei meiner Ernennung zum Inspektor z. A. wurden diese Beurteilungen nicht besonders erwähnt.

Vorausgegangen ist dem jetzigen Verfahren auf Entlassung der Antrag des ÖTV-Kreisvorstandes auf Ausschluß aus der Gewerkschaft, der mit meinen Aktivitäten für den KBW und dem Verkauf der KVZ begründet wird.

Wie verhält sich der Personalrat in dieser Angelegenheit?

Wie in anderen Fragen auch, macht er sich zum Büttel der SPD. Denn als die ganze Sache vor 3 Monaten vom Personalamt in die Wege geleitet wurde, wurden alternativ zwei Vorschläge gemacht, entweder mich zu entlassen oder aber meine Probezeit zu verlängern. Der SPD-Oberbürgermeister Schmitt entschied sich für die Verlängerung der Probezeit und legte diese Entscheidung dem Personalamt zur Zustimmung vor. Der Personalrat lehnte diesen Vorschlag ab. Nun konnte das Verfahren auf Entlassung eingeleitet werden. Ziel dieses Manövers soll sein, die Wiesbadener SPD und insbesondere die führenden Jusos mit reiner Weste dastehen zu lassen, denn jetzt verstecken sie sich dahinter, daß ja nicht der SPD-Magistrat, sondern der Personalrat die Entlassung praktisch beantragt hat. Die SPD und die Jusos müssen sich ja weiter damit brüsten können, daß die Berufsverbote in Wiesbaden nicht angewendet werden.

Jürgen Zettlitz

Keine Kindergeldkürzung

"GLEICHE STEUERN - GLEICHES KINDERGELD"

Die Bundesregierung hat den ausländischen Arbeitern das Kindergeld gekürzt. Kinder, die nicht in der Bundesrepublik leben, sollen nur einen Teil des Kindergeldes bekommen. Aber die ausländischen Kollegen be-

zahlen genausoviel Steuern wie ihre deutschen Kollegen.

In zahlreichen Städten fanden schon Proteste gegen die spalterische und diskriminierende Kindergeldregelung statt. So in Bremen, wo am Sonntag, dem 31. Juni eine Demonstration stattfand, und in Hannover, wo am Sonntag, dem 7. Juli, über 1 000 Menschen demonstrierten. In anderen Städten fanden Protestversammlungen statt. So zum Beispiel in Frankfurt/M., Walldorf-Wiesloch und in Weinheim.

In Mannheim veranstaltete eine Kommission gegen die Kindergeldkürzung am letzten Sonntag eine Protestversammlung, auf der auch Vertreter des DGB und der Beauftragte des Mannheimer Stadtrats für Ausländerfragen, Lidy, anwesend waren.

Die dort versammelten forderten – wie auch in den anderen Städten – gleiches Kindergeld bei gleichen Steuerabgaben.

Empört nahmen sie (fast alle waren Spanier) die Nachricht von einem Vertrag zwischen der spanischen Regierung und der Bundesregierung auf. Danach soll schon am 28.6. festgelegt worden sein, daß die Spanier für das erste Kind 10 DM erhalten und für die folgenden gemäß der alten niedrigeren Kindergeldregelung behandelt

werden. Dieser Vertrag, abgeschlossen schon vor der Verabschiedung des deutschen Gesetzes, zeigt, daß die faschistische Regierung Spaniens immer gegen die Interessen der Arbeiterklasse handelt.

Man kam überein, daß vor allem der DGB aufgefordert werden müsse, den Kampf gegen die ausländerfeindliche Kindergeldregelung vor allem durch Demonstrationen zu führen.

Als ein Vertreter des KBW die volle Unterstützung des KBW in diesem Kampf versicherte, drohte der Ausländerbeauftragte des Stadtrats, Lidy, mit dem Ausländergesetz: Die Ausländer sollten sich nicht in die parteipolitische Ecke drängen und vor den Karren politischer Organisationen spannen lassen. Sonst würde ihr Anliegen abqualifiziert und es könnte passieren, daß das Ausländergesetz auf sie angewandt wird. Die Ausländer sollten sich doch auf den DGB verlassen.

Aber auf dieser Versammlung wurde klar, daß die ausländischen Arbeiter sich in ihrem Kampf nicht einfach auf die DGB-Führung verlassen werden, sondern daß sie alle Anstrengungen machen müssen, um den DGB dazu zu bewegen, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten gegen die Kindergeldregelung für Ausländer Stellung zu nehmen.

Bei gleichen Steuern gleiches Kindergeld!

Gleiche Rechte für deutsche und ausländische Arbeiter!

Weg mit der neuen Kindergeldregelung!

Fünf Kollegen von der Kirche entlassen

Delmenhorst. Am 12.6. wurde vier Heimerziehern aus dem Evangelisch-lutherischen Wichernstift Delmenhorst fristlos gekündigt.

Mit diesen Kündigungen will die Geschäftsleitung die innerbetriebliche Auseinandersetzung um tarifliche Fragen, um Arbeitsbedingungen und um die besondere arbeitsrechtliche Situation der kirchlichen Tendenzbetriebe (siehe KVZ Nr.11, S.6) beenden.

Die vier Kollegen hatten es abgelehnt, in die Mitarbeitervertretung (MAV) nachzurücken, in der durch den Rücktritt von zwei fortschrittlichen Kollegen Plätze freigeworden waren. Sie stellten sich in einer gemeinsamen, betriebsoffenen Erklärung hinter die Forderungen der ÖTV-Betriebsgruppe nach Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit der MAV, Bindung der MAV an Beschlüsse der Belegschaft, Öffentlichkeit der MAV-Sitzungen. Weiter erklären sie:

"Die MAV hat bewiesen, daß auf der Grundlage der rückschrittlichen Mitarbeitervertretungsordnung eine Arbeit im Interesse der Kollegen nicht möglich ist . . . Es wird nicht für, sondern gegen uns gearbeitet."

Diese Erklärung lieferte den Kündigungsgrund: Die Kollegen hätten die Diakonie diffamiert und gegen das Recht und die Ordnung verstoßen.

Zwanzig ÖTV-Mitglieder solidarisierten sich mit den fünf Betroffenen.

Um diesen Widerstand im Keim zu ersticken, schlug die Geschäftsleitung noch einmal zu: Eine weitere Kollegin wurde auf die Straße gesetzt, weil sie sich in einem Rundfunkinterview mit den anderen Entlassenen solidarisiert hatte. Zwei Kollegen wurden die Verträge nicht über die Probezeit hinaus verlängert.

—Betriebszelle Wichernstift/gekürzt—

IG CHEMIE–PAPIER–KERAMIK UND ÖTV:

Versuche, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu begründen und die Ausschlussverfahren zu rechtfertigen

Die Vorstände der verschiedenen Einzelgewerkschaften und des DGB haben die Mitglieder nicht gefragt, als sie im Schnellverfahren ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die sogenannten Linksextremisten faßten. Sie haben die Mitglieder auch nicht gefragt, als sie die inzwischen dreistelligen Ausschlußverfahren einleiteten und zahlreiche Mitglieder ohne Verfahren aus den Gewerkschaften ausschlossen. Gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und gegen die Verfolgung fortschrittlicher und kommunistischer Gewerkschafter gibt es jedoch einigen Widerstand in den Gewerkschaften und dieser Widerstand wird sich verschärfen.

Deshalb lassen die Redaktionen verschiedener Gewerkschaftszeitungen jetzt Artikel erscheinen, die die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nachträglich wortreich zu begründen versuchen. Damit antworten die Redaktionen dieser Zeitschriften auf ein Informationsbedürfnis zahlreicher Gewerkschaftsmitglieder, nachdem die Vorstände ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse bereits gefaßt haben. Entsprechend sind die Artikel.

In der "Gewerkschaftlichen Umschau. Zeitschrift für die Funktionäre der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik" Nr.3/74 hat Günther Bartsch – laut Redaktion ein "exzellenter Kenner linksextremer Gruppierungen" – den ersten Teil einer Serie mit dem Titel "Maoisten, Trotzkisten, Anarchisten" veröffentlicht. Im ötv-magazin Nr.7/74 vom Juli 1974 findet sich ein Artikel mit dem Titel: "Extremisten: Feinde der Gewerkschaften. Feinde der Demokratie", der mit rh unterzeichnet ist. Beide Artikel haben die Aufgabe, Befürworter der Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit Argumenten zu versehen, Gewerkschaftsmitglieder, die gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind oder zumindest Bedenken gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse haben, zu verunsichern, und unentschiedene Gewerkschaftsmitglieder auf die Seite der Befürworter der Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu ziehen. Deshalb geben sich die beiden Artikel sehr informativ und sorgfältig. In Wirklichkeit kann natürlich von beidem keine Rede sein. Im folgenden wollen wir nur auf den Artikel im ötv-magazin eingehen, weil dieser eine viel klarere politische Stoßrichtung hat. Wie geht der Verfasser des Artikels im ötv-magazin vor?

TRICK NR.1: ALLES DURCHEINANDER WERFEN!

Der Artikel beginnt so: "Sie nennen sich KPD, KPD/ML, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD oder Kommunistischer Bund Westdeutschland. Aus diesem Kreis kommt die Idee, eine 'rote' oder 'revolutionäre Gewerkschaftsopposition' zu errichten. Alle zusammen sind sie Linksextremisten – alle miteinander versuchen sie, die demokratischen Gewerkschaftsorganisationen zu zersetzen."

In Wirklichkeit sind diese Organisationen jedoch gerade deshalb, wie es weiter unten heißt, "untereinander zerstritten", weil sie tiefgehende Meinungsunterschiede in der Gewerkschaftsfrage haben. Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat jedenfalls niemals die "Idee" gehabt – und um mehr als eine Idee handelt es sich tatsächlich nicht – "eine 'rote' oder 'revolutionäre Gewerkschaftsopposition' zu errichten", weil er immer davon ausgegangen ist, daß die Gewerkschaften elementare Arbeiterorganisationen sind, in denen sich die Arbeiter gegen die Kapitalisten zusammenschließen.

Weil das so ist, sind auch wir Kommunisten in den Gewerkschaften, denn wir sind Teil der Arbeiterklasse. In unserer Arbeit in den Gewerkschaften treten wir stets für den Zusammenschluß aller Arbeiter gegen die Kapitalisten ein. Unsere Arbeit entspricht also voll und ganz dem Zweck, zu dem die Arbeiter Gewerkschaften gebildet haben.

Nun gibt es aber in den Gewerkschaften Leute, und diese haben die Macht in den Gewerkschaften inne, die ganz andere Zwecke verfolgen: Sie betrachten die Gewerkschaften nicht als einen Zusammenschluß der Arbeiter gegen die Kapitalisten und ordnen diesem sozialdemokratischen Gesichtspunkt nicht nur ihre eigenen Tätigkeiten, sondern die ganze gewerkschaftliche Organisation unter. Zwischen so verschiedenen Auffassungen, denen auch verschiedene Interessen zugrundeliegen, gibt es selbstverständlich Kampf. In diesem Kampf benutzen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer das Mittel des Ausschlusses.

Daß alle Kommunisten den Klassenkampf für unumgänglich halten und ihn zu organisieren versuchen, ist der Grund, warum sie von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern verfolgt werden. Daß einige Kommunisten auf die Idee gekommen sind, "eine 'rote' oder 'revolutionäre Gewerkschaftsopposition' zu errichten", d. h. Ansätze von neuen Parallelgewerkschaften und daß sie deshalb schwere Fehler machen, ist nur der gern wahrgenommene Vorwand der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für diese Verfolgung.

Der Artikel versucht, diese Verfolgung zu rechtfertigen und behauptet, die Kommunisten würden versuchen, "die demokratischen Gewerkschaftsorganisationen zu zersetzen". Das ist nicht richtig: Zu "zersetzen" versuchen wir den Einfluß von solchen Leuten in den Gewerkschaften, die die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und des bürgerlichen Staates über die Interessen der Arbeiter stellen und die innergewerkschaftliche Demokratie mit Füßen treten, um ihre Macht in den Gewerkschaften und damit ihre gesellschaftliche und politische Stellung mit allen Mitteln zu verteidigen versuchen.

TRICK NR.2: EIN X FÜR EIN U VORMACHEN!

In dem Artikel wird von den Kommunisten behauptet: "Der eigentliche Gegner, auf den man sich einschießt, sind die Organisationen der Arbeitnehmerschaft." Das ist natürlich blanker Schwindel. Die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiter und Angestellten sind natürlich niemals unsere Feinde, denn wir haben uns ja in den Gewerkschaften organisiert, um zusammen mit allen Arbeitern und Angestellten gegen den gemeinsamen Feind, die Kapitalistenklasse, zu kämpfen. Wenn wir in den Gewerkschaften jemand wie die Gewerkschaftsführer angreifen, dann überhaupt nur deswegen, weil sie den Kampf gegen die Kapitalisten hintertreiben und stattdessen lieber die klassenkämpferischen Gewerkschafter verfolgen. Sie versuchen, den Kampf der Arbeiter einzudämmen, in seinen Zielen zu beschneiden und in seinen Formen abzuschwächen, wenn sie ihn nicht ganz verhindern können. Die Arbeiterklasse hat ein historisches Interesse, die Ausbeuterklasse zu stürzen. Dieses Interesse haben die Gewerkschaftsführer nicht. Sie haben nur das Interesse, die Macht mit den Kapitalisten zu teilen. Für dieses Ziel führen sie durchaus manchmal Kämpfe. Wenn die Kommunisten gegen die Gewerkschaftsführer auftreten und gegen ihre Politik, dann deshalb, weil diese der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kapitalistenklasse im Weg stehen und ihr direkt in den Arm fallen. Die Gewerkschaftsführer werden darum noch lange nicht die "eigentlichen Gegner" der Kommunisten, genausowenig wie sie die eigentlichen Gegner der Arbeiterklasse sind. Gegner der Arbeiterklasse sind sie in dem Sinne, wie ein Truppenführer der Gegner seiner Truppe ist, wenn er sie dem Feind ausliefert. So haben wir die Sache stets dargestellt und so verhalten wir uns auch stets in den Gewerkschaften. Der Artikelschreiber beliebt die Sache anders darzustellen, um uns als Gewerkschaftsfeind darzustellen. Aber ein Soldat, der feststellt, unser Truppenführer führt uns in die Niederlage, ist kein Feind der Truppe.

TRICK NR.3: BEIM DIEBSTAHL ERTAPPT, LAUT "HALTET DEN DIEB!" RUFEN.

In dem Artikel wird behauptet: "Seit Jahr und Tag wird mit Hilfe linksextremistischer Hetzblätter daran gearbeitet, die gewerkschaftlichen Organisationen zu zersetzen und ihre Schlagkraft zu lähmen." In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt: Seit Jahr und Tag lähmt die Gewerkschaftsführung die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Organisation durch Schlichtungsabkommen, Nacht- und Nebelabschlüsse, Konzertierte Aktion mit Regierung und Kapitalisten, stößt die Mitglieder vor den Kopf, indem sie die Forderungen aus den Betrieben nicht aufnimmt oder umstößt, zersetzt die gewerkschaftliche Organisation, indem sie die Belegschaften nicht zu notwendigen Kämpfen ermutigt, sondern in notwendigen Kämpfen entmutigt, indem sie die Spaltung in deutsche und ausländische Arbeiter, in Männer und Frauen, in ausgelernte Arbeiter und Lehrlinge, in Arbeiter und Angestellte nicht zu überwinden versucht, sondern ausnützt, um mit ihren Manövern durchzukommen, indem sie selbständige Streiks nicht nur nicht unterstützt, sondern direkt an ihrer Niederschlagung teilnimmt, indem sie gewerkschaftliche Vertrauensleute und auch Betriebsräte, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen, schikaniert und aus der Gewerkschaft ausschließt. Damit behindert sie auch die Organisierung der Unorganisierten, damit hat sie z. B. zu dem Debakel bei den Sozialwahlen beigetragen, damit hat die Gewerkschaftsführung die verschiedenen christlichen Spaltergewerkschaften ermutigt, die immer sichtbarer und frecher ihren Kopf wieder aus dem Sumpf strecken, in den sie die Arbeiter hineinziehen wollen. Und da kommt der Artikelschreiber im ötv-magazin daher und wirft den Kommunisten vor, sie würden die Schlagkraft der Gewerkschaften lähmen. Waren es denn die Kommunisten, die im Tarifbezirk Unterweser einen Tarifabschluß gemacht haben, gegen den über 50 % der Metaller gestimmt haben? Wir Kommunisten stärken die gewerkschaftliche Organisation und ihre Schlagkraft. Die sozialdemokratische Führung nicht. Sie tut das Gegenteil.

TRICK NR.4: GROSSE TÖNE SPUKKEN UND FEIERLICH WERDEN

In dem Artikel wird gesagt: "Linksextremisten setzen sich über Menschenrechte hinweg – mit ihnen gibt es keinen Kompromiß." Das ist schön gesagt. Aber erstens haben die Kommunisten ohnehin nicht die Absicht, mit den Gewerkschaftsführern irgendwelche Kompromisse zu schließen. Zweitens: ist es nicht das höchste Menschenrecht, sich nicht durch einen fremden Blutsauger das ganze Leben lang ausbeuten lassen zu müssen? Und ist es nicht das Recht der Ausgebeuteten, die Ausbeuterordnung zu stürzen? Doch, das ist ihr gutes Recht. Genau dieses Recht aber bestreitet die Gewerkschaftsführung der Arbeiterklasse und sie tut alles, um zu verhindern, daß sich die Arbeiterklasse dieses Recht herausnimmt. Von Menschenrechten reden und dabei verschweigen, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft zwei Klassen von Menschen gibt, die durch ihre Stellung zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln vollständig unterschieden sind, das ist der Betrug, mit dem sich die Bourgeoisie seit über einem Jahrhundert an der politischen Macht zu halten versucht. Der eine hat das Menschenrecht auszubeuten, der andere hat das Menschenrecht, sich ausbeuten zu lassen. So sieht es in der kapitalistischen Gesellschaft aus und so kann und wird es nicht bleiben. Deshalb nimmt sich die eine Klasse, die Kapitalistenklasse, das Recht heraus, die Revolution zu unterdrücken, und die andere Klasse wird sich das Recht herausnehmen, die Revolution zu machen und die Ausbeuterordnung zu stürzen. Das ist ein sehr einfacher Gedanke und jeder kann ihn gut verstehen, der die Gesellschaft anschaut wie sie ist. Wer allerdings die Wahrheit fürchten muß, weil er von der bestehenden Gesellschaftsordnung profitiert, der wird mit Worten um sich werfen wie "Menschenrechte" usw., um die Wahrheit zu verdunkeln.

TRICK NR.5: DIE FEHLER EINIGER ORGANISATIONEN AUFBAUSCHEN, UM DIE KOMMUNISTEN INSGESAMT ZU ISOLIEREN.

Zweifellos schwirren in der gegenwärtigen revolutionären Bewegung in Westdeutschland einige falsche Vorstellungen herum und werden viele Fehler gemacht. Eine der wichtigsten falschen Vorstellungen ist die Vorstellung, daß die Gewerkschaft aufgehört habe, eine elementare Massenorganisation der Arbeiter zu sein, weil sie gegenwärtig fest in der Hand der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ist. Daraus folgt dann das Konzept der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) als Keimform neuer Gewerkschaften. Eine andere falsche Vorstellung ist die Auffassung der Sozialdemokratie als Sozialfaschismus, woraus folgt, daß die gegenwärtige Form der Herrschaft der Kapitalistenklasse überhaupt nicht mehr wirklich von der faschistischen Form dieser Herrschaft unterschieden wird, was den Kampf sowohl gegen die gegenwärtige Form der Herrschaft der Bourgeoisie als auch den Kampf gegen den Faschismus unmöglich macht. Der Kommunistische Bund Westdeutschland bekämpft diese falschen Auffassungen. Das ötv-magazin will jedoch den Anschein erwecken, als sei die Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten völlig undurchschaubar und behauptet, der Gegenstand der Auseinandersetzung seien "meist dogmatische Fragen ohne weiteres Interesse". Gleichzeitig hängt sie gerade an den falschen Auffassungen, die der KBW entschieden bekämpft, ihren Angriff gegen alle Kommunisten und auch gegen den KBW auf. Das zeigt: die Gewerkschaftsführer sind über die falschen Auffassungen, über die sie sich moralisch scheinbar empören, in Wirklichkeit höchst erfreut, weil ihnen diese falschen Auffassungen den Kampf gegen die Kommunisten erleichtern.

TRICK NUMMER 6: DIE VERANTWORTUNG FÜR DIE SPALTUNG DER ARBEITERBEWEGUNGG UND IHRE NIEDERLAGEN WEIT VON SICH WEISEN, UM DIE SPALTUNG AUFRECHT ZU ERHALTEN UND WEITERE NIEDERLAGEN VORZUBEREITEN.

In dem Artikel werden einige Fehler der KPD vor 1933 erwähnt und es wird ein großes Lamento über diese Fehler angestimmt, um die KPD für die Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus verantwortlich zu machen. Die Fehler der KPD, in deren Tradition der KBW steht, wollen wir überhaupt nicht leugnen. Diese Fehler waren im wesentlichen die RGO-Politik und die Theorie des Sozialfaschismus. Dennoch ist es völlig falsch, die KPD für den Sieg des Faschismus verantwortlich zu machen. Diese Verantwortung nimmt der Sozialdemokratie niemand ab, denn die Sozialdemokratie hat die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften gespalten, indem sie die Klassenversöhnung und damit die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Kapitalistenklasse zur Richtschnur ihrer Politik machte. Die Sozialdemokratie hat die Polizei auf streikende Arbeiter losgelassen wie schon 1918 die bürgerliche Armee und die Freikorps. Der Fehler der KPD bestand gerade darin, daß sie ihre Politik von der spontanen Empörung über die Schandtaten und Verbrechen der Sozialdemokratie leiten ließ, statt von der konkreten Einschätzung der konkreten Situation (vgl. dazu Neues Rotes Forum 3/72 und 'Faschismusanalyse und antifaschistischer Kampf', Sendler Verlag). Diese Fehler wiederholen diejenigen Organisationen, die heute die RGO-Politik propagieren und die Sozialfaschismustheorie vertreten. Aber auch heute ist es so: diese Fehler nehmen der Sozialdemokratie keineswegs die Verantwortung für die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Niederlagen der Arbeiterbewegung ab. Im Gegenteil, die spontane Empörung über die Taten der Sozialdemokratie sind gerade der Ursprung dieser Fehler.

Zweifellos wird der Artikel im ötv-magazin bei manchen Gewerkschaftsmitgliedern Verwirrung stiften und wird vielleicht den einen oder anderen vorübergehend davon überzeugen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse doch richtig sind. Diese Erfolge werden jedoch nicht von langer Dauer sein. Denn mit Tricks kommt man auf die Dauer nicht durch, wo es in Wirklichkeit um klar umrissene Klasseninteressen geht, wo es darum geht: steht einer auf der Seite der Arbeiterklasse oder steht er auf der Seite der Kapitalistenklasse.

Das ötv-magazin führt eine Polemik gegen die Kommunisten und verdreht in jeder Hinsicht die Wahrheit. Es glaubt sich seiner Sache sicher zu sein, denn in seinen Spalten wird es kaum einen Platz zur Erwiderung geben, obwohl es viele Gewerkschaftsmitglieder gibt, die ganz anderer Meinung sind. Auf die Dauer wird diese Art der Polemik keinen Erfolg bringen, denn in allen Fragen des Klassenkampfes entscheiden nicht allein die Worte, sondern vor allem die Taten. Wie die Kommunisten in den Betrieben und Ämtern arbeiten, welche Vorschläge sie für den Kampf gegen die Kapitalisten und gegen den bürgerlichen Staat machen und wie sie sich in diesem Kampf verhalten – das wird letztenendes darüber entscheiden, ob sie die Mehrheit der Arbeiterklasse für ihre Ziele gewinnen.

J.S.

Vier GEW-Ausschlüsse

Dem Kreisvorstand der GEW Wiesbaden paßte es nicht ins Konzept, daß wir im Auftrag des Arbeitskreises junger Lehrer und Erzieher (AjLE) Informationen herausgegeben haben, die die Politik der GEW-Führung beim Kampf der Lehrer gegen die unverschämten Besoldungspläne des Staates (2.BesVNG) als abwieglerische Hinhaltepolitik entlarvten und positive Kampfschritte zur Durchführung der Urabstimmung und des Warnstreiks gegen die Besoldungsgesetzgebung angegeben haben. Als weiterer Ausschlußgrund wurde uns angekreidet, daß wir an der Demonstration zum 1. Mai teilgenommen haben, zu der vom KBW in Wiesbaden aufgerufen wurde, weil der DGB keine durchführte.

Um die Arbeit des AjLE auszuschalten, löste zunächst der Kreisvorstand den AjLE per Beschluß auf. Dann wurden Ausschlußanträge gegen die drei Kollegen des AjLE-Vorstandes und gegen einen weiteren Kollegen des AjLE gestellt. Aufgrund der Empörung der GEW-Mitglieder war der Kreisvorstand gezwungen, den AjLE wieder einzurichten. Die drei Kollegen des bisherigen AjLE-Vorstandes wurden wiedergewählt. Der Landesvorstand der GEW Hessen scherte sich jedoch einen Dreck um das Votum der Kollegen des AjLE Wiesbaden und beschloß zwei Tage nach der Wiederwahl den Ausschluß dieser Kollegen. Der Ausschluß wurde vorgenommen, ohne Diskussion und ohne uns zu den Gründen je angehört zu haben, was allen demokratischen Verfahrensweisen ins Gesicht schlägt.

Abschließend empfahl uns der Landesvorsitzende Ludwig, daß wir uns noch an die Bundesschiedskommission der GEW wenden könnten, die auf dem Mainzer Bundeskongreß der GEW eigens dazu geschaffen wurde, die konsequenten Kollegen reibungslos aus der GEW hinauszusäubern. Das wird ihnen aber nicht gelingen. Wir werden trotz Ausschluß weiter in der GEW arbeiten und den Kampf gegen den hessischen Personalentwicklungsplan, nach dem ab 1977 die Lehrerzahl in Hessen auf 32 000 eingefroren werden soll, zum Anlaß nehmen, unsere Aktivitäten in der GEW Wiesbaden zu verdoppeln.

Christel Wagner
Helmut Pötzsch
Maris Rakuts, Wiesbaden

ÖTV-AUSSCHLUSSVERFAHREN WEGEN KVZ-VERKAUF

Gegen Dora Vögele, Kinderkrankenschwester am Universitätsklinikum Eppendorf, läuft ein Ausschlußverfahren, weil sie auf einer Bereichsversammlung der ÖTV im Universitätsklinikum Eppendorf eine Resolution einbrachte, in der die Gewerkschaftsführung kritisiert wurde, weil diese in der Tarifrunde nicht alle Möglichkeiten des Tarifkampfes voll ausgeschöpft hat. Das ist für die Gewerkschaftsführung ein "gewerkschaftsfeindlicher Akt". Weiter wird Dora Vögele der Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung vorgeworfen. Der Verkauf der KVZ wird auch dem Kollegen Michael Neuhaus, Universitätsklinikum Eppendorf, vorgeworfen. Gegen ihn läuft auch ein Ausschlußverfahren. Beide Kollegen seien aus diesem Grund "Gegner der Demokratie" und dürften nicht in der Gewerkschaft sein.

Als Grundlage für die Rausschmisse empfiehlt die Kommission den Satzungsartikel § 4 Absatz 2: Gegner der Demokratie können nicht Mitglieder der ÖTV sein.

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Zurücknahme der Ausschlußanträge gegen D.Vögele und M.Neuhaus!

Krankenpflegeschüler streikten

POLITISCHE DISZIPLINIERUNG AN TÜBINGER UNIVERSITÄTSKLINIKEN

Die Schülerschaft der drei Krankenpflegeschulen an den Universitätskliniken in Tübingen steht seit über einem halben Jahr mit der Verwaltung der Kliniken in einer Auseinandersetzung um die Verbesserung der Ausbildung. Besonders hart betroffen sind die Pflegeschüler: Bei 100 Schülern standen damals zwei Lehrkräfte zur Verfügung, von denen einer nicht einmal dazu ausgebildet ist. Seit Oktober letzten Jahres versuchten die Schüler, mit der Verwaltung der Kliniken zu reden. Erst nach mehreren Monaten war die Verwaltung zu einem Gespräch bereit. Geredet wurde zwar viel, verändert hat sich aber an den Schulen gar nichts.
Als dann der Examenskurs an der Pflegeschule ohne Anleitung in die Prüfung geschickt werden sollte, beschlossen die Schüler auf einer Vollversammlung am 24. Mai, am Montag, dem 27. Mai einen eintägigen Warnstreik durchzuführen und die ganze Woche vor Pfingsten nicht auf den Stationen zu arbeiten, sondern ihren Unterricht selbst zu organisieren. "Dies tun wir aber nicht deswegen, weil wir glauben, die fehlenden Lehrkräfte ersetzen zu können, sondern um darauf aufmerksam zu machen, wie katastrophal unsere momentane Situation ist." (aus der Resolution der Krankenpflegeschüler)

In einem Flugblatt wurden die Kollegen an den Kliniken und die Bevölkerung Tübingens über die Situation an der Krankenpflegeschule informiert. In der Stadt wurden in einer darauffolgenden Unterschriftenaktion mehr als 1 600 Unterschriften gesammelt. Über 400 Kollegen an den Kliniken erklärten sich durch ihre Unterschrift mit den Schülern solidarisch, mehrere Fachschaftsvollversammlungen an der Universität übersandten Solidaritätsresolutionen.

Die Verwaltung schickte darauf jedem Schüler einen Brief, in dem sie ihm mit der fristlosen Kündigung drohte, sollte der Schüler nicht sofort wieder seine Arbeit auf der Station aufnehmen.
Die Schüler setzten ihre Protestaktion bis zum Ende der Woche fort. Zwar konnten sie keine ihrer Forderungen gegenüber der Verwaltung durchsetzen, insgesamt gingen die Schüler aber gestärkt aus der Auseinandersetzung hervor, denn beinahe alle Schüler hatten sich während der Protestaktion aktiv eingesetzt.

Die Verwaltung versuchte nun, den verlorenen Boden wieder gutzumachen. Knapp drei Wochen später strengte sie ein Disziplinarverfahren gegen den Schulleiter der Krankenpflegeschule an, der in einem Beamtenverhältnis stand (er hat inzwischen seine Stelle gewechselt), weil er in der örtlichen Presse sich hinter die Forderungen der Krankenpflegeschüler gestellt hatte.
Gleichzeitig wurde einem gewählten Schülervertreter, Thomas Balistier, ein Brief geschickt, in dem man ihm mitteilte, daß man ihm keinen Ausbildungsvertrag geben könne, da man keinen freien Ausbildungsplatz zur Verfügung habe. Thomas Balistier war bis zum Juni 1974 Ersatzdienstleistender gewesen und war in Tübingen vor einem Dreivierteljahr in einen dreijährigen Ausbildungskurs an der Pflegeschule aufgenommen worden mit der Zusage, er werde nach Beendigung seiner Ersatzdienstzeit einen Ausbildungsvertrag bekommen. Thomas Balistier hatte sich vor, während und nach der Protestaktion besonders aktiv für die Interessen der Schüler eingesetzt und hatte die Flugblätter, die Schüler-Infos und die Presseerklärungen der Schülerschaft presserechtlich gezeichnet. Er war der Verwaltung offenbar derart ein Dorn im Auge, daß der Verwaltungsdirektor der Kliniken auf einer Personalratssitzung sagte: Der Herr Balisttier werde noch sein blaues Wunder erleben.

Der Personalrat aber rührte sich nicht. Schon während der Protestaktion hatte er die Schüler aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Jetzt schickte er Thomas Balistier einen Brief, in dem er es außerordentlich bedauerte, für ihn nichts tun zu können, aber er habe beschlossen, auf Grund der überschrittenen Ausbildungskapazität gegen die Ablehnung des Ausbildungsvertrages bei der Verwaltung keinen Einspruch zu erheben.
Dabei war der fadenscheinige Vorwand der Verwaltung offensichtlich. Sie hatte nämlich wenige Tage, bevor sie Thomas Balistier den Ausbildungsvertrag verweigerte, zwei anderen Krankenpflegeschülern, die sich in Tübingen um einen Ausbildungsplatz beworben hatten, einen Ausbildungsvertrag zugesichert. Um diesen Vorwand nun aufrecht erhalten zu können, sollen diese beiden Krankenpflegeschüler auch keinen Ausbildungsplatz erhalten.

Durch eine Unterschriftensammlung von ÖTV-Mitgliedern wurde eine außerordentliche Abteilungsversammlung der ÖTV-Kreisverwaltung Tübingen einberufen. Zu Beginn beschwor zwar der Abteilungsvorstand die Kollegen, "die Auseinandersetzung doch nicht zur Auseinandersetzung werden zu lassen", doch die Kollegen wußten sehr wohl, worum es hier geht. Sie verabschiedeten mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, in der sie "dieses Vorgehen der Verwaltung ... aufs Schärfste verurteilen, denn hier wird deutlich, daß die Verwaltung vor keinen Maßnahmen zurückschreckt, um die Kollegen einzuschüchtern, die sich für ihre berechtigten Forderungen und Interessen einsetzen. Insbesondere wir Gewerkschafter müssen uns gegen solche Maßnahmen zur Wehr setzen, da wir unsere Interessen gegenüber der Verwaltung als Arbeitgeber nur vertreten können, wenn wir das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb gegen alle Angriffe verteidigen." (aus der Resolution, die auf der Abteilungsversammlung verabschiedet wurde)

Die Kollegen beschlossen die Forderungen:
- Sofortiger Ausbildungsvertrag für Thomas Balistier! Übernahme der anderen Ersatzdienstleistenden, die in der Ausbildung stehen, nach Beendigung ihrer Ersatzdienstzeit in ein ordentliches Ausbildungsverhältnis.
- Sofortige Zurücknahme des Disziplinarverfahrens gegen den Schulleiter Kaup!
- Sofortige Übernahme der beiden anderen Krankenpflegeschüler in ein Ausbildungsverhältnis!

Gleichzeitig forderten die Kollegen den Personalrat in dieser Resolution auf, "seinen Beschluß rückgängig zu machen und sich für die obengenannten Forderungen aktiv einzusetzen".

Noch einmal versuchte sich der Abteilungsvorstand einzuschalten. Er wollte verhindern, daß diese Resolution der Presse übergeben wird. Als er aber gefragt wurde, mit welcher Begründung er gegen eine Veröffentlichung dieser Resolution in der Presse sei, meinte er nur, er wolle dazu keine Begründung geben. Als er merkte, daß er diesen Beschluß auch nicht verhindern konnte, verließ er wütend den Raum.
Die Kollegen beschlossen noch auf der Grundlage dieser Resolution, unter den anderen Kollegen an den Kliniken eine Unterschriftensammlung durchzuführen. Die Erfahrung, auch gegen den Widerstand des Abteilungsvorstandes eine solche Resolution und solche Schritte beschließen zu können, war besonders für die Schüler wichtig. Viele Schüler wollten schon während der Protestaktion aus der Gewerkschaft austreten, als sie merkten, daß die Kreisverwaltung ihre Aktion nicht unterstützte, sondern versuchte, sie in "legale Bahnen" zu lenken und "zu retten, was noch zu retten ist". Damals versuchten unsere Genossen, den Kollegen klarzumachen, daß man die Gewerkschaften nur dann wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen machen kann, wenn man in der Gewerkschaft darum kämpft.

–KG Tübingen
Klinik-Aufbauzelle–

Streiks im Buchhandel

15 %, ABER MINDESTENS 200 MARK GEFORDERT

Westberlin. Lohnabhängige im Buchhandel und in Verlagen in Westberlin führen Warnstreiks durch für 15 %, mindestens aber 200 DM und 700 DM Ausbildungsvergütung.

Schon Anfang des Jahres forderten die Lohnabhängigen im Buchhandel und in Verlagen in Westberlin 100 DM ab Januar mehr im Monat und 400 DM Abschlag als Teuerungszulage.
Wie sieht die Lage der Lohnabhängigen aus? "Ein ausgebildeter Buchhändler verdient im Durchschnitt weniger als 930 DM netto. Der Buchhandel steht am Ende der Lohnskala, und Personaleinsparungen und verschärfte Arbeitshetze verschlechtern die ohnehin miesen Arbeitsbedingungen". (aus einem Informationsflugblatt der Kollegen an die Bevölkerung) Damals genügte nicht die Kampfkraft, um Schritte einzuleiten, diese Forderungen durchzusetzen. Mittlerweile ist der Tarif zum 1. Juli außer Kraft und die Kollegen haben als Forderung zur Tarifrunde 15 %, mindestens aber 200 DM und 700 DM Ausbildungsvergütung und Wegfall der beiden untersten Lohngruppen auf ihrer gewerkschaftlichen Fachgruppensitzung beschlossen. Vier Verhandlungsrunden mit den Verlags- und Buchhändlerkapitalisten sind schon gelaufen.

Bis jetzt boten sie nichts anderes an, als 'daß man halt seinen Konsum einschränken solle' und in Zahlen 135 DM, was bei der Steuerprogression und der Preisinflation ein Lohnabbau ist und keine Lohnerhöhung. Darauf traten am Donnerstag und Freitag, den 4. und 5. Juli, in über acht Buchhandlungen und Verlagen die Kollegen in Warnstreiks bis zu zwei Stunden, bauten dabei Informationsstände für die Kundschaft und die Bevölkerung auf, an denen sie Informationsflugblätter verteilten und Solidaritätsunterschriften sammelten. Mehrere hundert Unterschriften wurden bisher gesammelt. Als erster Höhepunkt wurde am Samstag ein Autokorso mit über 50 Wagen quer durch die Stadt durchgeführt. Als nächstes wird es darauf ankommen, auf einer Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage die nächsten Schritte breit zu diskutieren und zu beschließen.

Gewerkschaftsführer setzen Polizei gegen Mitglieder ein

MITGLIEDER VON VERANSTALTUNGEN AUSGESPERRT

Am Freitag, 28.6.1974, fand in Bad Kreuznach eine Veranstaltung der HBV statt, zu der nur ein "spezieller Kreis von jugendlichen HBV-Mitgliedern" eingeladen wurde, um die aufgelöste Jugendarbeit neu beginnen zu lassen. "Linksradikal orientierte Jugendliche finden ab sofort keinen Zugang mehr zu unseren Veranstaltungen" und "Es können nur diejenigen an Veranstaltungen teilnehmen, die persönlich angeschrieben werden! Außenstehende Personen haben keinen Zutritt!" (Schreiben der Bezirksverwaltung Rhein–Nahe vom 20.6.1974).

Die gesamte Jugendvertretung der Firma Ferd. Schulze & Co erhielt keine Einladung, sowie eine ganze Reihe von HBV-Mitgliedern. Alle diese Kollegen sind nach Worten der Gewerkschaftsführer "verbohrte Maoisten oder Chaoten", wie es in der Einladung drin steht.

Es fanden sich einige Kollegen, die sich bereit erklärten, ohne eine Einladung erhalten zu haben, ihre Rechte als Mitglieder wahrzunehmen. Der HBV-Landesleiter Fürbeth sagte von Anfang an, daß er jegliche Diskussion ablehne, der Sekretär Stock meinte, "es seien einige Leute anwesend, die keine Einladung erhalten hätten, was die hier zu suchen hätten". Wir schlugen vor, darüber abzustimmen, ob alle bleiben sollten. Fürbeth widersprach dem, Hausherr sei die HBV und sie entscheide auch wer eingeladen wird und wer nicht. Wir sagten klar, daß die Gewerkschaft niemand anderes ist, als die Mitglieder und nicht irgendwelche Führer auf hochbezahlten Posten. Das ging ihm dann doch zu weit. Er rief die Polizei an, sie sollten kommen, und einige Krawallmacher von einer Gewerkschaftssitzung entfernen. Der Wirt empörte sich selbst darüber, er hatte von Krawall nichts gehört.
Von den 57 Eingeladenen waren lediglich 3 Jugendliche, die uns durch eifrige Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsführung bekannt sind, der Einladung gefolgt. Wir schätzten daher die Lage so ein, daß es sich für diese Leute nicht lohnt, ein Gerangel mit der Polizei anzufangen. Deshalb verließen wir den Raum, nachdem wir erklärt hatten, daß wir die Kollegen über diese gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen aufklären.

Der Bezirksvorstand der HBV ist bekannt für seine gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen. Erst kürzlich untersagte er allen HBV-Jugendvertretern in Bad Kreuznach als HBV-Mitglieder tätig zu sein. Die Bezirksverwaltung löste die Jugendgruppen in Bad Kreuznach und Worms auf. Sie leitet Ausschlußverfahren gegen Kollegen ein, die politisch andere Standpunkte vertreten und die KVZ verkauften. 150 Unterschriften von Gewerkschaftsmitgliedern, Resolutionen von Jugendversammlungen und Jugendvertretungen, die solche Ausschlußverfahren verurteilen, interessiert sie überhaupt nicht. Aussagen des Landesleiters der HBV Fürbeth, daß sich sein Draht zum Kreiswehrersatzamt und die Kontakte zum Verfassungsschutz gelohnt hätte, lassen darauf schließen, mit wem die Führer zusammenarbeiten. Sie haben nichts besseres zu tun, als Kollegen zu bespitzeln und den Mitgliedern ihre Rechte zu entziehen:

–KBW-Sympathisanten
Bad Kreuznach–

Betriebsrat nicht in IGM aufgenommen

SPD-BEVOLLMÄCHTIGTER BENUTZT GEFÄLSCHTES ZITAT ZUM "BEWEIS"

Am 1.10.1973 begann ich bei der Firma Schloz KG (Daimler-Benz Vertragswerkstatt) in Endersbach eine Lehre als Kfz-Mechaniker. Bei den Betriebsratswahlen im Mai dieses Jahres wurde ich von meinen Arbeitskollegen zum Betriebsrat gewählt. Ich habe dann einen Aufnahmeantrag in die IGM Metall gestellt. Als ich mich nach einer Woche nach meiner Mitgliedschaft erkundigte, sagte man mir, daß über meine Aufnahme auf der Sitzung des Ortsvorstandes erst noch entschieden werden müsse. Da ich für die Veröffentlichungen der KBW-Ortsgruppe Waiblingen presserechtlich verantwortlich zeichne, war es der Ortsverwaltung klar, daß ich KBW-Mitglied bin. Da damit zu rechnen war, daß es Schwierigkeiten bei meiner Aufnahme geben würde, weil vor allem der erste Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Waiblingen, Kollege Dormann, SPD-Mitglied, ein erklärter Klassenversöhnler und KBW-Gegner ist, organisierte ich im Betrieb eine Unterschriftenliste gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Sie lautete: "Ich sehe nicht ein, wieso der Kollege Pampel nicht Mitglied der Gewerkschaft IG Metall werden kann. Es ist ein Unding, daß fortschrittliche oder kommunistische Kollegen auf Grund der sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht Mitglied der Gewerkschaft sein dürfen."
Mit dieser Unterschriftenliste sammelte ich 16 Unterschriften vor dem Betrieb. Alle Kollegen aus der Werkstatt außer einem erklärten sich mit dem Text solidarisch und selbst der Werkstattmeister unterschrieb.
Noch vor der Sitzung des Ortsvorstandes übergab ich die Liste der Ortsverwaltung, mit der Bitte, sie auf der Sitzung des Ortsvorstandes als Dokumentation der Meinung der Kollegen vorzulegen.
Am 5. Juli erhielt ich vom ersten Bevollmächtigten der IG Metall Ortsverwaltung, Heinz Dormann, Bescheid, in dem mir der Grund mitgeteilt wurde, wieso ich nicht in die IGM aufgenommen werde. Der Kern des Schreibens lautet: "Es dürfte jedem klar denkenden Gewerkschafter verständlich sein, daß eine Mitgliedschaft von Ihnen undenkbar ist, wenn Sie z.B. in der 'Arbeiterstimme' Nr.11 vom 20.3.74 die Ansicht stützen, daß die IGM ein abgekartetes Spiel mit den Kapitalisten auf dem Rücken der Arbeitnehmer austrage und die Interessen der Arbeitnehmer bei der Tarifbewegung des Jahres 74 verraten habe."
Dormann hat die Aussage in der Arbeiterstimme verfälscht. Tatsächlich lautet das Zitat, auf das sich die Ortsverwaltung stützt: "Die Gewerkschaft ist eine wichtige und notwendige Organisation, die sich die Arbeiter geschaffen haben, um sich gegen die ständigen Angriffe der Kapitalistenklasse zu wehren. Und was macht die Gewerkschaftsführung mit dem gewerkschaftlichen Kampf? Ein abgekartetes Spiel zwischen ihr und den Kapitalisten auf unserem Rücken. Als nichts anderes kann man den Tarifkampf in diesem Jahr bezeichnen."
Die Kritik in diesem Zitat richtete sich also nicht pauschal gegen die IGM, sondern gegen Dormann und seine sozialpartnerschaftlichen Parteifreunde in der Gewerkschaftsführung.
Um einen Mitgliedsantrag ablehnen zu können, nahm Dormann das Zitat nicht wörtlich, sondern indirekt und schrieb es so, wie er es braucht, um mir Gewerkschaftsfeindlichkeit unterstellen zu können. Das Zitat ist inhaltlich völlig richtig. Es bezieht sich auf den Tarifkampf 1974, in dem die IGM-Führung in Bremen einen Streik für 19 % begann und ihm von vornherein in den Rücken fiel, indem sie in anderen Bezirken bei 11 % abgeschlossen hatte.
Nach wie vor stehe ich voll und ganz hinter dem Zitat. Interessant ist noch das Ende des Briefes:
"Konsequenterweise käme für Sie nur die Gründung einer eigenen Gewerkschaft des KBW in Frage, nur dort könnten Sie die von Ihnen propagierten Ziele und ideologischen Ansichten vertreten." Aber diesen Gefallen tun wir ihm nicht. Im Gegenteil. Unser Ziel ist die Erkämpfung der Einheitsgewerkschaft, in der alle, Sozialdemokraten, Christdemokraten und Kommunisten usw. organisiert sind auf der Grundlage der gemeinsamen Lage als Lohnabhängige und Notwendigkeit des konsequenten Kampfes für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Diese Einheitsgewerkschaften müssen gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DGB-Gewerkschafter erkämpft werden. Dormann sieht mit Recht in einer Einheitsgewerkschaft seine Position in Gefahr. Deshalb empfiehlt er uns eine RGO-Politik. Laut Satzung der IG Metall habe ich das Recht, Widerspruch gegen die Verweigerung der Aufnahme einzulegen. Ich halte es für richtig, den Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf allen Ebenen zu führen und werde deshalb Widerspruch gegen den Beschluß des Ortsvorstandes einlegen.

WIDERSTAND DER BELEGSCHAFT

Kein Ausschluss von Lange

VK-LEITUNG BEKOMMT KALTE FÜSSE

In der letzten KVZ berichteten wir über den Ausschlußantrag gegen den Kollegen Lange.
Der Ausschlußantrag aus Gewerkschaft und Vertrauensleutekörper gegen den Kollegen Lange, SPD-Mitglied, ist auf der letzten Vertrauensleuteversammlung zurückgenommen worden.

Der Ausschlußantrag war auf Betreiben der Betriebsräte Lüneburg und Brandes sowie der Vertrauenskörperleitung mit v. Lübke an der Spitze mit 6 Gegenstimmen gefaßt worden, weil der Kollege das undemokratische Verhalten des Betriebsrates auf einer Betriebsversammlung öffentlich angegriffen hatte: Der Betriebsrat hatte über die Köpfe der Kollegen hinweg eine Betriebsvereinbarung mit den Kapitalisten geschlossen, die alle Kollegen zwang, einen Teil ihres Urlaubs zwischen Weihnachten und Neujahr zu nehmen.
Offensichtlich haben Brandes, Lüneburg und v.Lübke kalte Füße bekommen. Sie mußten feststellen, daß der Ausschlußantrag auf einen breiten Widerstand in der Belegschaft stieß und Unruhe auch bei den SPD-Mitgliedern auslöste. Hatten die SPD-Betriebsräte und Vertrauensleute vergebens versucht, den Ausschlußantrag still und heimlich über die Bühne zu bringen und damit die eigenen Reihen zu disziplinieren, so wollten sie auch die Rücknahme des Beschlusses nicht an die große Glocke hängen. Denn mit der Rücknahme des Ausschlußantrages müssen sie eingestehen, daß das undemokratische Vorgehen des Betriebsrates geeignet war, die Kollegen den Angriffen der Kapitalisten auszuliefern.

–Zelle VFW-Lemwerder–

Mord an Günther Routhier

PRESSEERKLÄRUNG ZWEIER RECHTSANWÄLTE AUS DORTMUND

Seit bekanntgeworden ist, daß der Duisburger Arbeiter, Günther Routhier, an den Folgen von Mißhandlungen durch Polizeibeamte verstorben ist, herrscht in Duisburg ein polizeilicher Ausnahmezustand. Die dortige Polizeiführung versucht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, die Aufklärung der Bevölkerung über den Tod von Günther Routhier zu verhindern.

Bereits am Samstag, den 22.6.1974 wurden 7 bis 10 Flugblattverteiler in Duisburg festgenommen und stundenlang, ohne rechtlich haltbare Begründung, im Polizeigefängnis, zum Teil bis in die Nacht hinein, festgehalten. Am Montag, den 24.Juni, wurde ein ordnungsgemäß angemeldeter Trauerzug zum Friedhof kurzerhand verboten und ein sich dennoch formierender Trauerzug auseinandergeprügelt. Mindestens 120 Personen wurden in rechtswidrige Vorbeugehaft genommen, zum Teil schon lange vor dem beabsichtigten Beginn des Trauermarsches. Zwei Gerichtsreferendaren, die im Auftrag von Rechtsanwalt Brentzel die Interessen Verhafteter wahrnehmen wollten, wurden keinerlei vernünftige Auskünfte erteilt. Sie wurden nicht zu den Mandanten vorgelassen. Schließlich wurden sie sogar mit Gewalt aus dem Polizeipräsidium gebracht. Am Dienstag wurden wieder zwei Personen in Polizeigewahrsam genommen, die nur Flugblätter verteilen wollten. Dies sind nur einige krasse Fälle von rechtswidrigen Übergriffen der Polizeiaktionen der letzten Woche.

Am Samstag, den 29.6.1974 hat die Mißachtung rechtsstaatlicher Prinzipien durch die Polizeiführung Duisburgs einen Höhepunkt erreicht:

Als am Vormittag in der Innenstadt von Duisburg wiederum Flugblätter zum Tod von Günther Routhier verteilt und Zeitungen verkauft wurden und eine kleine Kundgebung abgehalten wurde, verhafteten Polizeibeamte in einem Überraschungsangriff wahllos 7 bis 8 Personen, darunter auch Professor Sigrist aus Münster. Daraufhin wurde Rechtsanwalt Schmid aus dem Rechtsanwaltsbüro Brentzel, Dortmund, von dieser Polizeiaktion telefonisch benachrichtigt.

Rechtsanwalt Schmid fuhr sofort von Dortmund zum Polizeipräsidium nach Duisburg. Schon vor seinem Eintreffen hatte Gerichtsreferendar Michael Böttcher vergeblich versucht, in Untervollmacht von Rechtsanwalt Brentzel sich für Verhaftete beim Polizeipräsidium einzusetzen. Als sich Rechtsanwalt Schmid nach seinem Eintreffen vor dem Polizeipräsidium beim Gerichtsreferendar Böttcher und einer weiteren Person informierte und sich gerade die Namen von Verhafteten notierte, wurden plötzlich alle drei Personen von einem – wie zufällig vorbeikommenden – Polizeikommando überfallen. Zunächst wurde Rechtsanwalt Schmid brutal der Notizblock entrissen, dann wurden alle drei Personen festgenommen und in das Polizeigefängnis gebracht, obwohl sich Rechtsanwalt Schmid sofort als Anwalt zu erkennen gab. Als Verhaftungsgrund wurde lediglich bekanntgegeben, die Verhaftung erfolge nach dem Polizeigesetz wegen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Der Polizeieinsatz an diesem Tage wurde vom Polizeipräsidenten persönlich geleitet.

Trotz wiederholter energischer Proteste und Klarlegung des anwaltlichen Auftrages, wurden alle 3 Personen ca. 5 Stunden in der Zelle festgehalten. Es wurde insbesondere Rechtsanwalt Schmid verwehrt, mit dem für die Festnahme Verantwortlichen zu sprechen. Schließlich wurde sogar Rechtsanwalt Schmid erkennungsdienstlich behandelt (Fingerabdrücke und Fotos), trotz heftigster Proteste und Hinweise auf die offensichtliche Rechtswidrigkeit dieser Maßnahme. Für die Verhaftung der drei Personen vor dem Polizeipräsidium gibt es keinerlei Rechtsgrundlage. Aber auch die übrigen Verhaftungen seit dem 22.6.1974 in Duisburg, die den Unterzeichnern bekanntgeworden sind, sind rechtswidrig. Nach § 25 Polizeigesetz von NRW darf die Polizei nur Personen in Gewahrsam nehmen, um eine gegenwärtige Gefahr oder bereits eingetretene Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung abzuwehren und wenn kein anderes Mittel mehr zur Verfügung steht. Daneben muß dieser fundamentale Eingriff in die Freiheitssphäre einer Person in einem angemessenen Verhältnis zur eingetretenen Gefahr oder Störung stehen (§ 21 Polizeigesetz). Das Flugblattverteilen und auch das Abhalten einer kleinen Kundgebung erfüllen diese Voraussetzung nicht.

Die Maßnahmen gegen den sich in der beruflichen Ausübung befindlichen Rechtsanwalt und Gerichtsreferendar sind eine Ungeheuerlichkeit, wie sie bisher nur aus faschistischen Staaten bekannt sind.

Es gibt Anzeichen dafür, daß dieser Angriff auf die Berufsausübung gezielt erfolgt ist. Der anwaltliche Auftrag des Gerichtsreferendars Böttcher war im Polizeipräsidium bekannt. Er hat sich vorher durch eine Untervollmacht ausgewiesen. Er hat auch angekündigt, daß in Kürze ein Rechtsanwalt erscheinen werde. Die den Angriff ausführenden Beamten kamen direkt aus dem Polizeipräsidium und hatten den Überfall planmäßig vorgenommen. Auch nachdem die Beamten im Polizeipräsidium über den wahren Sachverhalt aufgeklärt worden waren, wurde die Inhaftierung stundenlang aufrechterhalten und wurden die erkennungsdienstlichen Maßnahmen durchgeführt. Selbst als sich mehrere andere Anwälte telefonisch eingeschaltet hatten, wurden die Betroffenen nicht sofort freigelassen.

Wir, die Unterzeichnenden, erheben schärfsten Protest gegen diese Polizeiwillkür.

Wir fordern die sofortige Einleitung eines Straf- und Disziplinarverfahrens und die sofortige Suspendierung des Polizeipräsidenten, sowie der übrigen verantwortlichen Beamten vom Dienst.

Es wird Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung im Amt gegen diese Beamten gestellt.

gez.Hugo Brentzel
(Rechtsanwalt)
gez.Wolfgang Schmid
(Rechtsanwalt)

FERNSCHREIBERNACHRICHT:

pp duisburg teilt durch fs nr. 1888 v. 22.6.74 mit:

we-meldung
betr: beschlagnahme des sgn. zentralorgans der kpd/ml
"roter morgen"
bezug: bisheriger fs-verkehr "ermordung guenter routhier"
–berichterstatter–: kbk sauerwald

das amtsgericht duisburg hat heute die zeitung "roter morgen" ausgabe nr 25 vom 22. juni 1974 8. jahrgang, beschlagnahmt.
es erging folgender beschlusz: az. 11 gs 1720/74
die zeitung "roter morgen" ausgabe nr. 25 vom 22. juni – 8. jahrgang – wird beschlagnahmt.

–gruende–:
auf antrag des polizeipraesidenten duisburg ist die vorstehende anordnung gemaesz 13 des landepressegesetzes nw vom 24.5.1966 zu treffen. danach koennen beschlagnahmeanordnungen erfolgen, wenn dringende gruende fuer die annahme vorliegen, dasz das druckwerk eingezogen wird. im vorliegenden fall enthaelt die zeitung in mehreren artikeln die behauptung, dasz herr guenter routhier in duisburg von polizeibeamten erschlagen worden sei. das steht in widerspruch zu dem gerichtsbekannten obduktionsbefund. die einziehung des druckwerks ist deshalb zu erwarten. dienstsiegel des amtsgerichts duisburg duisburg, den 22. juni 1974, das amtsgericht
gez. rosemueller, richter am amtsgericht=

Gesetz zum »Schutz des Gemeinschaftsfriedens«

ANTRAG SCHRÄNKT DEMONSTRATIONSFREIHEIT EIN

München/Bonn. Unter der Drucksachenbezeichnung 507/74 findet sich ein Gesetzantrag mit dem hochtrabenden Titel: "Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens". Der Antrag ist an den Bundesratspräsidenten Filbinger (CDU) gerichtet mit der Bitte, ihn am 12. Juli auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates zum Zwecke der Beratung zu setzen. Antragsteller ist die bayrische Landesregierung. Sie erwartet, daß dieses Gesetz spätestens am 1.Januar 1975 in Kraft treten kann.

Der Inhalt dieses Antrages ist der Versuch, Demonstrationen und Versammlungen überhaupt unter Strafe zu stellen und das Recht auf freie Meinungsäußerung soweit einzuschränken, daß es praktisch aufgehoben ist.

Anlaß und Begründung für dieses Vorgehen sind die Demonstrationen der letzten Zeit, insbesondere der Kampf der Frankfurter Bevölkerung gegen die Bodenspekulation und die Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr. Darauf wird ausdrücklich hingewiesen. Aber die Frankfurter Ereignisse sind besonders gute und anschauliche Beispiele dafür, wer den gewaltsamen Verlauf von Demonstrationen und Versammlungen provoziert: das ist bisher immer die Polizei gewesen, der bewaffnete Arm des Staates und seine Auftraggeber in den staatlichen Behörden. Für diese Angriffe der Polizei auf Demonstrationen und Versammlungen sollen jetzt die gesetzlichen Grundlagen in großem Stil und mit viel Propaganda für Ruhe und Ordnung nachgeliefert werden.

Denn nach dem Antrag der bayrischen Landesregierung soll in Zukunft jeder bestraft werden, der an einer nicht genehmigten, verbotenen oder von der Polizei aufgelösten Demonstration oder Versammlung teilnimmt, dazu aufruft in Wort oder Schrift oder für die Durchführung und die Ziele eintritt. Die Strafe kann bis zu einem Jahr Gefängnis oder eine Geldstrafe betragen. In schweren Fällen kann das Strafmaß bis zu 5 Jahren erhöht oder eine entsprechend höhere Geldstrafe verhängt werden. Im Versammlungsrecht soll dann insbesondere die Unterscheidung zwischen Versammlungen von Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit und Ausländern eingeführt werden. Die Versammlungsfreiheit für Ausländer wird vollkommen eingeschränkt.

Die Tatsache, daß mit diesem Gesetzantrag die Teilnahme an bestimmten politischen Demonstrationen und Versammlungen generell unter Strafe gestellt wird, drückt die große Angst der Bourgeoisie in Westdeutschland aus, die sie vor der Arbeiterklasse und dem Volk hat. In der Begründung heißt es zum Beispiel: "*Radikale Gruppen und subversive Kräfte mißbrauchen in extensiver Weise und unter Anwendung sich steigernder Gewalt das Demonstrationsrecht im Kampf gegen verfassungsmäßige Ordnung und Rechtsstaat und fordern offen zum gewaltsamen Umsturz auf.*"

Aber der ausdrückliche Hinweis auf die Frankfurter Ereignisse zeigt, daß die westdeutsche Bourgeoisie viel breiter vorzugehen entschlossen ist. Mit dem Gesetzantrag der bayrischen Landesregierung soll der Damm verstärkt werden, den die Bourgeoisie zu ihrem persönlichen Schutz und zum Schutz ihrer Ausbeuterordnung gegen die Arbeiterklasse und das Volk errichtet hat. Sie will die Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse und des Volkes weiter beschränken, um so ihren Ausbeuterfrieden wiederherzustellen und zu sichern.

Aber die Bourgeoisie wird die Breschen, die bereits jener Damm aufweist, nicht mehr zuschütten können. Wie der Staat und seine Organe auch vorgehen: sie treffen auf immer stärkeren Widerstand der Arbeiterklasse und des Volkes.

D.T.

München. Zum zweiten Mal in diesem Jahr zeigte die Hans Seidel Stiftung die Ausstellung "Angriff auf unsere Demokratie". Die Hans Seidel Stiftung ist eine weit rechts, der CSU nahestehende Organisation. Ihr 1.Vorsitzender ist Minister Pirkl, CSU, Beisitzer sind u. a. Strauß, Vorsitzender der CSU und G.Tandler, Generalsekretär der CSU.

Der "Sinn und Zweck" der Ausstellung ist, über "Verfassungsfeinde" zu informieren. Die Ausstellung bietet nichts als Hetze und Verleumdung und ist der Versuch, Demokraten und Kommunisten als Kriminelle zu diffamieren. Sie steht unter dem Banner des Antikommunismus.

Bezeichnend ist nur, daß diese Ausstellung im Polizeipräsidium in der Ettstraße stattfindet. Dort gehört sie auch hin! Im Polizeipräsidium, meinen diese Hetzer wohl, seien sie am besten aufgehoben.

Asdonk-Prozess

TERRORURTEILE NACH 3 JAHREN UNTERSUCHUNGSHAFT

Im Prozeß gegen mehrere Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe verurteilte das Berliner Landesgericht die Angeklagten zu Gefängnis zwischen sieben und dreizehn Jahren.

Obwohl das Gericht selbst zugeben mußte, daß den Angeklagten die Beteiligung an den Banküberfällen, die ihnen zur Last gelegt worden waren, nicht nachgewiesen werden konnten, wurden diese Terrorurteile ausgesprochen.

Mehr als drei Jahre hatten die Angeklagten in Untersuchungshaft gesessen, bevor es jetzt zur Verhandlung kam.

Selbst die bürgerliche Presse war über diese Urteile leicht geschockt. So schrieb das Kapitalistenblatt "Frankfurter Allgemeine Zeitung", daß die Urteile in keinem rechten Verhältnis zu der Verurteilung von Horst Mahler zu 12 Jahren Gefängnis stünden.

Aber überrascht muß man von diesen Urteilen keineswegs sein. Sie zeigen nur deutlich, daß die Kapitalistenklasse in ihrem Justizapparat ein willfähriges Instrument hat, das vor keinem Urteil zurückscheut, um Gegner dieser Kapitalistenherrschaft zu vernichten.

Polizei untersucht Streiks

Bremen. Vor einigen Tagen wurde ich als Zeuge zur Vernehmung ins 10. Kommissariat vorgeladen, um über einen Vorfall im Zusammenhang mit dem Metallerstreik im März auszusagen. Ich kam in einen extra durch Scherengitter und Tür abgetrennten, mit Wechselsprechanlage gesicherten Gebäudeteil des Bremer Polizeipräsidiums. In diesem gleichen Gebäudeteil hatte früher die Gestapo ihren Sitz.

Als ich den Beamten, der mich vernehmen sollte, fragte, was das 10. Kommissariat eigentlich mit einem Streik zu tun habe, antwortete er mir, daß man einen politischen Hintergrund annehme, der da mindestens mit reinspiele. Als ich ihn fragte, ob das bei Streiks generell so sei, meinte er: "Tja, nun, doch, das würde ich fast so ausdrücken." Einem Kollegen erzählte er sogar, alle Fälle im Zusammenhang mit dem März-Streik würden von dem 10. Kommissariat bearbeitet. Aber, so fuhr er mir gegenüber fort, im Gegensatz zu früher sei heute die politische Polizei ja Teil der normalen Polizei und würde streng nach den gesetzlichen Vorschriften arbeiten. Ob schlecht oder recht, darüber werde die Nachwelt entscheiden. Genickschüsse jedenfalls wie bei ihren Vorgängern würde es heute nicht mehr geben.

Aber die Tatsache, daß sich die politische Polizei um jeden Streik kümmert, zeigt, daß die Bourgeoisie sich vor jedem Kampf der Arbeiter fürchtet, weil sie weiß, daß die Arbeiterklasse, sobald sie selbständig den Kampf um ihre Interessen und Rechte aufgenommen hat, sich auch gegen das gesamte System von Ausbeutung und Unterdrückung wenden wird.

–Y, Betriebszelle Nordmende Bremen–

Die Kommunistische Presse lässt sich nicht unterdrücken!

An verschiedenen Orten in der ganzen BRD versucht der Staatsapparat, wie schon mehrfach berichtet, den Verkauf der KVZ zu verhindern. Dabei kommt er zwangsläufig in Schwierigkeiten mit der Pressefreiheit, die er in seinem eigenen Grundgesetz scheinbar garantiert. Diese Schwierigkeiten werden besonders deutlich an den Ereignissen, die uns die Genossen aus Mönchengladbach und Rheydt berichten.

In Rheydt und Mönchengladbach hat die Stadt immer wieder versucht, den sich immer mehr entfaltenden Verkauf der KVZ zu unterbinden.

So wurde ein Genosse in Rheydt beim Verkauf der KVZ von der Straße weg in ein Auto gezerrt und zur nächsten Wache geschleppt, damit man dort seine Personalien aufnehmen konnte.

So werden seit einiger Zeit die Genossen vor den Betrieben in Mönchengladbach und Rheydt aufgefordert, den Zeitungsverkauf einzustellen.

Da wir uns das Recht zum Verkauf unserer Zeitung von niemandem beschneiden lassen, haben wir weiterverkauft. Die Folge waren Anzeigen und Geldstrafen. Dabei hat sich die Stadt auf die Sondernutzungssatzung berufen und behauptet, Zeitungsverkauf gehöre nicht zum "Gemeingebrauch" der Straße und sei anmelde- und genehmigungspflichtig.

Gegen diese bürokratischen Tricks zur Unterdrückung der kommunistischen Presse haben wir auf den Straßen von Rheydt und Mönchengladbach eine Kampagne geführt, Unterschriften gesammelt und Kundgebungen durchgeführt. Unsere Forderungen wurden von einem großen Teil der Mitbürger richtig gefunden und unterstützt.

Weg mit den Sondernutzungssatzungen!

Für uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit auf unseren Straßen!

Wir haben diese Rechte praktisch durchgesetzt, indem wir sie auf der Straße wahrgenommen haben. Dabei haben wir deutlich gemacht, daß es der Stadt um die Unterdrückung des kommunistischen Standpunktes geht, und daß es ihr darum geht, die Straßen für die "geordneten" und "vorsortierten" Informationen der bürgerlichen Monopolpresse frei zu halten.

Das Gerichtsverfahren, das die Stadtverwaltung Mönchengladbach einem Genossen wegen des KVZ-Verkaufs auf der Straße angehängt hatte, begann dann so, daß selbst Richter und Staatsanwalt meinten, daß die Stadtverwaltung uns den KVZ-Verkauf genehmigen müßte, daß wir aber eben, obwohl die Stadt genehmigen müsse, vorher einen Antrag stellen sollten.

Das sei doch eine reine Formalität, die keinen unzumutbar belaste. Wir haben daraufhin klargemacht, daß das vorgeschlagene Verfahren durchaus nicht eine bloße Formalität darstelle, sondern nichts anderes als eine reine Schikane und daß wir auf der Genehmigungsfreiheit der Presse bestehen. Das Gericht mußte sich dieser klaren Argumentation beugen, und den angeklagten Genossen freisprechen.

Wie verhält sich aber nun die Stadtverwaltung und die Polizei? Das Urteil ihres Gerichts schert sie überhaupt nicht. Sie hat mitgeteilt, daß sie Beschwerde eingelegt und die Polizisten des K 14 angewiesen hat, "wie bisher gegen Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer, die einer behördlichen Anmeldung nicht nachgekommen sind, einzuschreiten".

Was können wir hieraus sehen? Wir können sehen, daß die bürgerliche Klasse und ihr Staatsapparat mit ihren eigenen Gesetzen in Widerspruch geraten, wenn es darum geht, gegen fortschrittliche Menschen und Kommunisten vorzugehen. Wir können weiter daraus sehen, daß sich die bürgerliche Klasse und ihr Staatsapparat selbst um Sprüche ihrer eigenen Gerichte einen Dreck kümmert, wenn die bürgerlichen Gerichte ihren politischen Auftrag nicht erledigen.

Wie verhalten wir uns in dieser Situation? Wir werden selbstverständlich den Verkauf der KVZ weiterbetreiben und die breiteste Öffentlichkeit über diese Vorgänge unterrichten, weil die kommunistische Presse sich nicht unterdrücken läßt.

Symp.Gr. Mönchengladbach/K

"WER FLIEHT, SPIELT MIT DEM LEBEN"

Hamburg. Unlängst wurde im Hamburger Abendblatt berichtet, daß die Hamburger Polizei zu ihrem Schutz täglich ein neues Codewort erhalten wird. Diese Erfindung soll die Polizei, hauptsächlich die Zivilen, vor sich selber schützen. Es soll verhindert werden, daß Polizei auf Polizisten schießt oder sie verprügelt. Dazu sieht man sich veranlaßt, nachdem schon einige Polizisten Prügel bezogen haben, auch wurde in Wiesbaden schon ein Polizeispitzel von Polizisten erschossen. Es wird nun jeden Tag eine neue Parole ausgegeben. Das Erkennungswort rechtzeitig gerufen ist schneller getan als die Dienstmarke gezeigt. Die Bevölkerung allerdings soll sich die Dienstmarke zeigen lassen, damit sie weiß, daß sie Polizei vor sich hat. Wer nun trotzdem flieht, im guten Glauben, Schläger oder Rocker vor sich zu haben, riskiert, von der Polizei erschossen zu werden.

D.S., Hamburg

Berichte und Korrespondenzen aus Hessen - Zur Landtagswahl

DARMSTADT:

Kampf um Jugendzentrum geht weiter

In der letzten KVZ ist berichtet worden, mit welchen Mitteln der Darmstädter Magistrat die Selbstverwaltung des Vereins Jugendzentrum verhindern will. Gegen selbständige Entscheidungen der Jugendlichen ist er mit Geldersperrung, Berufsverbot für die Clubsekretäre, politischer Erpressung und Bruch des Vertrags mit dem Verein Jugendzentrum vorgegangen. Der Magistrat hat ein Haus als Jugendzentrum herrichten lassen und eigens dafür einen Trägerverein gründen lassen und einen Vertrag abgeschlossen. Dieser Verein macht jetzt praktische Jugendarbeit, führt Veranstaltungen und Clubabende durch, darf dazu aber das ihm versprochene Haus nicht benutzen. Zusätzlich hat der Magistrat jetzt das Jugendhaus Martinsviertel abreissen lassen (vgl. Bild).

SPD–FÜHRUNG ERHÄLT ABFUHR

Natürlich kann der Magistrat jetzt nicht einfach einen neuen Verein gründen, der nach seiner Pfeife tanzt. Viel näher liegt, daß er über die SPD-Fraktion im Verein Jugendzentrum versucht, "die Mehrheitsverhältnisse zu verändern" (vgl. KVZ 13/74). Die SPD-Führung versteht darunter nicht etwa die offene Auseinandersetzung und politische Meinungsbildung auf der Mitgliederversammlung, sondern die Mobilisierung und das Herankarren ihrer Mitglieder zum Zweck der Abstimmung **ohne** inhaltliche Diskussion. Zur Mitgliederversammlung des Vereins vom 28. Juni hatte der SPD-Vorstand 4 000 Mitgliederbriefe losgelassen, um eine SPD-Mehrheit im Verein Jugendzentrum herzustellen. Die Mitgliederversammlung des Vereins kündigte der SPD-Vorstand in der Lokalpresse als "Parteiveranstaltung" der SPD an:

> **Parteiveranstaltung**
>
> (hm). SPD Darmstadt, Unterbezirk Darmstadt-Stadt. Der Verein Jugendzentrum Darmstadt (Oetinger-Villa) hat für heute, Freitag, um 18 Uhr in die Gaststätte „Zur Kanne" (am Kopernikusplatz) eingeladen. Jeder — ohne Altersbegrenzung — kann an dieser Versammlung teilnehmen. Bezirksvorsitzender Heinz Reinhard bittet um regen Besuch.
>
> Darmstädter Echo, 28.6.74

Zu Beginn der Mitgliederversammlung stellten die SPD-Funktionäre sofort den Antrag, die Clubsekretäre Herbert Müller und Conny Rohloff zu entlassen, ohne den Bericht der beiden über ihre Arbeit und die weiteren Vorschläge zur praktischen Jugendarbeit hören zu wollen. Bei der Abstimmung über diesen Antrag stellte sich dann heraus, daß es der SPD-Führung nicht gelungen war, genug Stimmvieh für ihr "mehrheitsbildendes" Manöver zusammenzutrommeln. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, und die Clubsekretäre konnten über ihre Konzeption und die praktische Jugendarbeit berichten.

Ziel ihrer Arbeit ist die Unterstützung der demokratischen Bewegungen in der Arbeiterklasse und im Volk, der Vertretung der Interessen der Arbeiterjugendlichen in Ausbildung, Betrieb und Gewerkschaft, der Kämpfe in den Stadtteilen für soziale Einrichtungen, und der Solidarität mit den Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker. Die Berichte der beiden Clubsekretäre wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die SPD-Führer wurden aus der Versammlung heraus aufgefordert, zu der Konzeption und der praktischen Arbeit der Clubsekretäre Stellung zu nehmen, ihre Ablehnung zu begründen und konkrete Alternativen vorzuschlagen. Die SPD-Führer hatten der Arbeit und den Vorschlägen von Conny Rohloff und Herbert Müller inhaltlich nichts entgegenzusetzen: statt die überprüfbare **Tätigkeit** der Clubsekretäre zu diskutieren, wollten sie weiterhin ihre Vermutungen über deren **Gesinnung** breittreten. Die SPD-Führung sah ihre Felle davonschwimmen, als die Versammlung sich nicht auf ihre Demagogie einließ, und schickte los, um weitere SPD-Mitglieder herbeizuholen und die entscheidende Abstimmung doch noch zu gewinnen. Als sich dieses lumpige Manöver auf der Versammlung herumsprach, wurde der Antrag gestellt, die Anwesenheitsliste der abstimmungsberechtigten Vereinsmitglieder zu schließen; nur diejenigen Mitglieder des Vereins Jugendzentrum sollten über Weiterbeschäftigung oder Entlassung der Clubsekretäre abstimmen, die den Bericht der Clubsekretäre und des Vereinsvorstandes gehört und die schon über zweistündige inhaltliche Debatte mitverfolgt hatten. Die Versammlung nahm diesen Antrag mit großer Mehrheit (112:72) an und zeigte damit, daß die Anwesenden nicht bereit waren, sich zum Objekt der SPD-Taktik machen zu lassen. Die SPD-Führer verließen daraufhin mit einem Häufchen Anhang die Versammlung und erklärten, alle weiteren Beschlüsse seien "illegal". Nicht wenige SPD-Mitglieder aber, die herbeizitiert worden waren, blieben da und verfolgten mit Interesse und Sympathie die weitere Diskussion.

Mit überwältigender Mehrheit nahm die Mitgliederversammlung den Bericht des Vorstandes und der Hauptamtlichen an und beschloß, sowohl gegen den Vertragsbruch des Magistrats gerichtlich vorzugehen, als auch die selbständige praktische Jugendarbeit unter Anleitung der Clubsekretäre weiter zu entfalten.

Nahezu einig mit der SPD war die DKP. Nach ihrem Vorschlag soll der Vorstand des Vereins Jugendzentrum nicht mehr auf der für alle Interessierten zugänglichen Mitgliederversammlung gewählt und dieser verantwortlich sein, sondern sich aus Vertretern von Jugendorganisationen (deren Förderungswürdigkeit vom Magistrat anerkannt sein muß!) zusammensetzen.

Die Mitgliederversammlung vom 28. Juni hat diesen Spaltungsversuch durchschaut und zurückgewiesen. Aufgegriffen wurde der DKP-Vorschlag aber freudig von der bürgerlichen Presse.

–Zelle Martinsviertel der OAG Darmstadt des KBW–

BERICHTIGUNG

In Nr.13 stand auf Seite 8, Spalte 3: "Nur durch eigene Kandidatur kann auch der einzig unmittelbare Zweck . . . n i c h t erreicht werden." Das "nicht" ist ein Satzfehler.



Darmstadt. Das Jugendhaus Martinsviertel wird zerstört. Auf Geheiß des Darmstädter Magistrats begann am Freitag, 5. Juli, eine Abbruchfirma mit dem Abriß des leerstehenden Gebäudes, für dessen Erhaltung als Jugendhaus über 4 000 Darmstädter Bürger ihre Unterschrift gegeben haben. Der Magistrat nutzt die Ferienzeit und das "Heinerfest", die traditionelle Darmstädter Messe, um das Jugendhaus möglichst schnell und ohne Aufsehen dem Erdboden gleich zu machen. Während der Magistrat dieses Jugendhaus zerstören läßt, verweigert er gleichzeitig die Eröffnung der immer wieder als Ersatz versprochenen Oetinger-Villa in Selbstverwaltung der Jugendlichen. (siehe Bericht)

Erfolgreiche Unterschriftensammlung zur Wahl

In der Woche vom 19. Juni bis 26. Juni führte der Kommunistische Bund Westdeutschland zusammen mit örtlichen Organisationen, die unsere Kandidatur unterstützen, die Unterschriftensammlung durch, die für die Zulassung der Kandidatur für die Landtagswahlen in Hessen notwendig ist. Durch seine Wahlgesetzgebung schreibt der bürgerliche Staat 1 000 Unterschriften für die Landesliste vor und je 50 für jeden Direktkandidaten. Dazu kommt die Ansässigkeitsklausel: Nur wer im Wahlkreis des Direktkandidaten gemeldet ist, kann ihn durch seine Unterschrift unterstützen.

Diese Klausel schließt von vornherein Arbeiter oder Angestellte aus, die Revolutionäre unterstützen wollen, die sie vom Arbeitsplatz her kennen und beurteilen können, wenn sie von außerhalb her in die Fabrik pendeln müssen.

All solche Beschränkungen – es gibt noch viele mehr – machen eine so einfache und elementar demokratische Sache wie die Wahl höchst kompliziert. Zusammen mit der 5 %-Klausel und dem juristisch jederzeit möglichen Verbot revolutionärer Organisationen dienen sie dazu, das bürgerliche Parlament abzusichern für die politischen Parteien der Bourgeoisie.

Wir sind mit der Absicht in diese Unterschriftensammlung gegangen, sie zu nutzen für die Gewinnung der Menschen für das kommunistische Programm und die Unterstützung unserer Kandidatur. In dieser Woche haben wir zirka 4 300 Unterschriften für die Landesliste gesammelt und dies verbunden mit dem Verkauf der KVZ und unseres Programms. Beim Unterschriftensammeln wurden in Wiesbaden 450 KVZ und 36 Programme, in Gießen 650 KVZ und 80 Programme verkauft. Gleichzeitig oder kurz darauf wurden die Sammlungen für die Kreiskandidaten des KBW durchgeführt und – soweit die Ergebnisse vorliegen – überall zumindest die notwendigen 50 Unterschriften erreicht.

Die Unterschriftensammlung ist nicht leicht von der Hand gegangen. Umfassend standen die politischen und sozialen Verhältnisse in diesem Land zur Debatte und unsere Genossen sind genau gefragt worden nach den Forderungen und Zielsetzungen der Kommunisten. Viele Menschen haben unterschrieben, aber nicht wenige haben gesagt, daß sie zuerst unser Programm und unsere Zeitung, die Kommunistische Volkszeitung, lesen und prüfen wollen. Man sieht, die Massen prüfen die Worte und Taten eines jeden genau, denn sie haben Erfahrungen mit den Sprüchen der bürgerlichen Politiker und sind mißtrauisch. Wenn die Unterschriftensammlung richtig, nämlich mit Argumenten und der Bereitschaft zum Zuhören und Lernen, angegangen wurde, konnten die Genossen gute Ergebnisse erzielen. Zum Beispiel hat die Stadtteil-Aufbauzelle in Frankfurt-Heddernheim zahlreiche Hausbesuche durchgeführt und hat, obwohl sie erst seit kurzem besteht, im Wahlkreis 38 bis zum 3.7. 62 Unterschriften unter die Direktkandidatenliste gesammelt, 88 KVZ verkauft und etliche Programme.

Diese Unterschriftensammlung war der erste öffentliche Schritt im Wahlkampf und hat gezeigt, daß wir die Beteiligung an den Landtagswahlen gut nutzen können, um viele Menschen mit unseren Auffassungen bekanntzumachen und zu gewinnen. Für manche Gruppen war diese Unterschriftensammlung der erste Schritt, in die öffentliche Auseinandersetzung einzugreifen und neue Felder der Tätigkeit der Kommunisten zu erschließen.

Deshalb sind dann auch Schwächen und Fehler offen aufgetreten. So wurden teilweise die Unterschriften gesammelt mit dem Argument: "Auch die Kommunisten sollen sich an den Wahlen beteiligen". Das ist natürlich nicht der Kern unserer Absicht, denn für uns ist die Wahlbeteiligung kein Selbstzweck. Uns kommt es nicht darauf an, mit den bürgerlichen Parteien in den Wahlen konkurrieren zu können, sondern uns kommt es darauf an, auch auf diesem Gebiet den bürgerlichen Parteien entgegenzutreten, den Klassencharakter ihrer Politik herauszuarbeiten und zu enthüllen und die Menschen für die revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu gewinnen.

Nur so kann auch dem Argument begegnet werden, daß jede Stimme, die bei der Wahl am 27. Oktober dem Kommunistischen Bund Westdeutschland gegeben wird, "verloren" sei da er diesmal nicht ins Parlament komme. Die Stimme verloren **für wen?** – das ist die Frage. Jeder weiß, daß die bürgerlichen Politiker diejenigen Stimmen, die auf die Kommunisten entfallen, mit der Goldwaage wiegen werden. Nicht nur deshalb, weil bei knappen Wahlergebnissen der Stimmanteil der Kommunisten leicht etwas ausmachen kann, sondern vor allem deshalb, weil sie sehr genau die Stimmen zählen müssen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung erheben. Sie haben große Furcht davor, daß sich ausgebeutete Arbeiter und unterdrückte Menschen unter eigenen und selbständigen Zielen zusammenschließen und als politische Partei allen Parteien der herrschenden Klasse unabhängig und feindlich gegenüberstehen.

Friedrich Engels hat schon vor 90 Jahren gesagt, daß die Wahlen zum bürgerlichen Parlament ein Gradmesser der politischen Reife der Arbeiterklasse sind. Daran hat sich nichts geändert. Die Kommunisten beteiligen sich an den Wahlen, um die revolutionären Kräfte zu sammeln und ihren Einfluß zu prüfen. Die bürgerlichen Politiker blicken auf diesen Gradmesser und wissen, auch wenn er insgesamt niedrig ist, aber wächst, dann stehen für sie schlechte Zeiten bevor. Von "verloren" kann auch insofern keine Rede sein, als man sehen wird, daß eine steigende Stimmenzahl für das revolutionäre Programm den Volksunterdrückern im bürgerlichen Staatsapparat zu denken geben wird. Deshalb ist, auch wenn es für den Einzug ins Parlament nicht reicht, jede Stimme für das revolutionäre Programm und gegen Ausbeutung und Unterdrückung viel wert und wiegt schwer. Jede Stimme aber für die bürgerlichen Parteien ist in den Wind geworfen. **–H.J.Hager–**

Zweierlei 40Std. Woche

REGIERUNGSSPRECHER BESCHIMPFT BESCHÄFTIGTE

In der Frankfurter Rundschau war am 26.6.74 unter "Aufgespießt" ein Ausspruch gegen die Kollegen im öffentlichen Dienst von dem Ministerialdirigent Miegel, Regierungssprecher in der hessischen Staatskanzlei, abgedruckt: "Am besten wäre es, wenn im öffentlichen Dienst wirklich 40 Stunden gearbeitet würde." Dazu erreichten uns mehrere Zuschriften. R.R., Fernmeldehandwerker beim Fernmeldeamt Wiesbaden schreibt u. a.:

Das kann nur eine Aussage eines Ministerialdirigenten sein. Er nimmt seine wöchentliche Arbeitszeit zur Grundlage und schließt daraus, daß das bei allen Kollegen im öffentlichen Dienst so sein müßte. Bei mir in der Vermittlungsstelle sieht das ganz anders aus. Die technischen Anlagen werden immer weiter ausgebaut. Der Personalbestand ist aber in den letzten zwei Jahren verringert worden. Dadurch ist aus der einzelnen Arbeitskraft mehr herausgepreßt worden. Eine noch größere Arbeitsintensität wird für uns die 40 Stundenwoche bringen. Was wir bisher in 42 Stunden gearbeitet haben, werden wir in Zukunft in 40 Stunden schaffen müssen."

G.M., Wiesbaden:

"Ich arbeite als Schreibkraft bei den Wiesbadener Stadtwerken und für uns Schreibkräfte wird sich die Arbeitszeitverkürzung so auswirken, daß wir anstatt in 42 in 40 Stunden unsere Arbeit erledigen müssen und wenn wir dies nicht schaffen, müssen wir Überstunden machen, die noch nicht einmal vergütet werden."

Aussen hui - Innen pfui

MISSTÄNDE AN HESSENS NEUESTEN KRANKENHAUS

Wetzlar. Das mit einem Kostenaufwand von 70 Mio DM erbaute Schwerpunktkrankenhaus steht zur Hälfte wegen Personalmangels leer. Je mehr Stationen eröffnet werden, umso größer wird der Arbeitsdruck für das Personal. Der folgende Leserbrief schildert die Zustände an "einem der modernsten Krankenhäuser Hessens und der BRD" aus der Sicht des Patienten.

Das neue Wetzlarer Krankenhaus ist ja als eines der modernsten Krankenhäuser Europas angekündigt worden. Wer einmal als Patient oder Besucher da war, fragt sich, wie es dann erst in den anderen Krankenhäusern aussehen mag. Ich war kürzlich für 10 Tage da, um mich einer Operation zu unterziehen.

Als ich hinkam, war ich erstmal von dem riesigen Gebäude und der wirklich protzigen Eingangshalle beeindruckt. Ledersessel, Teppichböden – man glaubt, man sei im Hilton-Hotel gelandet.

Bei der Ambulanz geht's dann aber los. Obwohl ich angemeldet war, konnte ich nur mit Schwierigkeiten ein Bett bekommen. "Die sind hier sehr knapp", sagte man mir und das bei 700 Betten. Hinterher erfuhr ich, daß nur 300 bis 400 Betten belegt sind wegen des Personalmangels. Als ich dann in mein Zimmer kam, war ich sehr enttäuscht. Erst die riesige Empfangshalle und dann diesen kleinen "Verschlag". Die Zimmer sind wirklich unheimlich beengt, vor allem bei 3 Betten und das ist so üblich bei einfachen Kassenpatienten (Privatpatienten haben natürlich 1-Bett-Zimmer). Sie sind auch sehr steril eingerichtet, alles weiß und ganze 3 Stühle stehen für Besucher und Patienten zur Verfügung. Der Fernseher macht das ganze auch nicht viel angenehmer. Einen Aufenthaltsraum pro Stockwerk gibt es auch noch, der hat 6 Sitzgelegenheiten bei 120 Betten! Wenn Besucher kommen, ist es kaum auszuhalten, vor allem sontags. Aber die Besuchszeit ist so ungünstig geregelt – jeden Tag außer Montag von 14 bis 15 Uhr, dienstags und freitags von 18 bis 18.30 Uhr, sonntags 14 bis 16 Uhr, so daß viele Berufstätige nur sonntags kommen können.

Das Personal ist kaum besser dran als die Patienten. Es ist ständig auf Trab und für ein Gespräch mit dem Kranken ist kaum Zeit, denn es herrscht starker Personalmangel. Auf meiner Station kamen auf ca. 25 Patienten 3 Kräfte und die waren nur teilweise ausgebildet (z.T. Schwesternschülerinnen oder Hilfskräfte), medizinisch gesehen bestimmt nicht ungefährlich! Zu den Ärzten ist der Kontakt noch schlechter. Die sieht man zweimal am Tag zur Visite, die ca. 1 Minute dauert. Der Arzt kommt herein und fragt nach dem Zustand des Patienten. Geht es gut, ist es erfreulich; geht es schlecht, ist das halt normal nach einer Operation. Dann geht es weiter ins nächste Zimmer. Die Ärzte werden von den Patienten oft als "weiße Halbgötter" bezeichnet, weil sie unnahbar sind und keine klaren Auskünfte ausgeben.

Vor der Operation wird einem ein Zettel zur Unterschrift vorgelegt, mit dem man sein Einverständnis zur Operation geben soll. Auf dem Zettel steht auch, daß man über die Art der Behandlung und eventuelle Risiken informiert sei, wovon natürlich keine Rede sein kann! Aber man unterschreibt halt, weil man sich so hilflos fühlt und von den Spritzen ziemlich benommen ist.

Wenn man diese Zustände als Kassenpatient erlebt, fragt man sich echt, wo die unverschämt hohen Krankenkassenbeiträge eigentlich hinwandern und was mit den Steuergeldern passiert, deren Löwenanteil ja die Lohnabhängigen zahlen! Von der berühmten "höheren Lebensqualität", die uns die SPD immer versprich, und die wir sowieso selbst bezahlen müssen, ist jedenfalls im Wetzlarer Krankenhaus nichts zu merken. Das sollte kein Patient oder Besucher vergessen, wenn die SPD im Herbst bei der Landtagswahl dıs neue Wetzlarer Krankenhaus zu einem ihrer Wahlschlager machen will.

K.U., Wetzlar

»Wenn das Kind krank wird; muss ich lügen«

ERFAHRUNGEN MIT EINEM REFORMGESETZ DER SPD-REGIERUNG

Anfang des Jahres trat ein Gesetz in Kraft, das den Lohnabhängigen eine bessere Versorgung und Betreuung ihrer erkrankten Kinder ermöglichen soll. Nach diesem Gesetz hat jeder berufstätige Elternteil für jedes Kind bis zum vollendeten achten Lebensjahr Anspruch auf bis zu fünf Tagen Arbeitsbefreiung im Jahr, um erkrankte Kinder zu betreuen. Dieser Anspruch gilt, wenn im Haushalt niemand anders die Pflege übernehmen kann. Der Lohnausfall wird in Form von Krankengeld von der Krankenkasse übernommen.
Von der Gewerkschaftsführung wird das Gesetz als ein Stück Reformwerk der SPD–FDP-Koalition gepriesen. Die Kollegin K. hat ihre Erfahrungen damit gemacht. Hier ein Bericht darüber:

Kollegin K. ist Akkordarbeiterin, alleinstehend, und hat ein Kind. Für das Mädchen hat sie glücklicherweise einen Kindergartenplatz erhalten. Dort hat es sich mit Windpocken infiziert. Es muß daheim bleiben, und die Kollegin ist gezwungen, ihr Kind dort zu betreuen. Als alleinstehende Arbeiterin mit einem Kind hat sie laut Gesetz einen Anspruch auf fünf Tage Arbeitsbefreiung. Zwei mußte sie schon nehmen. Es bleiben ihr also noch drei Tage. Windpocken dauern aber an die zwei Wochen.

Was soll die Kollegin machen? Der Arzt rät ihr, sich um eine Betreuung zu bemühen. Die Kollegin erkundigt sich bei der Krankenkasse. Dort erfährt sie, daß die Krankenkasse zwar Betreuer bezahlt, wegen des Personalmangels aber niemand zur Verfügung steht. Daraufhin ruft die Kollegin beim Jugendamt an. Sie erhält die Auskunft, daß man ihr ebenfalls nicht helfen kann. An einen Verband möge sie sich wenden. Auch dies macht die Kollegin. Doch auch beim Paritätischen Wohlfahrtsverband ist das vorhandene Personal voll ausgelastet, und bei der Ehe- und Jugendberatungsstelle kann man ihr ebensowenig helfen. Überall zu wenig Pflege- und Betreuungskräfte!

Als Ausweg aus dieser Situation wird der Kollegin geraten, eine Nachbarin zur Betreuung zu finden. In diesem Fall würde die Krankenkasse die Hälfte des Pflegesatzes von über 50 DM am Tag zahlen, alles andere müßte die Kollegin selbst aufbringen. Das wären pro Tag über 25 DM Extraausgaben für die Kollegin! Was für eine ungeheure Belastung, wenn man von 950 DM im Monat leben muß. Aber selbst dies ist nicht möglich, weil in dem Viertel fast alle Frauen berufstätig sind.

Die Kollegin ist verzweifelt. Um Urlaubs- oder Lohneinbußen zu vermeiden, sieht sie nur noch die Möglichkeit, sich krankschreiben zu lassen. Eine Nachbarin hilft ihr und ruft beim Arzt an, daß die Kollegin K. erkrankt sei. Der Arzt schreibt eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung aus, und die Kollegin kann zur Betreuung ihres kranken Kindes zu Hause bleiben. "Wenn das Kind krank wird, muß ich lügen!", sagt die Kollegin empört.

Die Forderung des KBW nach zusätzlichem bezahltem Urlaub für einen Elternteil für die gesamte Dauer der Krankheit ihrer Kinder ist die einzig richtige und konsequente Forderung zu dieser Frage!

–K., B., Oldenburg–

Kirche und Kindergarten

"DIE ARMEN MENSCHEN IN CHINA UND RUSSLAND DÜRFEN NICHT BETEN"

Freiburg. Bei uns gibt es fast nur kirchliche Kindergärten. Die Erziehung sieht so aus, daß sie entweder ziemlich leistungsorientiert ist, daß den Kindern Mengenlehre und Ähnliches beigebracht wird. Die Kinder haben zwar dann vielleicht ein größeres Schulwissen, das hilft ihnen aber nicht gerade dazu, selbständiger und glücklicher zu werden, weil es für sie viel wichtiger wäre, zu lernen, wie man mit der Umwelt fertig wird. Auf der anderen Seite ist die Erziehung noch ungefähr so, wie sie vor 50 bis 100 Jahren war. Ich will mal einige Beispiele rausgreifen: Dann werden völlig veraltete Singspiele gebraucht: "Blauer, blauer Fingerhut, steht der Jungfrau ja so gut. Jungfrau, du sollst stille stehn und dich dreimal rundum drehn . . ."

In dem Kindergarten meiner Kollegin, der auf dem Lande ist, werden alle Kinder von der Leiterin täglich um 10 Uhr eingesammelt zu einer "Andachtsrunde". Da wird ein Gebetbuch gezückt und ein Gebet verlesen. Dazu wird gesagt: "Viele Menschen in allen Ländern beten heute auch dieses Gebet! Nur die armen Menschen in China und Rußland dürfen das nicht, dort ist es nämlich verboten! Diese Menschen machen das heimlich."
Dann wird noch ein Kirchenlied gesungen, dessen Text die Kinder meistens nicht verstehen. Einem vierjährigen Jungen wurde das zu langweilig und er fragte: "Ist das denn noch nicht fertig? Mir wird's zu langweilig!" – Daraufhin wurde er von der Leiterin getadelt: So jung und schon so böse.

Da es hier kaum staatliche Kindergärten gibt, sind viele Eltern gezwungen, ihre Kinder religiös erziehen zu lassen, ob sie es wollen oder nicht. Die Kindergärten erhöhen jetzt ihre Beiträge von 45 auf 60 DM. Grund: Die freien Träger (Kirchen und Wohlfahrtsverbände) hätten zuwenig Geld. Viele Leute, sogar christliche Kolleginnen, finden, daß es höchste Zeit wird, daß Kirche und Staat getrennt werden. Wenn die Erziehung besser werden soll, müssen die Eltern aber Einfluß nehmen, dann sähe vieles anders aus.
Ich finde, wir Kindergärtnerinnen sollten öfters zu den Eltern gehen und gemeinsam beraten, wie man die Situation verbessern kann, wie man sich gegenseitig unterstützen kann. Leider ist es im Moment noch häufig so, daß die Eltern nur besucht werden, wenn das Kind große Schwierigkeiten macht, und dann spricht meistens nur die Leiterin mit den Eltern. Das trägt auch dazu bei, die Kindergärtnerin von der Bevölkerung abzusondern, damit sie nicht auf die Idee kommt, daß sie mit den Eltern tausendmal mehr gemeinsame Interessen hat als mit dem Diakonieverein oder mit der Caritas.
Wir im Kindergarten machen regelmäßige Elternbesuche und besuchen zum Beispiel auch die Kinder, wenn sie krank sind, und besprechen mit den Eltern, was man anders und besser machen könnte.

–M.G., D.B., Freiburg–



Dörnigheim / Kreis Hanau. Die Jugendlichen demonstrieren gegen den Versuch der Kirche, das Jugendzentrum aufzulösen. Der hauptamtliche fortschrittliche Mitarbeiter Katarski ist vor kurzem entlassen worden.
Die Jugendlichen demonstrierten zum Tagungsort des Kirchenvorstandes, wo der Rausschmiß von Katarski beschlossen werden sollte, und sprengten die Sitzung. Der Kirchenvorstand versucht, das Jugendzentrum wieder unter seine Fuchtel zu bekommen.

Klausuren boykottiert

Heidelberg. Am Freitag, dem 5.Juli, haben die ca. 2670 Teilnehmer des Physiologie-Praktikums an der Medizinischen Fakultät Heidelberg den ersten Termin der geplanten Abschlußklausur erfolgreich boykottiert.

Die Studenten lassen es sich nicht mehr länger bieten, daß sie durch Einführung von immer neuen Klausuren gezwungen werden sollen, die Mängel ihrer Ausbildung durch eine sinnlose Paukerei zu Hause auszubaden. Gegen diese angestaute Empörung kam der Praktikumsleiter Ruegg auch mit der Androhung von Strafanzeigen und der Verweigerung der Praktikumsscheine, die Voraussetzung zur Anmeldung der Studenten zur ärztlichen Vorprüfung am 20. Juli sind, nicht mehr an. Die Studenten quittierten seine Drohungen mit Gelächter und Pfiffen. In einer Resolution des Aktionsrates Physiologie, die von zahlreichen politischen Organisationen, dem AStA der Universität Heidelberg und der Landesfachschaftskonferenz Medizin unterzeichnet wurde, wird hervorgehoben, daß "dieser Klausurboykott von großer Bedeutung für das weitere Vorgehen der Studenten gegen die geplante Durchsetzung der neuen Approbationsordnung für Ärzte" ist. Jetzt wird der Kampf für die sofortige Vergabe der Praktikumsscheine und die Zurücknahme der Strafandrohungen entwickelt.

KHG-Zelle Medizin Heidelberg

STUDENTENWERKE

In Selbstverwaltung!

Köln. In den letzten Wochen gab es unter den Studenten an den Fach- und Gesamthochschulen eine breite Bewegung. Wie schon im letzten Semester in Hessen, so hat jetzt auch das Landesparlament Nordrhein-Westfalens mit der Verabschiedung des "Studentenwerkgesetzes" die Sozialeinrichtungen der Studenten (Mensen, Wohnheime, Kinderhorte etc.) unter die Kontrolle des Staates gebracht. Bisher hatten die Studenten diese Einrichtungen in relativer Selbstverwaltung betrieben.
Die SPD/FDP-Landesregierung tat das mit der Begründung, es würde dadurch "wirtschaftlicher" gearbeitet. Was für die Regierung "größere Wirtschaftlichkeit" heißt, brachte den Studenten eine stärkere Verschlechterung ihres Lebensniveaus. Erhöhung der Mensapreise, der Mieten in den staatlichen Wohnheimen, Schließung von Kindergärten. Zusätzlich muß erstmalig ein Sozialbeitrag von den Studenten der Fach- und Gesamthochschulen entrichtet werden. Entscheidend schließlich ist, daß der Staat über die Studentenwerke die Ausbildungsförderung direkt kontrolliert und die Studenten jederzeit erpressen kann.
Dagegen protestierten die Studenten und beschlossen an fast allen Fach- und Gesamthochschulen Nordrhein-Westfalens, in Urabstimmungen und Vollversammlungen diesen Betrag nicht zu zahlen und den Boykott zu organisieren. An der Fachhochschule beteiligten sich ca. 40 % der Studenten an dieser Urabstimmung und sprachen sich zu 87 % für diesen Schritt aus. Auf ihrer Vollversammlung stellten sie den Maßnahmen des Staates ihre Forderung nach einem einheitlichen, selbstverwalteten Studentenwerk entgegen und forderten die Finanzierung durch den Staat. Im kommenden Semester soll dieser Kampf an allen Hochschulen Nordrhein-Westfalens entwickelt werden.

R.c.L., KHG Köln/Red.

Angriffe auf KVZ-Verkäufer

Karlsruhe. Am Samstag, den 29.Juni, mittags um 13 Uhr verkaufte ich in Karlsruhe vor dem Kaufhaus Schneider die KVZ. Ich rief sie aus und zitierte aus dem Inhalt. Zwei junge Männer blieben stehen und fingen an, über die Kommunisten zu schimpfen. Kurz darauf kam der eine näher, ein Hüne, und schimpfte, daß ich die KVZ verkaufe. Er wollte die KVZ und ich sagte, daß sie 50 Pfennig kostet. Er brummte etwas von umsonst und riß darauf eine Ecke ab. Es blieben schon einige Leute stehen. Kurz darauf zerriß er die ganze Zeitung vor den Leuten. Er meinte nun, ich solle jetzt verschwinden, wenn nicht, würde ich Prügel beziehen. Er trieb mich langsam durch die Menge und schlug auf mich ein, ich wehrte mich und bald ließ er von mir ab. Darauf erklärte ich den bis zu 40 Umstehenden, was soeben geschehen war und daß sich ein kommunistischer Arbeiter nicht das Recht nehmen läßt, die KVZ öffentlich zu verkaufen und auszurufen. Es kam zu Diskussionen über die DDR, und mitten hinein platzten wieder die beiden Antikommunisten. Diesmal stellte sich dem Hünen ein Passant in den Weg, und die Leute meinten, die beiden sollten doch Ruhe geben. Plötzlich sprang der kleinere der beiden Rowdies auf mich zu und verpaßte mir ein Ding an die Schläfe, daß ich blutete. Er verwischte mich nicht voll, und ich kam noch einmal davon. Von Kollegen, die zufällig vorbeikamen, wurde ich zum Krankenhaus gebracht, wo die Platzwunde genäht werden mußte. Später erfuhr ich, daß die beiden Rowdies von einigen Umstehenden nach Strich und Faden verschlagen wurden. So regelten die Massen selbst die Auseinandersetzung.

J.Karlsruhe

Karlsruhe. Am Freitag, 14.6., verkauften wir in Karlsruhe, Gottesauer Platz, die KVZ. Als eine Frau gerade eine Zeitung kaufte, kam ein Polizist und wollte die Verkaufserlaubnis für die KVZ sehen. Ich sagte ihm, ich bräuchte keine, da die KVZ ohne Gewinn verkauft würde. Dann wollte er mich, zur Feststellung der Personalien, mit auf die Wache nehmen, nahm dann aber zuerst die Adresse der Käuferin auf.
Sie sagte, er könne die Adresse haben, es wäre schließlich nicht verboten, die Zeitung zu kaufen. Der andere Genosse, der mit mir die KVZ verkaufte, kam her und kaufte eine Zeitung. Er fragte dann den Polizisten, ob er auch seine Anschrift wolle. Der Polizist meinte, eine Adresse reiche ihm. Als wir Name und Dienstnummer wissen wollten, weigerte er sich, sie zu sagen. Dann mußte ich mit auf die Wache, wo er meine Personalien aufnahm. Mit dem Hinweis, sie würden jetzt immer kontrolliert, wurde ich entlassen.

–W.M., Karlsruhe–

POST WILL RENTNER AUSNEHMEN

Beim Verkauf der KVZ in Mannheim-Waldhof berichtete mir eine Rentnerin: Sie bekommt nach dem Tode ihres Mannes eine äußerst geringe Rente. Sie wollte daher die Kosten für die Telefongrundgebühr sparen und ging zur Post, um einen Antrag auf Befreiung von der Grundgebühr zu stellen. Dazu muß sie das Telefon von dem Namen ihres Mannes auf ihren Namen umschreiben lassen. Auf der Post wurde ihr erklärt, daß das Umschreiben DM 50 kostet. Wer kaum genug zum Leben hat, kann diese DM 50 nicht so einfach bezahlen. Der Post ist das egal. Sie holt aus den einfachen Postkunden heraus, wie es nur geht.

Neckermann, Quelle und andere Versandhäuser bekommen dagegen ihre Post so billig befördert, daß ihnen die Post jeden Tag eine Million DM dabei in den Rachen schmeißt.

Mannesmann -Bahnhof

In Duisburg erregte vor zwei Wochen folgendes Ereignis die Empörung der Bevölkerung: Es wurde bekannt, daß zwei fix und fertige Stadtbahn-Bahnhöfe, die Zentrum eines geplanten neuen Stadtteils sein sollten, für die Katz gebaut worden sind. Fünf Jahre Bautätigkeit von etlichen tausend Arbeitern und 20 Millionen Steuergelder, die den Werktätigen abgepreßt wurden, sind damit wertlos.
Die Ursache: Vor fünf Jahren hatte Mannesmann bekanntgegeben, 6 000 Werkswohnungen zu brauchen, weil er sein Werk in Duisburg ausdehnen wolle. Mit dieser Zusicherung im Rücken hatte die Stadt unmittelbar mit Planung und Bau eines völlig neuen Stadtteils begonnen.
Die Entwicklung der Wirtschaftskrise in Westdeutschland hat Mannesmann offensichtlich dazu gezwungen, seinen Plan aufzugeben: keine Ausdehnung in Duisburg, keine 6 000 Wohnungen, kein neuer Stadtteil, 20 Millionen für die Katz, weil die Kapitalisten ihre Profit woanders besser machen können.

–hd, ul,
Kommunistisches Kollektiv
Bochum–

Gesinnungsjustiz

Kiel. Vom Kieler Landgericht wurden am 5. Juli 2 Studenten zu 4 Monaten und 8 Studenten zu 3 Monaten Haft verurteilt. Die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt auf 3 Jahre.
Verurteilt wurden die Studenten wegen angeblicher "Verfassungsfeindlichkeit". So sah in der Urteilsbegründung das Gericht die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit durch ihr Verhalten verletzt.

Die Studenten hatten an Protestaktionen gegen eine Veranstaltung mit dem früheren Hamburger Bürgermeister Weichmann in der Kieler Universität teilgenommen. Die Veranstaltung war eine Propagandaveranstaltung der Reaktionäre an der Kieler Universität und diente allein dem Zweck, gegen fortschrittliche Studenten und Kommunisten zu hetzen. Die verschärfte Disziplinierung der Studenten an der Kieler Universität sollte damit vorbereitet werden.
Auf der Veranstaltung stimmten jedoch 1 200 der 1 500 Anwesenden dafür, die Veranstalter zur Rechenschaft zu ziehen. Die Veranstalter aber hielten sich nicht an das eindeutige Abstimmungsergebnis, sie ließen keine Diskussion zu und wollten ihre Hetzveranstaltung durchziehen. Es gab daraufhin Gerangel um das Mikrofon.
Das Gericht machte aus der ganzen Sache einen Schauprozeß, der von vornherein als Kommunistenprozeß angelegt war. Zeugen zum Beispiel, die klar beweisen konnten, daß Weichmann die Rangeleien provoziert hatte, wurden für unglaubwürdig erklärt. Gegen diese Klassenjustiz entwickelte sich in Kiel eine breite Bewegung. Dadurch wurde unter anderem verhindert, daß ein Haftbefehl gegen die Angeklagten aufrechterhalten wurde.

Maulkorburteil

Hamburg. Am 26.Juni wurde vom Oberverwaltungsgericht Hamburg auf Betreiben zweier erzreaktionärer Studenten folgendes Urteil gefällt: "Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Universität Hamburg muß aus seinem Dachverband, dem VDS, mit sofortiger Wirkung austreten, darf in den Organen des VDS nicht mehr mitwirken und weder Mitgliedsbeiträge an ihn abführen noch ihn mit sonstigen Geld- oder Sachmitteln unterstützen."
Begründet wird das Urteil damit, daß bereits 1971 dem AStA der Universität Hamburg das politische Mandat per Gerichtsurteil abgesprochen worden ist, dieser aber seitdem über die Mitgliedschaft im VDS das politische Mandat der Studentenschaft wahrnehme. Weiterhin sehe das Hamburger Universitätsgesetz kein politisches Mandat vor und auch der Regierungsentwurf eines Hochschulrahmengesetzes spreche sich dagegen aus. Das Urteil wurde "im Namen des Volkes" gesprochen. Es entmündigt die Studentenschaft. Ein von den Studenten erkämpftes Recht soll abgeschafft werden.

K.L., SSG Hamburg

130 Lehrerreferendare nicht eingestellt

IN HAMBURG 600 BIS 700 LEHRER ZU WENIG

In Hamburg sollen im August 130 Lehrerreferendare nicht eingestellt werden. Die Schulbehörde teilte ihnen mit, daß nur Bewerber mit der Durchschnittsnote 2,5 eingestellt würden. Dies geschieht, obwohl die Schulbehörde weiß, daß wegen der vielen Schulanfänger im Herbst der Lehrermangel noch größer wird. Sogar die CDU klagte schon, daß es im Herbst 600 bis 700 Lehrer zu wenig geben würde. Gleichzeitig aber will der Senat weismachen, daß ihm die Ausbildung sehr am Herzen liegt:

- am 18.Juni wurde in der Bürgerschaft beschlossen, 50 ausländische Lehrkräfte aus Schweden und aus den USA nach Hamburg zu holen (natürlich für die Gymnasien)
- in Zukunft will der Senat Eltern an Schulen als Hilfslehrer ehrenamtlich einsetzen, d. h. ohne Bezahlung.

Nur davon, daß er mehr als 100 Bewerber für den Schuldienst mit fast abgeschlossener Ausbildung nicht einstellen will – davon sagt er nichts in der Öffentlichkeit.

Der Senat weiß, daß sein ohnehin schon geringes Ansehen in der Bevölkerung damit noch mehr sinken würden. Denn wem sollte eine solche Maßnahme einsichtig machen, wo doch selbst die bürgerlichen Zeitungen inzwischen nicht mehr vertuschen können, daß an den Schulen nicht alles zum besten steht. 28 % der Hauptschüler bleiben inzwischen schon ohne Schulabschluß und in Hamburg gibt es für 118 000 Schulabgänger 12 000 Lehrstellen. Da ist es dann klar, wenn die Ausbildung noch weiter verschlechtert wird, denn für Hilfsarbeiter wäre das ja rausgeschmissenes Geld.

Im Stadtteil Eimsbüttel haben wir damit angefangen, Unterschriften für die Einberufung einer Veranstaltung zu sammeln, zu der die abgewiesenen Referendare eingeladen werden. Dort soll über die Lage an den Eimsbüttler Schulen diskutiert und dann entschieden werden, wieviele Referendare man braucht. Wir werden die Forderung nach Einstellung dieser Referendare dann an den Senat stellen. Die Lehrer-Referendare sind auch aufgefordert, öffentliche Bewerbungsschreiben zu verfassen, über die dann auf Versammlungen an den Schulen diskutiert und entschieden werden kann.

Die Schulbehörde fürchtet den Widerstand der Bevölkerung sehr. Und sie hat auch allen Grund dazu. Auf dem Wochenmarkt in Eimsbüttel unterstützten sofort 68 Menschen mit ihrer Unterschrift die Einberufung einer Versammlung und bei Befragungen vor den Schulen und auf der Straße äußerten sich fast alle sehr empört. Die Behörde ging deshalb schon so weit, die Behandlung des Tagesordnungspunktes "Lehrermangel" und "Nichteinstellung von Referendaren" auf einem Elternabend zu verbieten – allerdings erfolglos. Wir werden dafür sorgen, daß das nicht ihre einzige Niederlage bleibt.

M.H. Stadtteilzelle Eimsbüttel



Mannheim. Beim Schülerstreik am Tulla-Gymnasium gelang es dem Direktor und seinen Helfern unter den Lehrern, die streikbereiten Schüler mit Ausschlußdrohungen und Klassenbucheinträgen so einzuschüchtern, daß nur ca. 60 Schüler aktiv am Streik teilnahmen. Am Samstag verringerte sich selbst diese Zahl, weil es nicht gelang, die Angst zu überwinden. Die 3 KSG-Schüler wurden vorläufig vom Direktor von der Schule geworfen. Die Demonstration am Samstag, dem 6.7. faßte den Kampf am Tulla-Gymnasium und auf der Vogelstang zusammen und bildete einen vorläufigen Abschluß.

Der größte Erfolg im Verlauf der verschiedenen Aktionen gegen die Disziplinierung von fortschrittlichen Lehrern und Schülern war eine Versammlung von 350 Eltern, Schülern und Lehrern. Diese Versammlung sandte eine Delegation zum Oberschulamt Karlsruhe, um Rechenschaft von der Behörde zu fordern über die geplanten Maßnahmen gegen den Lehrer Daum vom Tulla-Gymnasium. Ferner wurden in der Stadt fast 4 000 Informationsschriften über die politische Unterdrückung an Mannheimer Schulen verkauft, sowie 1 400 Unterschriften gesammelt. Inzwischen hat die Schulbehörde auch die Strafversetzung von einem Lehrerehepaar verfügt, das auf der Vogelstang unterrichtete. Dort hat sich eine breite Bewegung entwickelt unter den Eltern, die für den Verbleib der beiden Lehrer eintreten.

DISZIPLINIERUNGSVERSUCH DES OBERSCHULAMTS KARLSRUHE:

Brief zur politischen Unterdrückung

Den nebenstehenden Brief ließ das Oberschulamt Karlsruhe an alle Schulen im Regierungsbezirk, der u. a. die Städte Mannheim, Heidelberg, Baden-Baden, Pforzheim und Karlsruhe umfaßt, von den Lehrkräften unterzeichnen. Offensichtlich handelt es sich hierbei um eine Reaktion auf die offene Solidaritätsbewegung gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst, die sich insbesondere an der versuchten Disziplinierung des Lehrers Güde, der noch immer im Schuldienst ist, gezeigt hat. Aus diesem Anlaß haben über 500 Lehrer und 300 weitere Beschäftigte im öffentlichen Dienst ihre Solidarität mit dem Kampf gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst bekundet und daß sie sich ebenso verhalten würden, wie der Lehrer Güde. Insgesamt wurden 4 500 Unterschriften gesammelt. Ohne klar zu benennen, daß das der "gegebene Anlaß" war und daß das angeführte Zitat ein Zitat aus dem Programm des KBW ist, dessen Zentralorgan, die KVZ, der Lehrer Güde verkauft, versucht das Oberschulamt, die Bewegung gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst wieder einzudämmen.

Erschreckt stellt das Oberschulamt fest, daß sich nicht nur außenstehende Gruppen, sondern auch Teile von Kollegien gegen die Schnüffelei im öffentlichen Dienst aussprachen und ihre Solidarität den Betroffenen versicherten, und dies "zum Teil sogar in der Öffentlichkeit". Was das schwerste Verbrechen für einen Lehrer zu sein scheint, wenn er sich wegen der herrschenden Zustände in den Schulen an die Eltern wendet, deren Kinder er unterrichtet.

Da die Herren Schnüffler und Dienstvorgesetzten pflichtbeseelt wie sie nun einmal sind, keine Dienstpflichtverletzung zulassen können und andererseits merken, daß nur der Hinweis auf die Beamtenpflicht nicht mehr reicht, um die Beamten als willfährige Büttel des Staates zu halten, müssen sie sich über 3 Seiten auslassen, daß es nicht rechtens sei, wenn sich Lehrer zu einer politischen Organisation bekennen, welche die umfassende und direkte Demokratie für die arbeitenden Massen zu ihrer programmatischen Grundlage gemacht hat. Erkennen kann man aus diesem Erlaß die Taktik, die das Oberschulamt jetzt einschlägt. Gegenüber der Bewegung im öffentlichen Dienst muß es zurückweichen, wenn es eingesteht, daß sich Teile von Kollegien mit Resolutionen gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst wenden. Diesen Schritt zurück mußte es tun, aber nicht weil es seine Niederlage eingesteht, sondern um von dieser Position aus erneute Einschüchterungsmaßnahmen zu starten. Dieses Unterfangen wird in dem Maße erfolglos bleiben, wie jeder Lehrer das Anhörungsverfahren öffentlich macht und diejenigen, die ein Interesse daran haben zu erfahren, welche Lehrer die Kinder unterrichten, über diese Vorgänge informiert. Dann sieht sich der bürgerliche Staatsapparat nicht nur den Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegenübergestellt, sondern großen Teilen der Bevölkerung.

–db–

Oberschulamt Karlsruhe

75 Karlsruhe 1, den 25. Juni 1974

Nr. AV 5236/13

An die Staatlichen Schulämter,
" " Direktionen der öffentlichen Gymnasien,
" " Direktionen der beruflichen Schulen

Betr.: Politische Betätigung der Bediensteten des öffentlichen Dienstes

Aus gegebenem Anlaß teilt das Oberschulamt folgendes mit:

Nach § 64 Abs. 2 LBG muß sich ein Beamter durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten.

Das Gleiche gilt für Angestellte im öffentlichen Dienst (§ 8 BAT).

Bewerber für ein Beamtenverhältnis müssen die Gewähr bieten, daß sie jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten (§ 6 Abs. 1 Ziff 2 LBG).

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sind zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung insbesondere zu rechnen:

Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip, die Chancengleichheit für alle politischen Parteien, das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Darüber hinaus hat ein Beamter gemäß § 66 LBG bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben.

Im Zusammenhang mit der Prüfung verschiedener Vorkommnisse, die den oben erwähnten Bereich berühren, hat das Oberschulamt gegen mehrere Bedienstete u. a. pflichtgemäß Vorermittlungen gemäß § 24 LDO durchgeführt. Im Verlauf dieser Verfahren haben außenstehende Gruppen und Personen, aber auch Gruppen von Lehrkräften einiger Schulen "Resolutionen" verfaßt, in denen die "Solidarität" mit jenen Lehrkräften bekundet wurde, gegen die das Oberschulamt zu ermitteln hatte. Diese "Resolutionen" wurden zum Teil sogar der Öffentlichkeit übergeben.

Das Oberschulamt stellt zunächst fest, daß es nicht in sein Belieben gestellt ist, ob und wann es gegen Lehrkräfte gemäß § 24 LDO ermittelt. Dies hängt ausschließlich von den festgestellten Tatbeständen ab. Sind diese so gelagert, daß der Verdacht eines Dienstvergehens besteht, so ist das Oberschulamt zur Durchführung von Vorermittlungen verpflichtet. Eine Resolution, die dies beanstandet und die Unterlassung begehrt, fordert den Dienstvorgesetzten zu einer Dienstpflichtverletzung auf. Darüber hinaus muß nachdrücklich betont werden, daß diese Resolutionen meist entweder auf gar keinen oder auf einseitigen Informationen fußen und daher unkritisch und ungeprüft auch einseitige Positionen beziehen.

Abgesehen davon, daß sich das Oberschulamt in der Durchführung der Rechtsvorschriften durch "Resolutionen" nicht im geringsten beeinflussen lassen darf und auch nicht läßt, setzen sich alle Lehrer mit ihrer Unterschrift unter solche Resolutionen u. U. dem Verdacht aus, die oft rechtswidrigen Auffassungen, deretwegen ermittelt wird, zu teilen.

Als ein Beispiel für das bisher Ausgeführte wird bekanntgegeben:

Eine politische Organisation, die mit den obigen Vorkommnissen in Zusammenhang steht, hat in ihrer Gründungserklärung u. a. folgendes ausgeführt:

"Unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und ihre Ausübung in einer solchen Form, die es ihm ermöglicht, auf der Basis umfassender und direkter Demokratie für die arbeitenden Massen den Widerstand der Ausbeuter bei der Vollendung der sozialen Revolution zu brechen. Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen."

Mit Lehrern, die sich ausdrücklich zu diesem Programm bekennen, haben sich Teile von Kollegien in Resolutionen solidarisch erklärt.

Das Oberschulamt ist daher gehalten, im Wege der Anhörung dieser Lehrkräfte den Sachverhalt zu klären. Wenn dies auch zeitraubend ist und zusätzliche Verwaltungsarbeit verursacht, so muß doch prinzipiell davon ausgegangen werden, daß das Oberschulamt auch hier nach wie vor pflichtgemäßes Handeln vor den Verwaltungsaufwand setzen wird.

Die zur Anhörung bestellten Lehrkräfte müssen darüber hinaus davon ausgehen, daß die Anhörungsprotokolle Bestandteile ihrer Personalakten werden.

Dieser Erlaß ist allen Lehrkräften gegen Unterschrift zu eröffnen.

Dr. Unruh
Präsident

KIRCHE LÖST FACHHOCHSCHULE AUF

Heidelberg. Auf der Sitzung des Trägerverbandes der katholischen Fachhochschule für Sozialwesen und Religionspädagogik beim Deutschen Caritasverband Freiburg wurde am 17.5.74 beschlossen, den Fachbereich Heidelberg mit dem Schwerpunkt Sozialpsychiatrie aufzulösen. Begründet wurde diese Maßnahm, die die Liquidierung von 160 Studienplätzen bedeutet, mit zu hohen Kosten des Fachbereichs, dessen Rektor in Freiburg sein Amt hat. D. h. die politische Kontrolle über den Fachbereich ist nicht ausreichend im Sinne dieses Reaktionärs gewährleistet.

Um die Durchführung dieses Beschlußes zu verhindern, haben die Studenten einen zweitägigen Streik durchgeführt, der von der Mehrheit der Studenten getragen wurde, und die Öffentlichkeit über die Machenschaften der Kirchenfürsten informiert. Als vorläufiger Höhepunkt dieses nun schon lange andauernden Kampfes fand am 3.7. in Freiburg eine Demonstration statt, die mit einer Kundgebung vor dem Sitz des Verwaltungsrates der Fachhochschule endete. In den Redebeiträgen wurde der Auflösungsbeschluß nochmals als Willkürakt gekennzeichnet und in den Zusammenhang mit den allgemeinen Verschärfungen der Studienbedingungen im gesamten Ausbildungsbereich gestellt. Wie zu erwarten war, reagierte der Verwaltungsrat weder auf die öffentlich vorgebrachte Forderung, Rede und Antwort zu stehen, noch wurde eine Delegation in das Gebäude eingelassen, die über 3 000 gesammelten Unterschriften übergeben wollte. Stattdessen ließ der Caritasverband die anwesenden Studenten durch eigene Spitzel und zivile Polizei fotografieren.

A.H., Heidelberg

Christiane Huth darf nicht lehren

In der letzten KVZ stand ein Artikel: Christiane Huth wieder eingestellt. Jetzt bin ich vorläufig wieder draußen. Die einstweilige Verfügung, nach der ich seinerzeit wieder eingestellt werden mußte, ist jetzt in den Ferien vom Landesarbeitsgericht in zweiter Instanz wieder aufgehoben worden. Einen Tag vor Ferienbeginn teilte man mir mit, daß ich ab sofort suspendiert sei.

Die Schulbehörde hatte mich seit zirka einem Monat im Hausunterricht eingesetzt. Ich unterrichtete vier Schüler in verschiedenen Teilen Hamburgs zu Hause. Den Eltern war gesagt worden: Ihr Sohn hat bestimmte Schwierigkeiten, er bekommt eine **pädagogisch besonders gut ausgebildete** Lehrerin. Dann wurde ich hingeschickt, obwohl ich wegen angeblich **mangelnder Eignung** für den Schuldienst entlassen worden war.

Die vier Schüler, die ich unterrichtet habe, haben in der kurzen Zeit zum Teil sehr große Fortschritte gemacht. Sogar mein neuer Schulleiter hält mich für eine fähige Lehrerin, ganz abgesehen von den Eltern und Schülern. Wie in meiner H 7 in der Schule Bismarckstraße stehen auch jetzt die Eltern und Schüler hinter mir, und zwar geschlossen. Sie tun das zum Teil auch gerade deshalb, weil sie selber schlimme Erfahrungen mit der Schulbehörde gemacht haben.

Der eine Schüler hat zum Beispiel seit März Schulverbot. Jetzt wollen die Eltern die ganze Sache an die Öffentlichkeit bringen. Einige haben auch schon Briefe an die Schulbehörde geschrieben, wie den folgenden, der mit dem Einverständnis der Eltern in der KVZ abgedruckt werden soll.

Christiane Huth

ELTERN SCHREIBEN EINEN BRIEF FÜR DIE LEHRERIN CHRISTIANE HUTH

Wir sind überhaupt nicht einverstanden mit der Maßnahme, daß Frl. Huth suspendiert worden ist. Wir möchten dazu folgendes sagen:

Seitdem Frl. Huth unseren Sohn Jan unterrichtet, ist er ausgeglichen und wissensdurstig.

Er hat wieder Freude und Interesse an seinem Leben. Vorher hatte er immer und ewig gesagt: Mein Leben hat sowieso keinen Sinn, ich bin immer vom Pech verfolgt. Die Fortschritte, die er im Unterricht bei Frl. Huth gemacht hat, sind kolossal und haben uns sehr zufrieden gestellt. Wenn wir es uns finanziell erlauben könnten, würden wir Frl. Huth nur für unseren Sohn einstellen.

Er kann jetzt sogar ungeübte Texte lesen und liest uns abends aus der Fernsehzeitung vor, was er vorher nicht konnte. Jetzt können wir unserem Sohn nichts mehr vorlügen. Das Verhältnis von Jan zu Frl. Huth war sehr kameradschaftlich. Frl. Huth hat sehr viel Verständnis. Jan hat gesagt, Frl. Huth war nicht nur seine Lehrerin, sondern auch seine Freundin. Er kam mit allen Dingen zu ihr, um sie um Rat zu bitten. Sie beobachteten zusammen die Entwicklung seiner Kaulquappen und seine Meerschweinchen und nahmen das auch im Unterricht durch.

Seitdem Jan weiß, daß man ihm seine neue Lehrerin Frl. Huth wegnimmt, ist er wieder bockig, aufsässig und mit seinem Leben nicht mehr zufrieden. Er ist nervlich so belastet, daß er wieder einnäßt. Wir als Eltern sind empört und entrüstet über die Suspendierung und erwarten, daß Frl. Huth unserem Sohn nach den Ferien wieder als Lehrkraft zur Verfügung steht.

Wir schätzen Frl. Huth nicht nur als Lehrkraft, sondern auch als gute Kameradin für unseren Sohn Jan ein. Wir haben Frl. Huth selber sehr lieb gewonnen, weil sie auch alle Dinge mit uns bespricht. Als letztes, was sie vorläufig noch für unseren Sohn Jan machen konnte, hat sie für ihn, weil er so lange aus der Schule ausgeschlossen war und so viel versäumt hat, ein Ferienprogramm ausgearbeitet, an dem er nach den Ferien besser Anschluß an die 1. Klasse kriegen kann. Wir erwarten die Entscheidung noch in den Ferien.

Wir wollen nicht, daß unser Sohn sich schon wieder an eine neue Lehrkraft gewöhnen muß.

Hochachtungsvoll
Klaus Wähling
Gisela Wähling

REKTOREN PRÜFEN KLASSENBÜCHER MONATLICH

Mosbach. Über den Oberschulamt-Erlaß hinaus wird jetzt offenbar die politische Überwachung der Lehrer bereits auf Schulleiterebene organisiert. Auf der Schulleitertagung im Schulamtsbezirk Mosbach/Odenwaldkreis wurde beschlossen, daß die Klassentagebücher der Kollegen jeden Monat vom Rektor durchgesehen und abgezeichnet werden müssen. Die Begründung war eindeutig: Es sei ein Aufsatzthema über Rosa Luxemburg und eine Bildbeschreibung über Ho-Tschi-Minh den Schülern als Aufgabe gestellt worden. Derlei Vorkommnisse müßten von den Rektoren rechtzeitig bemerkt und unterbunden werden.

Die Freiau muss stehen bleiben!

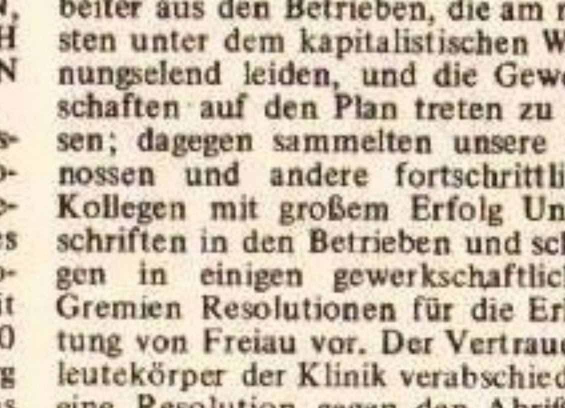
FREIBURG: GEMEINDERAT BESCHLIESST ZERSTÖRUNG VON BILLIGEM WOHNRAUM

Freiburg. Am 1.August sollen in der Freiau Häuser abgerissen werden. Hundert Mieter sind schon gekündigt. Der Abriß dieser Häuser ist nur der Anfang einer Serie solcher Vorhaben. Die Mieter der Freiau haben sich auf einer Vollversammlung entschlossen, den billigen Wohnraum in der Freiau unter allen Umständen zu erhalten. Sie wählten sich einen Mieterrat. In knapp zwei Wochen gelang es, 13 000 Unterschriften in allen Bereichen der Stadt zu sammeln. Das heißt, daß allein 7 % der Bevölkerung die Forderungen der Freiaubewohner unterstützen: Kein Abriß der Freiau! Renovierung der Häuser durch die Stadt!

Anläßlich der Gemeinderatssitzung am Dienstag, 2.Juli, hatte der Mieterrat und über zehn Organisationen, darunter der KBW und seine Massenorganisationen, zu einer Demonstration aufgerufen. Über 1 000 Menschen faßten in Sprechchören das Vorhaben der Stadtverwaltung und unsere Kampflinie dagegen in der Parole zusammen:

FÜR DEN PROFIT DER REICHEN, SOLL FREIAU WEICHEN – DOCH DIE FREIAU STEHT UND WENN DER STADTRAT GEHT!

An die Stelle der Häuser, die abgerissen werden sollen, soll eine Autoschnellstraße quer durch die Stadt gelegt werden. An den Ständen des KBW gab es sehr erhitzte Diskussionen über diese Planung. Die Mehrheit der Menschen war empört. Bei 4 000 Wohnungssuchenden in Freiburg stößt der Abriß billigen Wohnraums allgemein auf Ablehnung. Das ist auch der Grund, warum die lokale bürgerliche Presse von der Freiau als dem "heißesten kommunalpolitischen Thema der letzten Zeit" redet. Dieses heiße Eisen wollte der Gemeinderat zunächst nicht anpacken. Die Stadträte hatten sich ausgerechnet, sie könnten in der Sommerpause verduften, die Stadtverwaltung würde inzwischen die Häuser niederreissen und nach den Ferien könnten sie dann mit Unschuldsmine den neuen Bebauungsplan verabschieden. Diese Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Der Gemeinderat mußte auf Druck der Öffentlichkeit dieses heiße Eisen doch anpacken und das Thema Freiau auf die Tagesordnung setzen. Die Stadträte diffamierten die Mieter und bezeichneten in der Presse die Wohnungen als "Rattenställe und Bruchbuden". Die Mieter hingegen luden alle Bürger zu einer Besichtigung der Häuser und Wohnungen ein, wobei sich viele mit eigenen Augen davon überzeugen konnten, daß die Stadträte gelogen hatten.



Der DGB-Vorsitzende Jorzig, der selber Stadtrat ist, tat nichts, um die Arbeiter aus den Betrieben, die am meisten unter dem kapitalistischen Wohnungselend leiden, und die Gewerkschaften auf den Plan treten zu lassen; dagegen sammelten unsere Genossen und andere fortschrittliche Kollegen mit großem Erfolg Unterschriften in den Betrieben und schlugen in einigen gewerkschaftlichen Gremien Resolutionen für die Erhaltung von Freiau vor. Der Vertrauensleutekörper der Klinik verabschiedete eine Resolution gegen den Abrißbeschluß des Gemeinderats.

DIE EMPÖRUNG ÜBER DIE POLITIK DES GEMEINDERATES WÄCHST.

Am Dienstag, dem 2.7. verschanzte sich der Gemeinderat hinter 500 Polizisten. Die Versammlungsfreiheit war aufgehoben. Die Demonstranten beharrten auf ihrem Recht, auf dem Rathausplatz eine Kundgebung abzuhalten. Denn die Demonstration richtete sich gegen den Gemeinderat und der tagte nirgendwo anders als im Rathaus. Eisengitter und Polizeiknüppel hinderten die Demonstranten auf dem Rathausplatz eine geordnete Protestkundgebung abzuhalten. Den Polizisten war gesagt worden, daß der "Sturm auf das Rathaus" geplant war. Mit solcher Lügenhetze versuchen nun auch die bürgerlichen Zeitungen, die gerechten Forderungen der Bevölkerung zu verunglimpfen.

Nach den brutalen Polizeieinsätzen formierte sich aber spontan ein Zug durch die Innenstadt. In mehreren kleinen Kundgebungen wurde die Bevölkerung informiert. Das war das einzig richtige: die Empörung der Menschen gegen diesen Gemeinderat zu schüren, der schon viel auf dem Kerbholz hat.

Ein älterer Bürger war empört über die Polizeiabsperrungen und sagte, das sei eine Diktatur und keine Demokratie. Besonderes Interesse fand die Haltung der SPD-Stadträte. Stadtteilvereine der SPD und die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD hatten sich in Resolutionen für eine Erhaltung der Freiau ausgesprochen. Ganz im Gegensatz dazu stimmten die SPD-Stadträte. Sie stimmten für den Abriß der Freiau. Sie behandelten das Votum der Delegierten ihrer Partei als Fetzen Papier. Der Gemeinderat stimmte einstimmig für den Abriß. Er will jetzt hart bleiben. Er will zeigen, daß er und nur er bestimmen kann, was in unserer Stadt geschieht.

Einige Menschen und auch einige Genossen lassen jetzt die Köpfe hängen und meinen angesichts der harten Polizeieinsätze und der gleichgeschalteten Hetze gegen die Mieter der Freiau, es habe keinen Sinn, gegen solch eine Übermacht die Freiau weiterhin zu verteidigen.

Aber es wird sich zeigen, daß wir die Verfügungen des Gemeinderats zurückweisen können, wenn wir uns weiterhin auf die entscheidende Kraft der Volksmassen stützen. Die von den Mietern der Freiau vorgeschlagenen Forderungen werden von Tag zu Tag von mehr Menschen gestellt, während der Gemeinderat sich von Tag zu Tag mehr verschanzen muß hinter allgemein so verhaßten Maßnahmen wie Polizeiabsperrungen und Verwaltungsgerichtsurteilen.

Der KBW, Ortsgruppe Freiburg, hatte für Samstag, den 6. Juli, eine Demonstration vorgeschlagen unter den Losungen:

Gegen den Abrißbeschluß des Gemeinderats!
Weg mit diesem Bebauungsplan für die Freiau!
Vollständige Versammlungsfreiheit in Freiburg!
Die Freiau muß stehenbleiben!

Diese Demonstration wurde ein voller Erfolg. Tausende von Menschen säumten die Straße. Noch niemals hörten die Menschen so aufmerksam und zahlreich den kurzen Zwischenkundgebungen zu. Die Stadtverwaltung hatte versucht, die Schlußkundgebung auf einen menschenleeren Platz abzudrängen. Entgegen dieser Auflage wurde mitten im Stadtzentrum auf der belebtesten Kreuzung eine Schlußkundgebung abgehalten. Die Polizei konnte es hier nicht wagen, uns zu vertreiben.

–kkw. Freiburg–



Demonstration am 2. Juli gegen den Abriß der Freiau mit 1000 Teilnehmern

Die Kieler Bucht ist eine Wucht – Für wen eigentlich?

Noch rechtzeitig zur diesjährigen "Kieler Woche" überraschte Kiels Oberbürgermeister Bantzer die Kieler mit einer Schallplatte. Dort besingt er den legendenumwobenen Asmuss Bremer, der im 18. Jahrhundert in Kiel das Szepter geschwungen haben soll. Auf der anderen Plattenseite schmettert er, unterstützt durch einen jubilierenden Mädchenchor: "Die Kieler Bucht ist eine Wucht!"

Produziert wurde die Platte von der hauseigenen Plattenfirma der erzreaktionären "Kieler Nachrichten". Geldgeber ist die sogenannte "Förderergesellschaft Lebendiges Kiel e.V.". Unter diesem Firmenzeichen haben sich vor ein paar Jahren zahlreiche Kieler Geschäftsleute zusammengefunden, um Imagepflege für die Kieler Wirtschaft zu betreiben und gleichzeitig dem Volk vorzugaukeln, wie herrlich es sich in Kiel doch leben läßt. Ihre jüngste Aktion heißt denn auch: "Kiel macht Spaß".

Wenn sich OB Bantzer bei den Kielern jetzt als singender Volksheld einzuschmeicheln versucht und wenn die Kieler Geschäftsleute und selbst die CDU-treuen "Kieler Nachrichten" dafür in die Tasche greifen, hat das natürlich einen Grund:

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik der Stadt wächst auch in Kiel. Immer deutlicher wird auch hier, daß diese Politik nur den Kapitalisten und ihrem ganzen Anhang nützt.

- Da stehen von Steuergeldern bezahlte Wohnsilos zu Wucherpreisen im Olympiazentrum Schilksee schon fast zwei Jahre leer.
- Da wird aus dem Stadthaushalt den Kapitalisten in Wellsee ein Industriegebiet fast schlüsselfertig vorbereitet mit Investitionsvergünstigungen bis zu 60 %.
- Da werden Sanierungsvorhaben zur Verbesserung der Geschäftslage, aber nicht zur Verbesserung der Wohnlage der Bevölkerung in Gaarden durchgeführt.
- Da wird in geheimen Abstimmungen über die Sanierung im Bereich Sophienblatt abgestimmt, weil man nicht öffentlich vertreten kann, daß dadurch zirka 1 000 Menschen aus diesem Stadtteil vertrieben werden.
- Da werden dieses Jahr die Gebühren der Stadtwerke für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme nun schon zum zweiten Mal um über 10 % durchschnittlich erhöht, und zugleich wird eine Erhöhung der Nahverkehrstarife angekündigt.
- Da ist angeblich kein Geld für Jugendzentren vorhanden und noch nicht einmal zur Unterstützung eines Lehrlingswohnheimes.

Und alles das haben Stadtrat, Magistrat und Oberbürgermeister Bantzer zu verantworten. Deshalb müssen diese Herren bei Anlässen wie der "Kieler Woche" alle Hebel in Bewegung setzen, um ihre Volksfreundlichkeit herauszustreichen und ihre ganzen Schandtaten vergessen zu machen. Das ist der Zweck der Platte. Das war auch der Zweck, als die Stadt und die "Kieler Nachrichten" mit "Holstenbummel", "Open-Air-Festival" für die Kieler Schuljugend und Sommerfesten die diesjährige Kieler Woche als ein "Volksfest wie noch nie zuvor" anpriesen.

Auf einem Plakat griffen wir die Aussage unseres Oberbürgermeisters über die angeblich so dufte Kieler Bucht auf und stellten die Frage: "Für wen eigentlich ist sie eine Wucht?" Anhand mehrerer konkreter Beispiele, die wir in Comic-Form darstellten, machten wir dort deutlich, daß Kiel in Wahrheit nur den Kapitalisten und ihrem Anhang Spaß macht. Während der Kieler Woche klebte das Plakat dann an vielen Bushaltestellen und anderen Plätzen in der Stadt. Zahlreiche Menschen blieben stehen, haben es sich angeschaut und fanden es gut. Einen Teil der Plakate klebten wir während einer Veranstaltung der Kieler Woche vor den Augen zahlreicher Leute mitten auf dem Alten Markt in der Kieler Innenstadt. Gleichzeitig mit der öffentlichen Klebeaktion machten wir einen Bücherstand. Vergeblich versuchte ein von einem Faschisten herbeigeholter Polizist unseren Stand zu verbieten: Wir hätten keine Sondernutzungsgenehmigung der Stadt.

Nun ist es aber so, daß die Stadt Kiel schon jahrelang alle politischen Informationsstände zur Kieler Woche nicht genehmigt, angeblich, weil kein Platz da sei! Weder uns noch den zahlreichen Menschen, die sich sofort bei seinem Erscheinen um unseren Stand drängten, konnte er klarmachen, warum unser Stand den öffentlichen Verkehr stören würde. Schließlich zog er unverrichteter Dinge wieder ab und drohte mit einer Anzeige. Während der ganzen Zeit, in der wir Plakate klebten und den Stand machten, gelang es uns, mindestens zwischen 20 und 30 Menschen in die Diskussion über die Politik der Stadt Kiel und die Ziele der Kommunisten einzubeziehen.

GERICHT ÜBER NORDHORN–RANGE:

„Zumutbares Opfer"

Als "für die Bürger ein zumutbares Opfer für die Verteidigungsbereitschaft" hat ein Richter des Nordhorner Amtsgerichts den dortigen Bombenabwurfplatz bezeichnet. Gegen diesen Bombenabwurfplatz, der von NATO-Düsenmaschinen angeflogen wird und als Ziel für Bomben- und Raketenübungswürfe dient, hatten im letzten Sommer tausende von Menschen, die rund um Nordhorn-Range arbeiten und wohnen, heftig protestiert und waren zum Teil militant gegen den Übungsplatz vorgegangen.

Bei den Auseinandersetzungen waren damals mehrere Demonstranten verhaftet worden, denen jetzt vor dem Nordhorner Amtsgericht der Prozeß gemacht wurde. Die Geldstrafen, die dabei verhängt wurden, betrugen jeweils mehrere hundert Mark. In diesem Verfahren nahm auch der Richter grundsätzlich Stellung zu Nordhorn-Range. Er sagte dazu: "Es ist der Bundeswehr nicht zuzumuten, nur in Portugal oder über dem Meer zu üben, wenn sie den Auftrag hat, die Bundesrepublik zu verteidigen."

Die damit verbundenen Lärmbelästigungen seien ein zumutbares Opfer. Welche Opfer die Menschen um Nordhorn-Range zu tragen haben, wurde vor kurzem noch einmal deutlich auf einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema in Nordhorn. Da erzählte z.B. eine Mutter, wie sich Kleinkinder die Haare ausreißen, nicht schlafen können, hochgradig gestört sind. Ein Arbeiter aus einem Nordhorner Textilbetrieb berichtete, daß Schichtarbeiter völlig fertig sind. Tagsüber, wenn sie schlafen müssen, um abends und nachts arbeiten zu können, donnern die Flugzeuge durch die Luft. "Wir sind dann mit den Nerven völlig fertig", sagte er.

Bei dieser Podiumsdiskussion kam auch ein örtlicher Kapitalist zu Wort, der ganz klar ausdrückte, wieso er und andere Unternehmer sich am Kampf gegen Nordhorn-Range beteiligen: "Wir brauchen ausgeruhte und arbeitsfreudige Mitarbeiter, die uns Qualitätsarbeit liefern. Wer unter dem Lärm hier zu leben hat, kann diesen Anforderungen nicht genügen."

Tumulte löste eine Aussage des Nordhorner Stadtdirektors aus, der erklärte, warum auch die Stadt Nordhorn gegen den Bombenabwurfplatz sei. Durch diesen Übungsplatz mit seinen Folgen würde Nordhorn unattraktiv für Spitzen- und Führungskräfte der Wirtschaft und Industrie. Die örtlichen Unternehmer hätten daher Last, geeignete Kräfte zu finden. Er stellte deshalb auch in Aussicht, daß im Falle der Aufhebung von Nordhorn-Range die Stadt die Einrichtung eines Sportflugplatzes plane, damit hier "Freizeitmöglichkeiten" und auch Verkehrsverbindungen für die heimische Wirtschaft geschaffen würden. Sprecher aus dem Publikum stellten klar, daß die Menschen um Nordhorn-Range nicht jahrelang für die Beseitigung des einen Übels kämpften, damit durch die Hintertür ein neues wieder eingeführt würde. Die Belästigungen eines stark benutzten kleinen Flugplatzes ähneln schließlich denen des Bombenabwurfplatzes.

Die Forderung bleibt nach wie vor bestehen: Nordhorn-Range muß weg!

H., Osnabrück

90 000 Unterschriften

GEGEN DAS KERNKRAFTWERK IN WYHL/ KAISERSTUHL BREITER PROTEST

Nachdem Regierung und Badenwerk vor zwei Jahren bei dem Versuch, in Breisach, am Südrand des Kaiserstuhls, ein Kernkraftwerk zu bauen, an dem Widerstand der Bevölkerung vorerst gescheitert sind, versuchen sie es in Wyhl, am Nordrand des Kaiserstuhls. Gegen dieses neue Kernkraftwerkprojekt hat sich aber eine noch breitere und entschiedenere Bewegung gebildet.

Am 27.4.1974 demonstrierte die Kaiserstühler Bevölkerung mit ca. 300 Treckern gegen den Bau des Kernkraftwerks (siehe KVZ Nr.10). Jetzt unterschrieben 90 000 Menschen einen Sammeleinspruch gegen den Bau.

Das Kernkraftwerk bei Wyhl soll die Energie für die Industrialisierung am Oberrhein liefern.

Im Staatsanzeiger vom 23.9.1972 steht: *"Rückt nämlich die EWG noch näher zusammen, was allgemein erwartet wird, so wird das Rheintal zwischen Basel und Frankfurt die Wirtschaftsachse überhaupt werden. Ob dann noch Platz für den Umweltschutz ist, muß bezweifelt werden. Sachverständige Leute sind deshalb der Ansicht, die Ebene solle für gewerbliche und industrielle Nutzung freigegeben werden, während die Funktionen 'Wohnen, Erholung' in der Vorbergzone und in den Seitentälern angesiedelt werden sollen."*

Diese wahrhaft gigantischen Pläne sollen nun in die Tat umgesetzt werden. Dafür müssen aber erst einmal die Bedingungen geschaffen werden.

Die Herren vom Badenwerk haben der Bevölkerung weiszumachen versucht, daß die Energie, die das Kernkraftwerk Wyhl liefern soll, nötig ist, weil der Verbrauch der Privathaushalte so gestiegen sei.

Aber die riesigen Mengen an Energie, die in Wyhl hergestellt werden sollen können gar nicht von Privathaushalten verbraucht werden.

Im Großraum Freiburg werden zur Zeit etwas 200 Megawatt (MW) verbraucht (1 MW = 1 000 000 Watt). Das Kernkraftwerk Wyhl wird aber in der ersten Ausbaustufe schon 2 mal 1 300 MW liefern, in der Endausbaustufe sind 4 mal 1 300 MW vorgesehen. Die Herren vom Badenwerk (Aufsichtsratsvorsitzender ist Ministerpräsident Filbinger, sein Stellvertreter ist Wirtschaftsminister Eberle, damit gleichzeitig Chef der "objektiven" Genehmigungsbehörde) haben aber der Bevölkerung nie genau erzählt, wozu dieser Strom eigentlich gebraucht wird.

Gebraucht wird er, um dieses Gebiet zu industrialisieren, wozu sogenannte "Industrieachsen" geplant sind. Dazu gehört auch der geplante Bau der Schwarzwaldautobahn, gegen deren Bau sich ebenfalls ein heftiger Widerstandskampf entwickelt hat.

Durch die geplanten Industrieansiedlungen werden die Gegenden, in denen heute noch vorwiegend Landwirtschaft betrieben wird (Kaiserstuhl usw.), buchstäblich von Industrie eingekreist werden. Wenn man sich vor Augen hält, daß in diesen Gegenden vorwiegend Sonderkulturen (Weinbau, Tabak) betrieben werden, die alle sehr empfindlich sind, so kann man sich leicht vorstellen, daß mit den neuen "Industrieachsen" den dortigen Bauern durch die Einwirkungen der Industrie (Nebelbildung im Herbst durch das neue Kernkraftwerk in Wyhl, Grundwasserabsenkungen, schädliche Abgase der Industrien usw.) ihre Existenzgrundlage entzogen wird. Das sind dann die Arbeitskräfte für die neuen Industrien. Das zeigt recht drastisch die ungeheuer brutale Vorgehensweise der Industriebosse und der Regierung. Die Menschen, mit denen hier so umgesprungen werden soll, werden vorher noch nicht einmal gefragt, ja, man versucht, die wirklichen Pläne ihnen vorzuenthalten.

Die 90 000 Unterschriften sind ganz bestimmt kein parlamentarischer Akt nach dem Willen dieser Herren. Deswegen sind sie auch so wirksam. Sie manifestieren nämlich eine Bewegung in der Bevölkerung, in der die Klarheit über die Pläne der Kapitalisten und die Empörung über das Spiel der "Volksvertreter" ständig wächst.

–R.K., KHG Freiburg
H.B., OAG Emmendingen–

Verfahren gegen Wendt eingestellt

Koblenz. Am 26. Mai fand vor dem Koblenzer Schöffengericht eine Gerichtsverhandlung gegen den Gefreiten Wendt aus der Koblenzer Fritschkaserne statt. Der Soldat war angeklagt worden wegen Befehlsverweigerung. Was war passiert?
Im Winter 73/74 führte die Panzerbrigade 15 auf Anweisung des Obristen Ahfeldt bataillonsweise als sogenannte Härteübung einen 100 km Marsch durch. Diese Märsche dauerten in der Regel eine Woche

Im Januar war das PzBtl 153 aus der Fritsch-Kaserne an der Reihe. Die Teilabschnitte waren so gelegt worden, daß die erschöpften Soldaten sie oft erst am Abend erreichten. Dies bei einem saumäßigen Wetter, kalt und naß war es und jeder Soldat weiß, was für Strapazen das sind, mit vollem Gepäck bei einem solchen Wetter 100 km zu marschieren. Nachts kann man vor Kälte kaum schlafen, weil die Zelte und die Schlafsäcke miserabel sind. Vom Marschieren hatten viele Soldaten offene Blasen. Auch der Gefreite Wendt. Bei ihm kam noch eine Rückenverletzung dazu, die ihm das Marschieren am zweiten Tage unmöglich machte. So suchte der Gefreite Wendt den Truppenarzt auf. Der jedoch weigerte sich, ihn marschunfähig zu schreiben. Doch die Schmerzen waren zu groß als daß der Gefreite Wendt hätte weitermarschieren können. Als ihm befohlen wurde, weiterzumarschieren, lehnte Wendt ab, weil er nicht konnte. Der Gefreite wurde sofort festgenommen und kam in den Bau. Doch dort wurde er nicht untersucht, sondern es wurde ihm befohlen, weiter zu marschieren. Wendt lehnte ab, weil er genau wußte, daß dann die starken Schmerzen wieder einsetzen würden. Wegen dieser neuerlichen 'Befehlsverweigerung' bekam der Gefreite Wendt eine Disziplinarstrafe von 15 Tagen Knast. Zusätzlich übergab der Kompaniechef der 1./153, Major Giebels, von den Soldaten Diszie-Giebels genannt, den 'Fall' an die Staatsanwaltschaft ab. Er wollte dem Gefreiten Wendt den Prozeß machen und damit allen anderen Soldaten der Kompanie zeigen, daß mit ihm nicht zu spaßen sei. Die Rechnung des Majors ging jedoch nicht auf. Die 'Koblenzer Kasernenzeitung' (kkz), Zeitung der Antimilitaristischen Gruppe Koblenz, berichtete über den Fall. Sie forderte Freispruch für den Gefreiten Wendt, sammelte

über den Fall. Sie forderte Freispruch für den Gefreiten Wendt, sammelte

dazu Unterschriften und half Wendt, einen geeigneten Rechtsbeistand zu besorgen. Die Absichten des Major Giebels wurden allso bekannt gemacht und es war ihm nicht mehr möglich, seinen Einschüchterungsversuch still über die Bühne zu ziehen.
In dem Prozeß mußte das Verfahren eingestellt werden, weil es nicht zu beweisen war, daß der Gesundheitszustand des Gefreiten Wendt während des Marsches gut war. Wenn auch kein Freispruch erreicht wurde, so ging der Plan des Majors Giebels, der vor Gericht übrigens eine erbärmliche Figur abgab, an dem Gefreiten Wendt ein Exempel zu statuieren, nicht auf.

Das Beispiel des Gefreiten Wendt zeigt uns, wie plötzlich jeder bisher unbescholtene Soldat sich plötzlich vor den Schranken des Gerichts wiederfinden kann und den Gerichtssaal womöglich vorbestraft wieder verläßt, ohne daß er wirklich etwas verbrochen hätte. Bei dem Gefreiten Wendt hat sein angegriffener Gesundheitszustand bereits gereicht für 15 Tage Bau und eine Anzeige vom Staatsanwalt. Dies alles nur, weil die Offiziere "hart durchgreifen" wollen und auf jeden Fall blinden Gehorsam verlangen, auch wenn die Soldaten dabei ihre Gesundheit aufs Spiel setzen.

W.S., Koblenz

Bremen. Als am 27.6.74 eine Diskussionsveranstaltung vom KBW, KOB und KAJB zu Fragen der Bundeswehr im Jugendfreizeitheim Bremen-Lüssum stattfinden sollte, erhielt der KAJB-Bremen vom Jugendamt eine Absage mit der Begründung, daß er verfassungsfeindlich sei und daß das Jugendamt kein Bremer Jugendfreizeitheim für seine Veranstaltungen zur Verfügung stellen wird!

KAJB Bremen

zur Verfügung stellen wird!
KAJB Bremen

Preisausschreiben für die Bourgeoisie

DIE BOURGEOISIE SUCHT NEUE MITTEL UND METHODEN DER UNTERDRÜCKUNG

Prämien 1974
der Polizei-Führungsakademie

für praxisbezogene wissenschaftliche Arbeiten aus dem Bereich der Inneren Sicherheit

Die Polizei-Führungsakademie vergibt im Jahr 1974 Prämien für hervorragende Abhandlungen aus allen Bereichen der inneren Sicherheit.

Die Ausschreibung wendet sich an

Examenskandidaten, Assistenten, Doktoranden, Habilitanten und Absolventen von Universitäten, Technischen Hochschulen und Verwaltungsakademien

und ruft sie auf, sich mit unveröffentlichten Arbeiten aus dem Gebiet der inneren Sicherheit zu beteiligen, die den praktischen Erfordernissen aller für diesen Bereich zuständigen Einrichtungen in besonderem Maße gerecht werden.

Der Gesamtbetrag für die Ausschreibung beträgt **30000,– DM**

Es werden bis zu **6 Prämien à 5000,– DM** vergeben.

Prämiert werden deutschsprachige Abhandlungen, die wissenschaftlich von besonderem Wert sind und der Praxis der Behörden und Einrichtungen im Bereich der inneren Sicherheit neue Erkenntnisse vermitteln.

Neben einem Exemplar der Arbeit sind ein Lebenslauf, ein Lichtbild und ein schriftliches (verschlossenes) Urteil des Fachvertreters der Universität oder Ausbildungsstätte über den wissenschaftlichen Wert der Arbeit einzureichen bei der

Polizei-Führungsakademie, 4403 Hiltrup, Zum Roten Berge 18-24.

Letzter Abgabetermin ist der 1. Dezember 1974.

Die Preisträger sind verpflichtet, die Ergebnisse ihrer Arbeit der Polizei-Führungsakademie zur Veröffentlichung zu überlassen.

Über die Vergabe der Prämien beschließt eine von dem Kuratorium bei der Polizei-Führungsakademie eingesetzte Fachkommission, die aus 7 Mitgliedern besteht. Die Zuerkennung der Prämie erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges.

Die Preisträger erhalten eine Urkunde. Ihre Namen werden in der Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie und in den Fachzeitschriften auf dem Gebiet der inneren Sicherheit veröffentlicht.

Hiltrup/Westfalen, im April 1974

Präsident der Polizei-Führungsakademie

Diese Aufforderung, sich an einem Preisausschreiben zu beteiligen, findet sich augenblicklich an den Anschlagtafeln vieler Hochschulen. Es belegt sichtbar die Anstrengungen, die die Vertreter des bürgerlichen Staates derzeit machen, um den Unterdrückungsapparat zu verbessern und die Methoden der Unterdrückung mit Hilfe der Wissenschaft wirksamer zu gestalten.

Ergebnisse und Beispiele, wie die Wissenschaft, die an unseren Hochschulen gelehrt wird, in den Dienst der Unterdrückung gestellt wird, sind die Isolierungsversuche in der sogenannten Camera silence in Hamburg. Das sind Versuche an Menschen, die man nur als Entwicklung von Foltermethoden bezeichnen kann. Andere Beispiele sind die Entwicklung von Gasgemischen, die bei Demonstrationen zum Einsatz kommen, wie z. B. das Chlorazetophenon (CN), das die Wasserwerfer in Frankfurt bei den Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen in solchen Mengen verspritzten, daß einem noch auf der Autobahn die Augen davon tränten. Oder: In der Zeitschrift "Bild der Wissenschaft" Nr.7/73 wurde von einer sogenannten Lichtkanone berichtet, die der Wissenschaftler Charles Bovill entwickelt haben soll. Dieses Gerät, dessen Einsatz vorläufig erst nur bei Dunkelheit funktioniert, soll unsichtbares Licht (Infrarot) erzeugen. Diese Lichtstrahlen sind so beschaffen, daß sie selbst geschlossene Augenlider durchdringen und bei entsprechend veranlagten Menschen epileptische Anfälle erzeugen. Die Zeitschrift stellte fest, das sei nicht nur bei sogenannten Epileptikern der Fall, sondern die Zahl der Menschen, bei denen die Lichtstrahlen Wirkung zeigten, sei viel größer. Bei mindestens jedem vierten würden die Lichtstrahlen zu Schwindelgefühl, Brechreiz und Ohnmachtsanfall führen. Genau solche menschenfeindlichen Versuche und Entwicklungen von Waffen und Geräten werden durch das Preisausschreiben der Polizei-Führungsakademie honoriert. Jeder, der sich an diesem Preisausschreiben beteiligt, stellt sich und seine Fähigkeiten offen in den Dienst der Bourgeoisie, in den Dienst der Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes. Die westdeutsche Bourgeoisie läßt solche menschenfeindlichen Mittel und Vernichtungsmethoden entwickeln, um sie anzuwenden bei der Absicherung ihrer Ausbeuterherrschaft über die Arbeiterklasse und das Volk. Damit die in Frage kommenden Wissenschaftler über diese Seite hinwegsehen sollen, versucht die Polizei-Führungsakademie sie mit Geld zu ködern.

D.T.

dern.
D.T.



Am Leopard sollen nur noch Zeitsoldaten ausgebildet werden

Kampfpanzer Leopard

In Munster wird gegenwärtig sehr viel vom "neuen Kampfpanzer Leopard" gesprochen. Mit großem Stolz spricht man von der Technik dieses Panzers. Richtig ist, daß der Panzer wohl der schnellste sein wird, den die Bundeswehr je gehabt hat. Auf der Panzerringstraße in Munster werden bei Testfahrten ohne Turm 150 Stundenkilometer gemessen, und auch die 1 500 PS sind beeindruckend.

Was aber bringt uns der neue Panzer tatsächlich?
Zunächst haben die BRD-Kapitalisten einen unmittelbaren Vorteil, schon deshalb, weil statt der ehemals englischen Bordkanone jetzt Krupp-Kanonenrohre verwendet werden.
Außerdem bietet dieser Panzer der reaktionären Bundeswehrführung den für sie wohl günstigen Anlaß, die sogenannte "Verkaderung" der Bundeswehr voranzutreiben. So werden am neuen Leopard keine Wehrpflichtigen mehr ausgebildet, sondern ausschließlich Zeitsoldaten.
Man will dazu übergehen, als Panzerkommandanten Feldwebel heranzuziehen. Fahrer, Richt- und Ladeschütze werden dann jeweils Unteroffiziere sein. Bisher war der Kommandant Unteroffizier und Fahrer, Richt- und Ladeschütze waren wehrpflichtige Gefreite.

Was bedeutet diese Umbesetzung? Man will dadurch verhindern, daß die Arbeiterklasse und dabei insbesondere die Arbeiterjugend mit den Techniken innerhalb der Armee in Berührung kommt, um diese eines Tages in den Dienst des Volkes und der Arbeiterklasse zu stellen. Diese Trennung von Technik und Soldaten, die ähnlich wie im Betrieb die Trennung von Kopf- und Handarbeit ist, soll die Soldaten dumm halten und unfähig machen, Waffen und Geräte der Bundeswehr selbständig anzuwenden.
Daß das bürgerliche Machtorgan, die Bundeswehr, solche Schritte unternimmt, ist nicht Ausdruck ihrer Stärke, sondern im Gegenteil. Die verschärfte Klassenkampfsituation, die kapitalistische Krise und das wachsende Bewußtsein der Arbeiterklasse sind Dinge, die der Bundeswehr Angst vor ihren Soldaten, die aus der Arbeiterklasse kommen, einflößt. Diese Angst zwingt sie zu solchen Schritten.

–M.K., Munster–

Vertrauensmann und

Vertrauensmann und Demokratie in der Bundeswehr

In der KVZ 12/74 gibt der Vertrauensmann Aulich eine Stellungnahme zu der Institution des Vertrauensmannes ab. Aulich geht von der richtigen Einschätzung des Vertrauensmannes aus, als rechtlose Einrichtung, die – bleibt man auf dem Boden des Soldatengesetzes – keine Möglichkeit der Interessensvertretung der Mannschaften gegenüber den Militärs mit sich bringt. Die Konsequenz, die er aus diesem Tatbestand zieht, sieht folgendermaßen aus: Die Vertrauensmänner sollen parteiisch, d. h. eindeutig für die Mannschaften Position beziehen. Gegenüber den Mannschaften sollten sie rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar sein, darüberhinaus der Disziplinargewalt der Vorgesetzten entzogen werden. Ferner sind die Vertrauensmänner über den Kompanierahmen hinaus auf Bataillons- und Brigadeebene zu organisieren, um als gewählte Vertreter der Mannschaften dem Offizierkorps gegenüberzutreten. Hierzu sollen regelmäßig Soldatenversammlungen und die von ihnen gefaßten Beschlüsse die notwendige Unterstützung bringen und gleichzeitig dazu dienen, sich die bisher vorenthaltenen kollektiven Rechte zu nehmen.

Ist die von Aulich entwickelte Position gegenüber der Einrichtung des Vertrauensmannes eine richtige, d. h. sind seine Zielsetzungen im demokratischen Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes in der Armee anzustreben oder stellen sie einen Irrweg dar? Das letztere ist offenbar der Fall.
Das Wesen der Wehrverfassung einschließlich der gesetzlichen Bestimmungen über den Vertrauensmann besteht darin, die Vertretung demokratischer Interessen der Soldaten zu verhindern. Nur auf diesem Wege ist die Funktionsfähigkeit der bürgerlichen Armee gesichert. Das Gegenteil ist nicht erreichbar, solange diese Wehrverfassung und das bürgerliche Militär existiert. Solange es die Wehrdisziplinarordnung, Wehrstrafgesetz, Erlaß erzieherischer Maßnahmen gibt, solange nützt ein abwählbarer Vertrauensmann, sein Entzug aus der militärischen Disziplinargewalt und der organisatorische Zusammenschluß der Vertrauensmänner im demokratischen Kampf um die Rechte der Soldaten gar nichts. Um der Unterdrückung und Entrechtung in der Bundeswehr entgegen zu treten, ist es wichtig, die Mannschaften über ihre Lage aufzuklären, sie für den Kampf um Demokratie und Sozialismus zu gewinnen und sie für diesen Kampf zu organisieren. Hierbei können sich die Kommunisten nicht auf von der Bourgeoisie vorgegebene Institutionen, wie die des Vertrauensmannes, stützen, und vergeblich versuchen, ihrem Wesen nach undemokratische Einrichtungen zu demokratisieren. Der antimilitaristische Kampf muß seine eigenen Organisationsformen hervorbringen. Formen, die die Entfaltung von Massenaktivitäten gewährleisten. Kommunisten halten nichts von perfektionierten bürgerlichen Vertretungskörperschaften, sondern legen das Schwergewicht auf die Entfaltung von Massenaktivitäten. Deshalb kann der Kampf auch nicht um die Erweiterung der Rechte der Vertrauensmänner geführt werden, sondern allein um die Erweiterung der Rechte aller Soldaten. Nicht die organisatorisch zusammengefaßten Vertrauensmänner garantieren demokratische Rechte, sondern nur die Kampfkraft der organisierten Massen. Die Kommunisten setzen sich in der Bundeswehr nicht für die Demokratisierung der Einrichtung des Vertrauensmannes ein, sondern klären über ihren Charakter auf und versuchen, die Soldaten von der Illusion zu lösen, Vertrauensmänner könnten die Interessen der wehrpflichtigen Arbeiter vertreten. Der richtige Weg besteht darin, die Wehrverfassung insgesamt zu bekämpfen, ihren antidemokratischen Charakter darzustellen und Organisationsformen zu entwickeln, die unabhängig von den durch die Wehrverfassung gesetzten Bedingungen die Soldaten im Kampfe zusammenfassen und sie befähigen, ihren Interessen Ausdruck zu verleihen.
Deshalb: Vorwärts im Aufbau von Reservisten- und Soldatenkomitees.

Gefr.B.

Braunschweig. Derzeit werden Unterschriften gesammelt aus Solidarität mit dem Vertrauensmann Aulich. Die gegen Aulich von der Bundeswehrführung eingeleiteten Maßnahmen werden "aufs Schärfste" verurteilt.

Reforger VI

Nürnberg/Weißenburg. Im Herbst soll wieder das NATO-Manöver Reforger in Süddeutschland stattfinden. Es ist das sechste, das unter diesem Titel läuft. Dagegen hat es jetzt erste Proteste der Bevölkerung gegeben. Der Kreistag des Landkreises Weißenburg in Mittelfranken erklärte an die Adresse des zuständigen Ministeriums in Bonn: "Das Maß der Belastbarkeit der Bevölkerung ist überschritten." Bisher seien nur 20 % der im letzten Jahr entstandenen Schäden reguliert worden. Deshalb sei auch nicht auszuschließen, daß es zu "Reaktionen der Bevölkerung" kommen könne.

Amis raus aus der BRD!

Mannheim. Am 12.Juni wurden Genossen des KBW und der Roten Garde der KPD/ML zufällig Zeuge, wie US-Polizisten einen schwarzen US-Soldaten wegen Trunkenheit festnahmen. Obwohl dieser keinen Widerstand leistete, wurde er brutal mit dem Gummiknüppel zusammengeschlagen. Als die Genossen daraufhin lautstark protestierten und eine Erklärung von der MP verlangten, wollten diese sie verjagen. Als sie sich jedoch nicht einschüchtern ließen, rief die MP die deutsche Polizei zu Hilfe. Inzwischen waren die Anwohner aufmerksam geworden, schauten aus den Fenstern und gaben ihrer Empörung über die US-Besatzer Ausdruck. Als dann plötzlich von allen Seiten Blaulicht blitzte und die Amerikaner mit mehreren Jeeps die Straßen absperrten, riefen die Leute empört aus den Fenstern und von den Balkonen herunter: Ami go home! Dann kam die deutsche Polizei und erklärte den Genossen, sie würden hier die Ruhe stören. Denen erklärten die Genossen, daß das doch gut wäre, dann würden die Leute wenigstens merken, wie die US-Armee sich hier aufführt. Im übrigen sollten die Polizisten verschwinden. Das taten sie denn auch. Der schwarze GI meinte, daß die MP es mit den Schwarzen immer so mache.

Portugals Machthaber verschärfen die Unterdrückung

DEMONSTRATIONEN GEGEN DIE WIEDEREINFÜHRUNG VON VERHAFTUNGEN UND ZENSUR - REISEBERICHT

Der folgende Reisebericht aus Portugal zeigt, wie die Militärjunta und die provisorische portugiesische Regierung zur Unterdrückung der demokratischen Bewegung im Volk entschlossen sind. Sie beginnen "hart durchzugreifen". Über Fortsetzung oder Abbruch des Kolonialkrieges haben Staatspräsident Spinola und der US-Präsident Nixon Ende Juni verhandelt. Im Mittelpunkt ihrer Gespräche stand die Sicherung der imperialistischen Interessen in diesen Teilen Afrikas. Die Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen stocken seit jenen Gesprächen. Die neuen Machthaber Portugals vertreten immer offener die Interessen der Bourgeoisie und des internationalen Finanzkapitals gegen das eigene Volk und gegen die Völker in den Kolonien.

Der erste Eindruck war, daß nicht nur in den großen Städten, sondern auch in kleinen Dörfern viele kommunistische Plakate und Parolen an den Häuserwänden, Mauern und auf den Straßen von der Bewegung im Volk zeugen. Die Parolen sind u. a.: Für die sofortige Beendigung des Kolonialkrieges und die bedingungslose Anerkennung der Unabhängigkeit der Kolonien! Für den Kampf des portugiesischen Volkes gegen Unterdrückung und Ausbeutung!; Aufrufe zu Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks zur Durchsetzung demokratischer Forderungen. Auf dem Land findet man häufig Parolen, die die Bewegung der Streitkräfte und Spinola feiern; diese Parolen sind aber entweder nicht gekennzeichnet oder von der portugiesischen Kommunistischen Partei (PKP) und der MDP (Demokratische Volksbewegung), wohl zur Zeit die größte politische Organisation in Portugal,

Was weiter auffällt, ist das ungeheure Informationsbedürfnis der Massen. Fast jeder liest mehrere Zeitungen, und die Nachrichten über die Streiks und die Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique werden ausführlich diskutiert. Mitte Juni fand ein Streik der Post für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen statt. In den kleineren Poststellen diskutierten die Streikenden mit der Bevölkerung über die Ziele des Streiks und über die politische Situation nach dem Putsch. In der zentralen Postverwaltung in Lissabon – erzählte uns ein Mitglied des Streikkomitees – versuchen die Kollegen durch permanente Diskussion sich Klarheit zu verschaffen über Formen und Inhalte des Streiks sowie z. B. über die Haltung der PKP. Die PKP (sie stellt in der provisorischen Regierung den Arbeitsminister und ihr Vorsitzender Cunhal ist Minister ohne Geschäftsbereich) hatte sich scharf gegen den Streik gewandt. Das verunsicherte die Streikenden natürlich, die von einer sich kommunistisch nennenden Organisation selbstverständlich eine Unterstützung ihres Kampfes für gerechte Forderungen erwartet hatten. Unterstützt dagegen wurde der Streik von den ca. 15 politischen Organisationen, die links von der PKP stehen, darunter die MRPP (Bewegung zum Wiederaufbau der proletarischen Partei), der stärksten politischen Bewegung der Linken, die schon seit 1970 den Kampf für die Rechte des Volkes aufgenommen hat. Der Poststreik wurde beendet, als die Regierung drohte, die Post unter Militärrecht zu stellen. Zwei Offiziere, die Einheiten des Militärs gegen die Streikenden führen sollten, weigerten sich, gegen die Streikenden vorzugehen. Sie wurden auf Befehl der Junta verhaftet. Gegen die Verhaftung gab es massenhaft Protest. In den Zentren des Landes werden Protestdemonstrationen durchgeführt. Auf Kundgebungen wandten sich die Redner gegen diesen ungeheuerlichen Angriff auf die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in der Armee, die lediglich ihr legitimes Recht auf die Solidarität mit den Streikenden in Anspruch genommen hatten. In der PKP-Zeitung "Avante" wurde dieser Angriff auf die Rechte des Volkes und der Arbeiterklasse allerdings ebenso verschwiegen, wie die Verhaftung des verantwortlichen Redakteurs des Zentralorgans der MRPP "Luta popular" ("Volkskampf"), der in einem Artikel die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte der Armee zur Desertion aufgerufen hatte. Familienangehörige erzählten uns, daß die Verhaftung sich genauso abspielte, wie die Verhaftungen früher unter dem alten faschistischen Regime: Mitten in der Nacht durch Geheimpolizisten, die keinerlei Legitimationspapiere vorzeigten und den Redakteur, der erst nach dem Putsch wegen der vom Volk erkämpften Amnestie für politische Gefangene aus der Haft entlassen worden war, sofort in ein Militärgefängnis brachten. Verhaftete können von der Militärpolizei – wie vor dem Putsch von der PIDE – unbegrenzt in Haft gehalten werden, ohne Gerichtsverfahren. An der Demonstration und Kundgebung zu dieser Verhaftung in Lissabon, nahmen ca. 4 000 bis 5 000 Menschen teil. Sie forderten die sofortige Freilassung des Genossen und machten unmißverständlich klar, daß sie die Rolle der Junta und der Regierung deutlich erkannten: Getragen von der Bewegung im Volk und den fortschrittlichen Kräften der Armee haben sich teils neue, teils alte Repräsentanten derselben Bourgeoisie etabliert, die vorher die Hauptstütze des faschistischen Regimes waren. Die Freiheiten, die sie wegen der starken Bewegung im Volk geben mußten, versuchen sie jetzt schrittweise wieder zurückzunehmen. Und das mit Hilfe der Funktionäre der PKP und mit der Begründung, jeder Versuch der Durchsetzung von demokratischen Rechten sei ein Angriff auf die "Konsolidierung der Demokratie" und müsse daher scharf bekämpft werden.

Das portugiesische Volk demonstriert für seine politischen Rechte.

Wie sich die Regierung das vorstellt, zeigte sie, als sie vor kurzem die erste Zensur im Fernsehen vornahm: Einige Stellen in einer Sendung des Fernsehens wurden verboten; die Sendung wurde einfach unterbrochen. Aber während dieser Unterbrechung erschien ein Sprecher der Fernsehgesellschaft und machte den Zuschauern klar, daß es sich um einen Zensureingriff handele und daß die Beschäftigten des Fernsehsenders nicht damit einverstanden wären und sich dagegen wehren würden.

Ein weiteres Beispiel für die Einschränkung der Freiheit ist der Erlaß eines neuen Pressezensurgesetzes. Eine aus Offizieren bestehende Kommission kann für Artikel, die nach ihrer Meinung gegen die Interessen der Regierung und der Bewegung der Streitkräfte gerichtet ist, Geldstrafen und ein Verbot der Zeitung bis zu 60 Tagen verhängen. Auch die verantwortlichen Redakteure können angeklagt werden. Das Verbot tritt sofort in Kraft; eine Klage vor Gerichten ist zwar möglich, hat aber keine aufschiebende Wirkung. Was das für die Presse bedeutet, ist klar: Die Pressefreiheit wird immer mehr zurückgenommen. Inzwischen sind die ersten Strafen verhängt worden: Gegen die linksliberale Zeitung "Republica" und gegen "A Capital" Geldstrafen in Höhe von 3 000 bzw.. 10 000 DM und zwar wegen der Berichte über die Verhaftung der zwei Offiziere im Zusammenhang mit dem Poststreik. Dieses Pressegesetz wirft ein besonderes Licht auf die Sozialistische Partei Portugals: Der Informationsminister, der die Zensur verteidigt, – früher Chefredakteur der heute betroffenen Zeitung "Republica" – ist führendes Mitglied der Sozialistischen Partei, deren Vorsitzender Außenminister Soares ist.

Kurz nach dem Streik der Post streikten die Bediensteten der Wasserwerke und die Hafenarbeiter Lissabons. Die Regierung schickte auch hier Militär, das die Wasserwerke besetzte und für die Abfertigung von drei Öltankern sorgte, die im Hafen von Lissabon lagen. Ein führender Vertreter der PKP meinte hierzu in einem Gespräch: Zwar sei die PKP immer für die Interessen der Arbeiter eingetreten und Streiks seien grundsätzlich richtig; aber Streiks zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien schädlich, da sie nicht den Interessen des Volkes dienten, und sowieso nur von einigen "Radikalen Elementen" angezettelt worden seien. So sabotieren die Revisionisten den Kampf des Volkes und der Arbeiterklasse um die Verwirklichung seiner demokratischen Rechte. Was es mit der PKP und ihrer Haltung zum Kampf um demokratische Rechte auf sich hat, zeigt auch ein weiteres Beispiel: Beim Verkauf der "Luta popular" wurden Mitglieder der MRPP von PKP-lern bei der Marine-Polizei denunziert, nachdem sie wegen des entschiedenen Widerstandes der Bevölkerung den Verkauf nicht selber hatten verhindern können. Aber sie schnitten sich ins eigene Fleisch, denn die erschienen Marine-Soldaten hatten nichts gegen den Verkauf, im Gegenteil, sie nahmen viele Exemplare der Zeitung mit in die Kaserne, um sie dort zu verkaufen! Unabhängig davon, was für eine Linie die MRPP vertritt, ist der Versuch der Behinderung des freien Verkaufs ihrer Zeitung genauso ein Angriff auf die Pressefreiheit wie zumindest die stillschweigende Duldung des Erlasses des Zensurgesetzes.

B.B., Heidelberg

Die bürgerlichen Ziele

wegen der vom Volk erkämpften Amnestie für politische Gefangene aus der Haft entlassen worden war, sofort
in Kraft; eine Klage vor Gerichten ist zwar möglich, hat aber keine aufschiebende Wirkung. Was das für die
de Duldung des Erlasses des Zensurgesetzes.
B.B., Heidelberg

Die bürgerlichen Ziele der KP Spaniens

Am Sonntag, dem 23. Juni, fand im Genfer Eispalast eine von der Kommunistischen Partei Spaniens (KPS) organisierte Großkundgebung statt. 20 000 spanische Arbeiter waren aus den europäischen Ländern, aber auch aus Spanien gekommen. Großer Ernst, Disziplin und Einheit angesichts der nah bevorstehenden Aufgaben, nämlich dem faschistischen Unterdrückerregime in Spanien den Todesstoß zu versetzen, beherrschte die Kundgebungsteilnehmer. Ein Begeisterungssturm brach los, als der Generalsekretär der KPS, Santiago Carrillo, die Kundgebung mit dem Ruf schloß: "Bis bald in Madrid!"

Die spanischen Arbeiter verbinden mit Madrid die revolutionäre Tradition ihrer Klasse, den Widerstand gegen die Armeen Francos im Bürgerkrieg und gegen die faschistische Unterdrückung in all den Jahren danach. Wie steht die KP Spaniens dazu? Die spanische KP hat auf der Genfer Veranstaltung öffentlich Position bezogen, wie sie sich die Entwicklung in Spanien nach Franco vorstellt.

Im Auge hat die KPS dabei Portugal und einen Weg, wie er in Portugal gegangen wird. Santiago Carrillo zu der fanzösischen Zeitung "Le Monde" (23.6.74): "Die Bourgeoisie, die Mittelklassen in Spanien wissen jetzt, daß die Rückkehr zur Demokratie ohne Gewalt vor sich gehen kann, ohne Wirren, so wie wir es immer gesagt haben "

Der spanische KP-Führer läßt keinen Zweifel darüber, welche Demokratie er meint:

"Das Beispiel Portugal zeigt, daß der notwendige und unabdingbare Übergang von der Diktatur zu normalem demokratischem Leben, ähnlich dem unserer europäischen Nachbarn, möglich ist ..." (Carrillo in "Le Monde" vom 23.6.).

An anderer Stelle, in einer Pressekonferenz, spricht er von einer "Regierung der nationalen Versöhnung" (Informacion Espanola, Juni 1974, S.9). Richtig ist natürlich, daß die Kommunisten ein Bündnis eingehen, um die Macht der Arbeiterklasse und des Volkes zu errichten. Aber sie werden natürlich niemals Bündnisse eingehen, die diesem Ziel aller Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes schaden. Genau das aber hat die KP-Führung für ihren Weg nach Madrid im Auge, wenn sie die Armee und die Kirche hofiert und darüberhinaus alle Kräfte der Rechten in dieses Bündnis einschließen will. Der Weg nach Madrid führt für die KP Spaniens nicht über die Intensivierung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes, sondern an die Seite der Bourgeoisie. Die KP Spaniens hat in Genf der spanischen Bourgeoisie zeigen wollen, daß sie die Arbeitermassen "im Griff" hat. Das ist ihr Kapital, das sie in ein solches Bündnis einzubringen bereit ist.

Hören wir, was Carrillo sagt:

"Die Armee hat Francos und Pinochets hervorgebracht, sie hat aber auch Spinolas, portugiesische Offiziere und peruanische Militärs hervorgebracht."

Blinder Glaube in die Militärs wird geweckt. Der spanische Generalstabschef, Diez Alegria, der im vergangenen Monat von den Ultras geschaßt wurde, wird zum zweiten Spinola hochstilisiert. Diez Alegria hat sich zwar nicht gescheut, sich öffentlich für eine "demokratische Ordnung" auszusprechen. Als Generalstabschef einer bürgerlichen Armee beurteilt er die Lage und sieht die Bedrängnis des Regimes. Er sucht nach Formen, die den Bestand der Herrschaft der Bourgeoisie garantieren. Spinola tut in Portugal nichts anderes. Alegria hat keinen Zweifel daran gelassen, wann er es für nötig hält, daß die Streitkräfte eingreifen: wenn die Staatsgewalt auf der Straße liegt, wenn die Armee die Grundsätze und die Ordnung des Staates durch die Regierung gefährdet sieht, wenn die Streitkräfte eine Regierung für unwürdig, unfähig oder korrupt halten.

Genau das waren auch die Begründungen, mit denen die chilenischen Militärs, allen voran Pinochet, putschten!

Die Kommunistische Partei Spaniens hat nichts aus Chile gelernt. "Ich erwarte den Tag, da die Kinder rote Nelken in die Gewehrläufe stecken werden", rief Carrillo auf der Kundgebung aus. Der KP-Führer spielt auf die Beliebtheit der portugiesischen Armee beim portugiesischen Volk nach dem 28. April an. Aber er vergißt zu sagen, daß das Volk nicht das Kommando über die Armee führt in Portugal. Das zeigte sich, als die Soldaten eingesetzt wurden zur Zerschlagung der Streiks bei der portugiesischen Post.

K.S./Red.

Der griechische Widerstand entwickelt sich

DER KAMPF DER ARBEITER, BAUERN UND STUDENTEN

In Griechenland haben die Arbeiterklasse und das Volk den Kampf aufgenommen gegen die faschistische Diktatur. An der Spitze steht die Arbeiterklasse. Sie wendet sich immer entschiedener gegen die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. So haben die Arbeiter Lohnforderungen gestellt von 35 bis 40 %. Das scheint hoch, das ist aber kaum ausreichend bei einer Inflationsrate von 33,6 %. Allein die Lebensmittelpreise sind in den vergangenen 12 Monaten um 38 % gestiegen. Wir drucken im Folgenden in Auszügen eine Korrespondenz eines griechischen Genossen ab über die aktuelle Entwicklung des Kampfes in Griechenland.

DIE VOLKSKÄMPFE GEHEN WEITER

In Vollversammlungen der gewerkschaftlichen Organisationen haben die Arbeiter die von den Faschisten eingesetzten Vorstände gezwungen, mit Resolutionen und Protesterklärungen gegen die miserable wirtschaftliche Lage vorzugehen und Lohnerhöhungen von 35 – 40 % zu verlangen.

Auch die Rentner, die nur 150 bis 200 DM pro Monat bekommen, fordern auf solchen Versammlungen die Verbesserung ihrer Lage.

In den Zeiten der Unruhe versuchen die Faschisten zunächst, mit Lügen und falschen Versprechungen Zeit zu gewinnen. In der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft zum Beispiel wurden zwar Lohnerhöhungen auf dem Papier gewährt, tatsächlich aber nie gezahlt. Teilweise wurden die Arbeiter und Angestellten sogar gezwungen, schriftlich auf die Lohnerhöhungen zu verzichten, weil sie sonst entlassen worden wären.

Der Widerstand gegen solche Schikanen ist bei den Bauarbeitern am größten. Am 18.5.1974 kam es im Zentrum von Athen zu schweren Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei. Dabei haben die Bauarbeiter gegen die ungeheure Arbeitslosigkeit gekämpft, die ihre Ursache in dem fast totalen Neubaustop im Athener Raum hat. Im letzten Jahr wurden 82 % weniger Häuser errichtet als im Jahr davor.

Auch die Studenten bleiben nicht passiv. In Auseinandersetzungen mit der Polizei sind in Athen und Saloniki hunderte verhaftet worden. Laufend finden in den Mittelschulen und den höheren technischen Schulen des Landes Streiks statt und an den Universitäten werden Solidaritätsversammlungen für die verhafteten Demokraten abgehalten, trotz Verbot durch die Militärdiktatur.

Auch in den Agrarbezirken wie Eretreia, in Lavion usw. hat sich die Bevölkerung in einzelnen Aktionen gegen den faschistischen Staat zusammengeschlossen. Die Bauern wehren sich gegen Landraub und oft ist es dabei auch schon zu militanten Schlachten mit den Polizeikräften gekommen.

AUF DEN WIDERSTAND ANTWORTEN DIE FASCHISTEN MIT TERROR

Die faschistischen Machthaber mit Ioannidis und Androutsopoulos an der Spitze (beides Spitzenagenten des amerikanischen Geheimdienstes CIA) arbeiten mit brutalster Gewalt, Gefängnis, Verbannung und Konzentrationslager (KZ).

So leben im KZ auf der Insel Jaros hunderte von Antifaschisten unter schrecklichen Bedingungen. Nur von wenigen sind die Namen bekannt, weil die Geheimpolizei die Verhaftungen gewöhnlich bei Nacht und Nebel vornimmt und nicht bekannt gibt.

In den Polizeigefängnissen der "Sicherheit" sitzen über 2 000 politische Gefangene, die teilweise unmenschlich gefoltert werden. Dabei sind Elektroschocks, Verbrennungen mit einer Zigarette, das Ausziehen der Fuß- und Fingernägel, der Zwang, tagelang aufrecht stehen zu bleiben und Verhungernlassen die häufigsten Methoden.

Trotzdem läßt sich dadurch der Widerstand des Volkes nicht brechen. Im Gegenteil, durch diesen Terror wird der Haß des Volkes auf Faschismus und US-Imperialismus immer größer und der Widerstand verbreitert sich.

DIE POLITISCHE KRISE DER HERRSCHENDEN KLASSE

Der Sturz von Papadopoulos vom November 1973 brachte keine wesentliche Änderung der Politik der Faschisten. Es ist sogar so, daß sich die Widersprüche in den beiden Lagern der herrschenden Klasse, also bei den Bürgerlichen und bei den Faschisten, weiter verschärfen.

So wird im Moment die bürgerliche Opposition von den Faschisten bekämpft, obwohl sie sich nach dem Machtwechsel im November zunächst abwartend verhalten hatte. Als sich aber die wirtschaftliche Krise verschärfte, haben die Bürgerlichen verstärkt die Rückkehr zum parlamentarischen System gefordert und sich mit Hilferufen an den US-Imperialismus gewandt, indem sie an die NATO und den Kongress appellierten, sich für einen Regierungswechsel einzusetzen. Dabei ist ihr Hauptargument **nicht** die "Rückkehr zur Demokratie", sondern die Versicherung, **nur sie selber** könnten die Kämpfe des Volkes wieder in "geordnete Bahnen" lenken und damit abwürgen.

Und in dieser offen volksfeindlichen Haltung werden sie voll von der verrotteten griechischen Kommunistischen Partei (KP) unterstützt.

Die KP, die sich streng an die Aufträge aus Moskau hält, verlangt sogar ein Bündnis mit der bürgerlichen Opposition (ähnlich wie in Portugal), um den Parlamentarismus wieder einzuführen.

DAS GRIECHISCHE VOLK WIRD AUF DER RICHTIGEN POLITISCHEN LINIE WEITERKÄMPFEN

Aber weder die Revisionisten noch die bürgerlichen Politiker werden – auf längere Zeit gesehen – ihren Einfluß im Volk halten können.

Denn das griechische Volk hat seit 1941 eine fast ununterbrochene Erfahrung im Widerstandskampf gegen einheimische und ausländische Faschisten und gegen die Imperialisten. Und heute sind fast 90 % des Volkes gegen die faschistische Regierung und ihre US-amerikanischen Auftraggeber.

Israel will Krieg gegen den Libanon

ISRAELISCHE LUFTWAFFE BOMBADIERT LAGER UND ANSIEDLUNGEN

Am 19. und 20. Juni bombardierten Phantom- und Mirage-Jäger der israelischen Luftwaffe palästinensische Flüchtlingslager, sowie libanesische Ansiedlungen und Gehöfte im Libanon. Es wurden Napalm und Giftbomben eingesetzt, Felder und Obstplantagen wurden in Brand geschossen. Mindestens 34 Menschen sind bei diesen Angriffen getötet worden, mindestens 125 wurden verletzt. Bereits Mitte Mai waren bei ähnlichen Angriffen mindestens 50 Menschen getötet und über 200 verletzt worden.

Die von der israelischen Regierung mit diesen Angriffen verfolgten Ziele hat der israelische Generalstabschef Gur offen dargelegt. Auf einer Pressekonferenz in Tel-Aviv sagte er: "Die libanesische Regierung und die Streitkräfte könnten die Terroristen an Angriffen auf Israel hindern, wenn sie dies beschließen sollten." (Süddt. Zeitung vom 28.6.) Gleichzeitig betonte er, daß für Israel es "militärisch sehr schwierig sei", Palästinenser an Aktionen gegen Einrichtungen des israelischen Kolonistenstaates zu hindern. Wie will also die israelische Regierung weiterhin ihre Unterdrückerherrschaft über die Palästinenser und deren Land aufrechterhalten?

Der Libanon soll mit Hilfe von Bombenangriffen und andauerndem Artilleriebeschuß der Grenzregionen gezwungen werden, den israelischen Wünschen nachzukommen, nach der Devise: entweder ihr geht gegen die Palästinenser im Libanon vor, oder wir beschießen und bombardieren euer Land!

Im Mai 1973 hat die libanesische Regierung schon einmal diesem israelischen Druck nachgegeben und palästinensische Flüchtlingslager mit Artillerie und Luftwaffe angegriffen, um der Autonomie und Selbstverwaltung der Palästinenser in den Lagern ein Ende zu setzen. Dieses Ziel konnte damals jedoch nicht erreicht werden. Massenhaft solidarisierte sich die libanesische Bevölkerung mit den Palästinensern und ihrem Kampf für die Rückgewinnung ihres Landes gegen die libanesische Regierung. Auch jetzt haben die Angriffe nur zu einer Verstärkung dieser Solidarität geführt. Offen vorgehen wird die libanesische Regierung gegen die Palästinenser also nicht. Ihr geht es vielmehr um die Errichtung einer UNO-Pufferzone, wie sie schon in Ägypten und Syrien besteht. Im libanesischen Parlament werden solche Vorstellungen seit längerer Zeit schon diskutiert. Die libanesische Regierung scheut die offene Auseinandersetzung mit Israel, das zeigt ihre zögernde Haltung gegenüber militärischen Unterstützungsangeboten anderer arabischer Staaten. Darüberhinaus fürchtet sie die weitere militärische Ausrüstung der palästinensischen Flüchtlingslager (die Widerstandsorganisationen haben auf der Sitzung des arabischen Verteidigungsrates Luftabwehrraketen für den Schutz der Lager gefordert), weil das die Selbständigkeit der Palästinenser verstärkt und die Kontrollmöglichkeiten der libanesischen Regierung und ihrer Armee verringert. Eine Pufferzone im Südlibanon kommt der libanesischen Regierung also sehr gelegen. Sehr klar zeigt der Bombenterror den unterdrückerischen und menschenverachtenden Charakter des israelischen Kolonialistenstaates. Deshalb finden wir auch in den hiesigen bürgerlichen Zeitungen, die voll sind von Bildern von den palästinensischen "Terroristen" und ihren "Terroranschlägen", keine Bilder von den Verbrechen Israels gegen die Palästinenser. Solche Bilder, die ein fester Beleg sind für den Völkermord des israelischen Staates am palästinensischen Volk, werden hier unterdrückt. Die Deutsche Presseagentur verfügt z. B. nicht über solche Bilder, wie der Redaktion mitgeteilt wurde. Warum? Diese Bilder machen klar, daß der Kampf des palästinensischen Volkes gegen den israelischen Unterdrückerstaat und für die Rückgewinnung ihres Landes ein gerechter Kampf ist.

Unser Bild ist deshalb aus der libanesischen Tageszeitung "Al-Havat", die in Beirut erscheint. U.T., Heidelberg



Ein von den Israelis zerbomtes Dorf.

die libanesische Bevölkerung mit den Palästinensern und ihrem Kampf für die Rückgewinnung ihres Landes gegen die libanesische Regierung. Auch jetzt haben die Angriffe nur zu einer Verstärkung dieser Solidarität ge-



Ein von den Israelis zerbomtes Dorf.

Das Rote Kreuz und der Kampf der Völker

In Genf werden augenblicklich von einer sogenannten Diplomatischen Konferenz zwei Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen beraten. Die zur Beratung stehenden Protokolle sind vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes entworfen worden und behandeln "Bürgerkriege". Sie sollen einen "gewissen Schutz vor Aufständischen, den es bisher nicht gab", sichern (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.6.).

Bargatzki, der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, nahm in einer Rede in Goslar/Harz dazu Stellung (FAZ vom 24.6.). Zum Schrecken von Bargatzki zeichnet sich auf der Konferenz eine Mehrheit ab, die zwischen "gerechten und ungerechten Bürgerkriegszielen" unterscheidet, mit der Absicht, daß "bestimmte Formen des Bürgerkrieges wie 'kriegerische Aktionen gegen koloniale Vorherrschaft, fremde Besetzung und rassische Regime' " "internationalen Konflikten" in Bezug auf den humanitären Schutzanspruch gleichgestellt werden. Bargatzki ist da anderer Ansicht! Er teilt diesen gerechten Standpunkt der unterdrückten Völker nicht. Er sagte, "daß der humanitäre Schutz einer aufständischen Partei **wegen der Sorge der Staaten um ihre Souveränität** praktisch nicht so groß ausfallen könne wie in Regelungen für internationale Kriege. Indem nun eine Mehrheit von Staaten, dieselbe Mehrheit, die es auch auf der Sonderkonferenz der UNO über die Rohstoff-Frage gegeben hatte, zwischen gerechten und ungerechten Bürgerkriegszielen unterscheide, führe sie ein politisches Element in die Arbeit des Roten Kreuzes ein." Weiter sagte er noch: "Man müsse sich stärker auf die Neutralität besinnen." Bargatzki nimmt damit offen Stellung gegen den Befreiungskampf der Völker, gegen eine gerechte Sache. Es zeigt sich jedoch, auf wessen Seite sogenannte humanitäre Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz stehen. Die Länder der Dritten Welt zerfetzen aber seinen scheinheiligen Schleier und zeigen, daß diese Organisationen bisher unter dem Deckmantel der Neutralität weltweit die Kräfte des Imperialismus und der Konterrevolution unterstützt haben.

Mit der gleichen Argumentation, die Bargatzki gegen die Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Bürgerkriegszielen vorbringt, werden bei uns in Westdeutschland von den Ordnungsämtern und Polizeipräsidenten immer häufiger Sammlungen und Aktionen zugunsten der um ihre Befreiung kämpfenden Völker verboten und die Gerichte bestätigen die Verbote und den reaktionären Standpunkt, der darin zum Ausdruck kommt. Die Regierungskonferenz in Genf stellt dagegen klar, daß der Befreiungskampf der Völker eine gerechte Sache ist und daß alle Verbote von Solidaritätsaktionen die ungerechte Sache vertreten. Sie sind ein Akt der Feindschaft gegenüber den kämpfenden Völkern!

M.M./Red.

Warum die Sowjetunion die GRUNK anerkennen musste

INTERVIEW MIT PRINZ SIHANNOUK

Warum die Sowjetunion die GRUNK anerkennen musste

INTERVIEW MIT PRINZ SIHANNOUK

Die FRELIMO ist fest mit dem Volk verbunden

EIN BERICHT AUS DEN VON DER FRELIMO BEFREITEN GEBIETEN

Das Volk von Mozambique hat unter der Führung seiner Befreiungsorganisation FRELIMO in 6 der 9 Provinzen des Landes große Erfolge im bewaffneten Kampf erringen können. In der Provinz Manica-Sofala wurden die Eisenbahnlinien, die die Hauptstadt der Provinz mit Rhodesien und Malawi verbinden, in zwei Monaten elfmal unterbrochen. Die Eisenbahnlinie Tete-Mozambique, die wichtigste Materialnachschubverbindung zur Cabora-Bassa-Baustelle, wurde auf einem 600 m langen Streckenabschnitt an 28 Stellen unterbrochen. Auf der Fernstraße zur Staudamm-Baustelle wurden portugiesische Militärkolonnen angegriffen und Flugzeuge beschossen.

Auf diese Erfolge reagiert die portugiesische Regierung mit verstärkter Aufrüstung in Mozambique. Anfang dieses Monats wurden im Hafen von Lourenco Marques 30 Kampfflugzeuge, 20 Piloten und Wartungspersonal ausgeladen und nach Beira wurden Kommandotruppen in Zivilkleidung geflogen. Es wird den portugiesischen Kolonialisten und ihren imperialistischen Verbündeten jedoch nicht gelingen, durch scheinheilige Verhandlungsangebote und auch nicht durch eine erneute Eskalierung des Krieges, die Errungenschaften des seit über 10 Jahre dauernden Befreiungskrieges zunichte zu machen. Neben den militärischen Erfolgen hat die FRELIMO vor allem große Leistungen im Aufbau eines neuen Lebens in den bereits befreiten Gebieten vollbracht.

Der nachfolgende Erlebnisbericht aus der fortschrittlichen französischen Zeitschrift "Afrique Asie" von Jain Christie beschreibt die neugeschaffenen Strukturen in den befreiten Gebieten und zeigt die Verbundenheit der Volksmassen mit ihrer Befreiungsorganisation, der FRELIMO.

"Wir nähern uns der nördlichen Grenze von Mozambique. In der Nacht gleiten wir leise in den kleinen Gummibooten vorwärts, getragen von der friedlichen Strömung des Rowuma. Hinter uns verschwinden die bewaldeten Hügel von Süd-Tansania in der Dunkelheit einer mondlosen Nacht. Vor uns, jenseits der sandigen Riviraküste, das Makonde-Hochland. . . . Am Ufer begrüßt mich Samora Moise Machel, Präsident und militärischer Führer der Frelimo. Er führt mich zu meinem Platz in der Kolonne, wünscht mir viel Glück und gibt Befehl zum Aufbruch.

In der ersten Nacht erreichen wir nach 22 Uhr das Plateau. Bald schienen wir nicht mehr allein zu sein. Undeutliche Silhouetten tauchten still aus dem Dunkel auf, ließen uns passieren, und setzten dann ihre geheimnisvolle Jagd fort. Als wir etwa drei Stunden lang marschiert waren, befahl der Chef unserer Kolonne eine kurze Pause. Ich benutzte sie, um meinen Dolmetscher nach den Leuten zu fragen, denen wir begegnet waren. Waren es Flüchtlinge? "Flüchtlinge? Nein. Das ist unser Exporthandel", antwortete er. "Diese Leute transportieren unsere Produkte in unser Handelzentrum nach Tansania."

Zwei Wochen später konnte ich dieses Zentrum in Tansania besichtigen, und ich stellte fest, daß allnächtlich vierhundert bis tausend Bauern diese Wanderung machen, wobei jeder im Durchschnitt 38 kg trägt. Die Frelimo bezahlt diese Produkte – vor allem Cashnewnüsse, Sesam und Erdnüsse – mit Kleidung, Äxten, Handtüchern, Zucker, Salz, Fischfilets, Nägeln, Umschlägen und Kugelschreibern. Auf dem Rückweg transportieren die Bauern Verpflegung für die Frelimo. Diese Zusammenarbeit zwischen dem Volk und den Kämpfenden habe ich überall in Cabo Delgado festgestellt. Das Volk ist glücklich, Nahrungsmittel für die Guerrilleros zu produzieren, die ihrerseits der Reihe nach zur Arbeit auf die "shambas" (kleine Farmen) kommen.

Schulen und Krankenhäuser sind gratis. Eine kleine Bezahlung versteht sich von selbst: ein Sack Mais oder Jamswurzeln. Gegenwärtig gibt es in Cabo Delgado 135 Schüler der vierten Klasse und 9000 in den drei ersten Klassen der Provinz, bei einer Gesamtbevölkerung von etwa einer halben Million, von denen mehr als die Hälfte von der portugiesischen Herrschaft befreit sind. Unterrichtet wird gegenwärtig Portugiesisch, Kunst und die Geographie und Geschichte von Mozambique. Die Kinder lernen ebenfalls, sich in der landwirtschaftlichen Produktion selbst zu versorgen und bereiten sich außerdem auf die Verteidigung ihrer Dörfer vor. Das eindruckvollste an der Erziehung in den befreiten Gebieten ist für den Besucher jedoch wohl die Art und Weise, wie die Frelimo die Idee einer nationalen Kultur verankert. Wo ich auch hinkam, überall wurden Stücke, Lieder, Tänze und Theater gespielt, die aus allen Teilen Mozambiques kamen. Wie alles in den befreiten Gebieten, spiegeln auch die Lieder den Kampf wider.

Unsere nächste Station war das Hauptkrankenhaus der Frelimo für den ersten Sektor von Cabo Delgado. Es ist kein Palast, und die angebotenen Leistungen sind sehr bescheiden. Kein qualifizierter Chirurg, keine approbierten Ärzte, keine Bettwäsche. Doch angesichts der harten Bedingungen des portugiesischen Kolonialismus, der Natur und des Krieges selbst, ist es ein besseres Krankenhaus, als man es hier erwarten könnte. Alles ist ordentlich, und die Kranken werden geduldig und freundlich behandelt. Diese Einrichtung, die seit 1966 besteht, muß ohne Zögern verlegt werden, sobald die Gefahr besteht, daß der Feind sie entdeckt.

Diese Gefahr ist nie sehr weit. Während wir durch verschiedene Säle gingen, kreiste ein Bomber am Himmel. Der ärztliche Leiter des Sektors, Celestino Camoes, unterbrach die Visite, um mir die unterirdischen Luftschutzkeller zu zeigen. Doch kam es diesmal zu keinem Bombardement.

KAMPF DEM TRIBALISMUS

Was ich von Mozambique in den Distrikten Ngapa und Nagade von Cabo Delgado gesehen habe, hat mir gezeigt, daß die Guerrilleros eine Taktik zwischen Offensive und Defensive anwenden, aber immer die Initiative behalten. Die Angriffe auf die feindlichen Stellungen nehmen an Zahl und Intensität zu. Die Provinzen Mozambique und südliches Cabo Delgado sind von dem Stamm der Makua bewohnt, der zahlenmäßig sehr stark ist und bisher von den Portugiesen als Verbündeter gegen die Frelimo angesehen wurde. Die Portugiesen hatten den Tribalismus benutzt, um die Makua gegen die Frelimo auszuspielen. Eine intensive politische Arbeit unter den Makua hat diese darauf aufmerksam gemacht. Überdies haben die Portugiesen sofort begonnen, sie in Lager zu stecken, wo sie sie überwachen können.

Heute geht es für die Frelimo nun darum, ihre Nachschublinien zu sichern. Das gleiche gilt für die benachbarte Provinz Sambesi, wo gründliche politische Arbeit geleistet wird. Natürlich kann das Vorrücken der Frelimo in diesen Provinzen durch unvorhergesehene Ereignisse verzögert werden. Doch wenn man bedenkt, daß in Mozambique und Sambesi ungefähr 40 Prozent der Bevölkerung des Landes wohnen, wird ihr Eintritt in den Kampf von erheblicher Bedeutung sein."

Was bewegte Ihrer Ansicht nach die Sowjetunion dazu, die GRUNK anzuerkennen? Hoffen Sie, von ihr militärische Hilfe zu bekommen? Wie haben Ihre chinesischen Freunde auf die Änderung der sowjetischen Politik Ihnen gegenüber reagiert?

Meiner Meinung nach mußte die Sowjetunion die GRUNK anerkennen, weil sie nicht ignorieren konnte, daß die Konferenz der Blockfreien Staaten der GRUNK ihre bedingungslose Unterstützung zusicherte. Im Namen der Konferenz vertrat Algeriens Präsident Boumedienne die Sache der GRUNK bei der sowjetischen Botschaft in Algier. Im Auftrag der Sowjetunion mußte Fidel Castro von Kuba aber verkünden lassen, daß die Sowjetunion der Freund Nr. 1 aller gegen den Imperialismus kämpfenden Völker sei. Zweitens ist sich die UdSSR bewußt, daß Sihannouk und die GRUNK unabhängig und keine Marionette der VR China sind. Außerdem mußte die UdSSR erkennen, daß ihre frühere Politik, die FUNK zu Verhandlungen und Kompromissen mit den Politikern in Phnom Penh zu zwingen, völlig utopisch ist. Sie ist sich klar geworden, daß es der FUNK ernst ist damit, bis zum vollständigen Sieg mit der Waffe in der Hand zu kämpfen, und daß sie somit riskiert, an dem Tage, an dem die FUNK Phnom Penh befreit, aus Kambodscha draußen zu sein. In ihrer Rolle als Supermacht kann sie natürlich nirgends fehlen und schon gar nicht will sie in Kambodscha der VR China Raum geben. . . .

Was die VR China angeht, so freut sie sich, daß die Sowjetunion und ihre Anhängerstaaten nun die GRUNK doch anerkannt haben, weil China ein echter Freund ist – einer, der hofft, daß die internationale Position der GRUNK gestärkt wird.

(Far Eastern Economic Review, 7.1.74)

Einen wir unsere Kräfte!

DER CHILENISCHE WIDERSTAND WIRD STÄRKER

Aus zahlreichen Quellen wissen wir, daß seit dem 1. Mai die Organisationen der chilenischen Arbeiterklasse und des Volkes ihre Aktivitäten verstärken. Erst in den letzten Wochen jedoch gelangten Einzelheiten nach Europa.

Die reaktionäre chilenische Zeitung "La Segunda" schrieb am 30. April: "In verschiedenen Vierteln Santiagos tauchen Zettel auf, kaum größer als eine Briefmarke, mit Inschriften, die auf den Tag der Arbeit anspielen. Es handelt sich um gummierte Aufkleber, die in der Handfläche getragen und leicht auf Masten, Baumstämme und Wände aufgeklebt werden können. Die subversiven Losungen sind offenbar mit selbstgemachten Stempeln hergestellt. Auf diesen kleinen Papieren wird angekündigt, daß der 1. Mai der Tag ist, an dem der Widerstand beginnt . . ."

Die Texte einiger dieser Aufkleber:

Arbeiter, der 1. Mai darf dich nicht auf Knien finden – schließ dich dem Widerstand gegen die Diktatur an!
Einen wir unsere Kräfte und bereiten wir den Widerstand vor!
1. Mai – Beginn des Widerstandes des Volkes!

Der Text eines vom MIR massenhaft verteilten Flugblattes lautet:

"1.Mai: Tag der Arbeiter
Machen wir diesen Tag zu einer Ehrung seiner Kämpfe.
Den Tausenden gefangener, gefolterter, ermordeter Genossen.
Für sie gibt es keine Märsche, Fahnen oder Ansprachen.
Heute können nur die Mörder in Uniform sprechen.
Daß dieser 1. Mai ihnen ankündige:

DAS VOLK WIRD NICHT ERBETTELN, WAS SIE UNS GERAUBT HABEN, WIR WERDEN ES UNS KÄMPFEND NEHMEN!
Reorganisieren wir die CUT, die Gewerkschaften, die Verbände, trotz der Diktatur und gegen sie.
Organisieren wir die Widerstandskomitees in jeder Fabrik, auf jedem Fundo, in jeder Siedlung und Schule.
Wir akzeptieren weder Almosen noch den Hungerlohn.
DIE FREIHEIT WIRD UNS DIE STÄRKE GEBEN, DAMIT UNSERE RECHTE RESPEKTIERT WERDEN.
Wir rufen die Soldaten auf, gemeinsam mit ihrem Volk zu kämpfen: den Widerstand in den Kasernen zu organisieren.
Daß die Faschisten in Zivil und Uniform nicht vor der Zeit "Sieg" singen:
DIE ARBEITERKLASSE, DAS VOLK UND SEINE AVANTGARDE SIND NICHT TOT.
DIE ARBEITER DER GANZEN WELT UNTERSTÜTZEN UNS.
DER WIDERSTAND DES VOLKES GEGEN DIE GORILLA-DIKATUR WIRD SIEGEN!

MIR

(nach Chile-Nachrichten Nr.17)

Bericht über einen KVZ-Leserkreis

DIE VORGEHENSWEISE STEHT ZUR KRITIK

Seit Mitte April dieses Jahres gibt es einen KVZ-Leserkreis bei Stotz (BBC–Heidelberg). Zu diesem Leserkreis haben sich mehrere Kollegen zusammengefunden, um über wichtige Artikel aus der KVZ zu diskutieren und Klarheit über die Fragen des Kommunismus zu gewinnen.
Der Leserkreis trifft sich jede Woche, wobei auch unsere Freunde und Bekannten mitkommen. Wir möchten hier über die Vorgehensweise und die Diskussionen berichten und sie zur Kritik stellen.

Gewöhnlich wird aus der KVZ ein Artikel ausgesucht, der das nächste Mal besprochen werden soll. Zwischendurch haben wir aber auch Broschüren des KBW wie zum Beispiel die "Leitsätze zur Militärfrage" besprochen. Steht der Artikel fest, dann wird einer mit der Vorbereitung beauftragt.
Bisher hat dieser das allein gemacht. Davon sind wir aber jetzt abgekommen. Zu zweit oder zu dritt kann man die Diskussion gründlicher vorbereiten.
Der entsprechende Artikel wird dann vorgelesen oder zusammengefaßt. Zwischen den Absätzen oder auch erst nach dem gesamten Artikel beginnt die Diskussion.

Folgende Fragen sind bei den Diskussionen aufgetaucht und haben uns immer wieder beschäftigt:
In dieser Gesellschaft herrscht ein schroffer Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen den Arbeitern, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum schaffen, und den Kapitalisten, die ihn einsacken.
Sind aber überhaupt Möglichkeiten da, um diesen Zustand zu ändern?
Sind uns die Kapitalisten nicht in allem überlegen? Sind nicht Streiks nur hilflose Aktionen der Arbeiter, die den Kapitalisten nicht wehtun?
Die Kapitalisten helfen sich gegenseitig und bringen ihr Schäflein immer ins Trockene, die Arbeiter werden dagegen ruiniert. Außerdem können doch die Kapitalisten mit ihrer Preispolitik die Arbeiter immer wieder so beeinflussen, daß sie sich zufrieden fühlen? (Etwa: wenn die CDU jetzt dran kommt, sinken die Preise wieder!) Die Kapitalisten besitzen einen schier übermächtigen Gewaltapparat, gegen den die unbewaffneten Arbeiter nicht ankommen können?

In der Diskussion wurde und wird dabei immer wieder klar, daß dieser Schein trügt und daß die Kapitalisten durchaus nicht allmächtig sind, sondern daß sie Sklaven ihres erbärmlichen Profitstrebens sind. Sie können einer Krise nicht beliebig ausweichen, sondern nur um sich schlagen und die Folgen auf die Arbeiter abladen. Durch Streiks geraten die Kapitalisten in große Bedrängnis, denn jeder Pfennig, den sie besitzen, ist aus den Arbeitern herausgepreßt. Ohne die Arbeiter sind die Kapitalisten ein Nichts. Die Kraft der einigen Arbeiterklasse ist gegenüber aller Polizei und aller Gewalt stärker.

– Aber, auf welche Weise können die Arbeiter denn die Macht ergreifen? Und können sie denn je mit allen Schwierigkeiten, die auf sie beim Aufbau des Sozialismus zukommen, fertig werden? Wie zum Beispiel sollen einfache Arbeiter eine Fabrik leiten oder gar Regierungsgeschäfte übernehmen? Wie können sie auf sich gestellt, ohne die polizeilich-bürokratische Bevormundung des bürgerlichen Staates, auskommen?
Müssen die Arbeiter nicht hie wie da eben arbeiten? Zwar sacken die Kapitalisten hier alles ein, was geschafft wird, und bezahlen nur jämmerliche Löhne. Aber ist nicht Arbeit halt Arbeit, ob nun für den Kapitalisten oder für den Arbeiter? Ist man denn nicht kaputt, ganz egal, für wen man schafft? Wo ist da der Unterschied? Ist es wirklich unerläßlich die Kapitalisten zu entmachten und die Fabriken auf eigene Rechnung zu bewirtschaften?

Die Diskussion zeigte, daß es für die Arbeiter aller Länder keinen anderen Ausweg gibt, bei Strafe der Arbeitslosigkeit, des Hungers, des Untergangs im imperialistischen Krieg. Diese notwendigen Folgen der Kapitalistenwirtschaft zeichnen sich seit dem 2. Weltkrieg in den letzten Jahren auch bei uns in der BRD zum ersten Mal wieder deutlich ab. Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die dazu in der Lage ist, das Elend, die Unsicherheit und die Krisenhaftigkeit dieser Gesellschaft konsequent zu bekämpfen und eine neue Gesellschaft aufzubauen. Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse vollzieht sich durch umfassende Demokratie für das Volk bei bleichzeitiger Niederhaltung der alten Ausbeuter. Natürlich wird dann der Charakter der Arbeit sich grundlegend wandeln. Aus Sklaven werden die Arbeiter dann zu den Herrschern der Welt! Diese Fragen werden uns auch in Zukunft immer wieder und wieder beschäftigen müssen!

Eine andere Frage war noch: Wenn wir den Kampf führen, wie führen wir ihn dann am besten? Sollte man nicht lieber in die SPD eintreten (nicht etwa, daß es uns nicht ganz klar gewesen wäre, welcher tiefe Interessengegensatz zwischen kommunistischer und SPD-Politik besteht). Aber ob nicht das Wort "kommunistisch" die Leute abstößt? Man braucht doch nicht mit der Tür ins Haus zu fallen? Die SPD-ler können außerdem viel öfters in Zeitungen schreiben und im Fernsehen sprechen, das könnten wir doch ausnützen? (Daß dies unmöglich geht, wurde in der Diskussion klar. Denn weder würde die SPD uns in ihren Reihen dulden, noch würde uns dies nützen. Im Gegenteil, wir müssen die SPD offen bekämpfen, und immer mehr Menschen wenden sich jetzt auch enttäuscht von dieser ab. Wir Kommunisten dürfen uns nicht scheuen, so offen wie möglich aufzutreten. Wir müssen gerade den Kommunismus propagieren und können uns deshalb nicht hinter einem anderen Namen verstecken.)

Alle diese Fragen zeigen, wie notwendig und gut es ist, über die Artikel der KVZ zu diskutieren und sie nicht nur oberflächlich zu lesen.

Es ist ganz natürlich, daß kein Mensch als Kommunist auf die Welt kommt. Zu Kommunisten werden Arbeiter und andere Menschen erst durch ihre Erfahrungen in dieser Gesellschaft. Sie werden es durch die Einsicht in die **Unversöhnlichkeit** des Gegensatzes zwischen Arbeitern und Kapitalisten und dem Willen, den Kampf gegen die Kapitalisten bis zum Sieg zu führen. Darum geht jetzt die Diskussion bei uns. Bei Stotz befindet sich jetzt eine Betriebszelle des KBW im Aufbau. Alle Kollegen arbeiten an der Herstellung der Betriebszeitung "Kommentar" gut mit und liefern dazu Beiträge. Wir müssen im Weiteren grundlegende Klarheit darüber erreichen, warum es notwendig ist, sich in einer kommunistischen Organisation zu organisieren, um in allen Kämpfen im Betrieb und in der Stadt mit der richtigen Zielrichtung führend eingreifen zu können.

–KV7-Leserkreis Stotz–

Es gibt nur ein China!

WEG MIT DER DEUTSCH-CHINESISCHEN GESELLSCHAFT e.V.

Göttingen. Seit einiger Zeit taucht an den Ständen der KVZ oder der "Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft" des öfteren ein Taiwanese auf, der die VR China in übelster Machart beschimpft und verleumdet. Dazu gehört die üble Behauptung, in der VR China würden Millionen verhungern oder in Gefängnissen sitzen, ebenso wie ein angeblicher Harem Mao Tse-tungs. Nun muß man wissen, daß Leute, die aus Taiwan raus ins Ausland gelassen werden, erst ihre Militärzeit abgeleistet haben müssen (3 bis 5 Jahre) und außerdem einen Gesinnungstest ablegen müssen, in dem sie ihre stramm antikommunistische Einstellung unter Beweis zu stellen haben. Auf Taiwan selbst ist jede Kritik am Regime Tschiang Kai-scheks streng verboten und führt zu Haftstrafen bis zur Todesstrafe. Wenn man dann noch weiß, daß dieser Taiwanese im Herbst nach Taiwan zurückkehrt, um einen hohen Verwaltungsposten zu übernehmen, dann wird klar, woher der Wind weht.
Ich stieß aber noch auf einige andere, sehr interessante Sachen. 1958 wurde in Bonn von CDU-Kreisen um den ehemaligen MdB und außenpolitischen Sprecher der CDU Majonica ("Formosa-Majonica") eine "Deutsch-Chinesische Gesellschaft e. V." gegründet. Diese betrieb aktive Propaganda für Taiwan und die kriegerischen Ziele der Tschiang Kai-schek-Marionetten gegenüber der Volksrepublik China. Mit der Zeit schlief sie aber ein.
Zu dieser Zeit unterhielt das Regime Tschiang Kai-scheks – ohne daß diplomatische Beziehungen bestanden hätten – offizielle Dienststellen z. B. des "Informations"ministeriums in der BRD.
Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China wurde vereinbart, daß die Bundesregierung die Regierung der VR China als einzig rechtmäßige ansieht und Taiwan als Provinz der VR China respektiert. Alle Dienststellen der BRD wurden angewiesen, jeglichen offiziellen Kontakt zu taiwanesischen Dienststellen abzubrechen.
Nun geschah folgendes: die Tschiang Kai-schek-Regierung fürchtete, endgültig ins Abseits zu kommen. Und sie hatte Angst um die Auslandschinesen in der BRD. Denn den braunen Taiwan-Paß gegen den roten der VR China einzutauschen, dazu ist die chinesische Botschaft gerne bereit. Also mußte die inzwischen sanft entschlafene "Deutsch-Chinesische Gesellschaft e. V." wieder aufgepäppelt werden. So kam es denn, daß folgende drei Herren vier Wochen Taiwan bereisten: Hupka (CDU-MdB), Franz Lorenz von Thadden (bis 1972 CDU-MdB und Chefredakteur der CDU-eigenen "Saarbrücker Zeitung") und der Bundeswehr General a. D. Jordan. Diese drei erweckten die Gesellschaft zu neuem Leben und bildeten den Vorstand.
Das geschah folgendermaßen: die ehemals offizielle taiwanesische Propagandastelle des Informationsministeriums montierte ihr Türschild ab, die Gesellschaft montierte ihr Schild an und residiert nun in denselben Räumen. Die taiwanesische Propagandastelle hatte eine Zeitung herausgegeben: "Freies Asien". Diese Zeitung erscheint noch immer, nun aber als Organ der "Deutsch-Chinesischen Gesellschaft e. V.". In dieser Gesellschaft sind alle von Taiwan stammenden chinesischen Studenten in Westdeutschland praktisch Zwangsmitglieder und beitragspflichtig (36 DM/Jahr). Auch wohlhabende Auslandschinesen spenden, besonders wenn sie noch Angehörige in Taiwan haben – angeblich für notleidende chinesische Studenten in der BRD, an diesen durch und durch reaktionären Verein. Auf ein Spendenkonto bei der Städtischen Sparkasse Göttingen gingen immerhin 50 000 DM ein.
Mittlerweile versucht dieser Verein überall in der BRD örtliche Gruppen aufzubauen, um der zunehmenden Isolierung Taiwans propagandistisch entgegenzutreten.
Wer nun glaubt, diese Hilfe für die regierende faschistische Clique auf Taiwan sei auf die reaktionärsten und abgetakeltsten CDUler beschränkt, der irrt.
In der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg wurden bis vor kurzem taiwanesische Offiziere ausgebildet.
Ein weiteres Beispiel: Im Verlag der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erschien das Buch: "Die Maoisten – Pekings Filiale in Europa". Dieses Buch ist eine gemeinsame Arbeit des taiwanesischen Geheimdienstes und des Bundesnachrichtendienstes. Der BND untersteht dem Bundeskanzleramt.

G.,Göttingen

Fußball-Weltmeisterschaft

LESERBRIEF ZU: "WARUM DIE WELTMEISTERSCHAFTSSPIELE OFT ENTTÄUSCHEN", KVZ Nr.13

Das Gute an dem Artikel ist, daß die Lage der Zuschauer, der sportbegeisterten Massen, darin erläutert wird, und daß – nach mehr allgemeinen Sport-Artikeln – einmal ein konkreter Anlaß, die Weltmeisterschaft, und konkrete Spiele diskutiert werden.
Aber die Qualität des Artikels wird stark beeinträchtigt durch zwei Aussagen, die nicht stimmen:

1. daß die Spiele, bei denen es um nichts geht, die besten Spiele sind, und
2. daß deswegen das Spiel BRD/DDR "in der ersten Halbzeit eines der besten Spiele der gesamten Weltmeisterschaft gewesen ist", und daß es erst durch das Tor der DDR (13 Minuten vor Spielschluß!) um etwas gegangen sei.

Die erste Aussage stimmt nicht: Wie viele Freundschaftsspiele zum Beispiel hat man schon gesehen, wo es weder um riesige Prämien, noch um Punkte ging und nicht einmal ums nationale Prestige, und sie waren langweilig und fad, trotz beteiligter ausgezeichneter Mannschaften! Fußball ist ein Kampfspiel, es geht um Sieg oder Niederlage, und wenn in einem Turnier wie der Weltmeisterschaft Sieg oder Niederlage über das Weiterkommen in der Runde entscheiden, dann heißt das keineswegs mit Notwendigkeit, daß die Spiele schlecht sein müssen (zum Beispiel in der ersten Runde Argentinien-Polen oder Argentinien-Italien, oder das Spiel BRD-Italien bei der letzten Weltmeisterschaft). Auch das packende Spiel der BRD-Mannschaft gegen Schweden widerlegt diese Feststellung.

Zweitens: daß es im Spiel BRD/DDR (das überhaupt nicht eines der besten der Weltmeisterschaft war) am Anfang um gar nichts ging, stimmt auch nicht. Oder stand das Prestige erst mit dem Torrückstand auf dem Spiel, wurde vorher nicht ums Prestige gespielt (siehe Bild-Zeitung: "Warum wir heute gewinnen werden")?
Die ganzen Überlegungen über die taktische Einstellung der Mannschaften, das Kalkül der Trainer usw., die G.S. anstellt, sind in Ordnung. Aber die Massen, die die Fußballspiele schließlich auch ansehen, ärgern sich, wenn sie solche Aussagen wie die kritisierten lesen. Zu Recht. Denn dadurch wird ein guter Artikel abgewertet, der viele zum Nachdenken über die Weltmeisterschaft, den Fußballsport und den Sport überhaupt bringen könnte.

H.W., Heidelberg

Zum wöchentlichen Erscheinen der KVZ

Die Delegiertenkonferenz des KBW im April dieses Jahres hat beschlossen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die KVZ wöchentlich erscheinen kann. Im September soll eine Beratung des ZK mit den Sekretären der Ortsleitungen prüfen, ob die Voraussetzungen für ein wöchentliches Erscheinen bereits geschaffen sind. Diese Voraussetzungen sind:
Es muß redaktionell gesichert sein, daß Umfang und Qualität der KVZ auch bei einem wöchentlichen Erscheinen gehalten werden können.
Es muß gesichert sein, daß ohne eine unverhältnismäßige Steigerung der Verkaufsanstrengungen die Auflage der KVZ gehalten werden kann.
Es muß gesichert sein, daß die Korrespondenten und festen Mitarbeiter inhaltlich einen großen Teil der Zeitung tragen können.
Um die Zeitung wöchentlich herauszubringen, wird die Organisation große Anstrengungen machen müssen. Diese dürfen jedoch die Organisation nicht überfordern. Deshalb wird die Vorbereitung der wöchentlichen Herausgabe mit einer genauen Untersuchung über die bisherige Arbeit für die Zeitung und mit der Zeitung verbunden. Für diese Untersuchung wird es sehr nützlich sein, wenn sich auch möglichst viele der nichtorganisierten Leser äußern werden, was sie von einem wöchentlichen Erscheinen der KVZ halten, welche Vorschläge sie haben für die Verbesserung der Zeitung und der Arbeit mit der Zeitung. Ausgezeichnet wäre es, wenn sich weitere Genossen auch außerhalb des KBW direkt an der Mitarbeit für die Zeitung und dem Verkauf der Zeitung beteiligen würden.
Wir fordern unsere Leser auf, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Ständiger Ausschuß
des Zentralen Komitee
des KBW